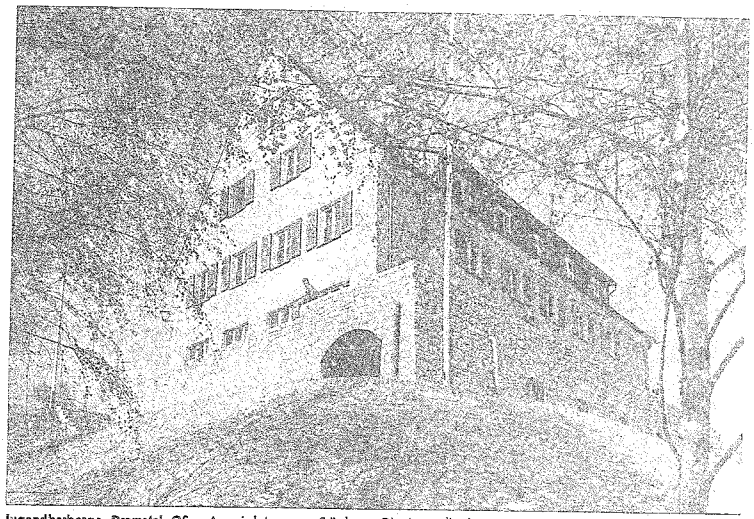
Ostdeutsche Bau-Zeitung Breslau
vereinigt mit
Mitteldeutsche Bau-Zeitung Leipzig
37. Jahrgang 19. Januar 1939 Nummer 3

Jugendherberge Dramatal OS.

Architekt Günter Nitschke, Breslau
Landesverband Schlesien e. V. im Reichsverband für deutsche Jugendherbergen



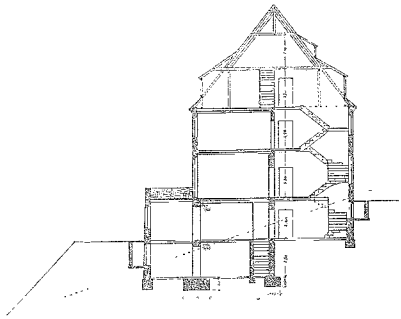
Jugendherberge Dramatal OS. Ansicht von Süden. Die Jugendherberge steht an dem Südhang des Kiesberges, von wo der Blick über das Dorf Dramatal in die Ebene geht. (10 Fotos Dipl.-Ing. Popp, Glatz)

Als die Hitler-Jugend 1933 das deutsche Jugendherbergswerk übernahm, waren in Oberschlesien eigentlich nur zwei brauchbare Jugendherbergen vorhanden. Es bestanden zwar noch einige weitere kleine Jugendherbergen, die aber geschlossen wurden, da sie nach der Machtübernahme ihren Zweck nicht mehr erfüllen konnten. Aus den bloßen Uebernachtungs-Jugendherbergen sind Häuser geworden, die im hervorragenden Maße Schulungsstätten der Hitler-Jugend sind und darüber hinaus allen NS.-Formationen, soweit sie Mitglieder des Jugendherbergsverbandes sind, zur Verfügung stehen. Daneben bleiben sie wie bisher Stützpunkte für die Fahrtengruppen, die auf ihrer Fahrt Land und Leute kennenlernen wollen. Am Abend soll dann das Erlebnis des Tages in schönen heimatgebundenen Häusern und Räumen vertieft werden. Meist spricht dabei, vor allem wenn es sich um Fahrtengruppen von außerhalb Schlesiens handelt, der Bürgermeister, Ortsgruppenleiter oder der Kreisleiter von den Nöten und der Arbeit seines Bezirkes.

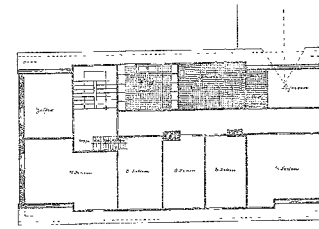
Aus dem eben Gesagten ergibt sich, daß der Bau einer Jugendherberge ein vielfältiges und verantwortungsvolles Gebiet ist, das wohl überlegt sein will, wenn alle ideellen, praktischen und wirtschaftlichen Fragen gelöst werden wollen.

Für die Industriejugend war die Bedingung gestellt, eine Jugendherberge in unmittelbarer Nähe der drei Industriestädte Beuthen, Glei-

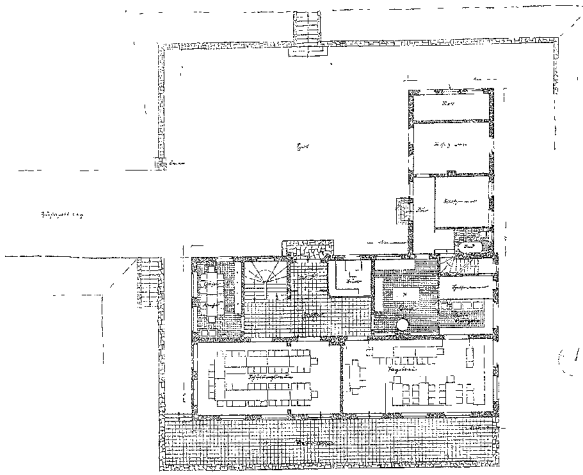
Jugendherberge Dramatal OS. Hofansicht mit dem Anbau der Wohnung für die Herbergseltern



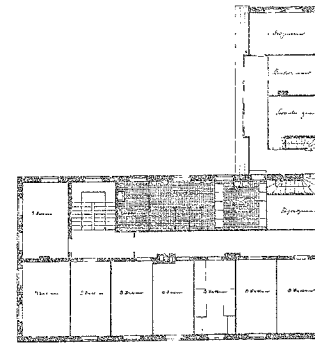
Querschnitt



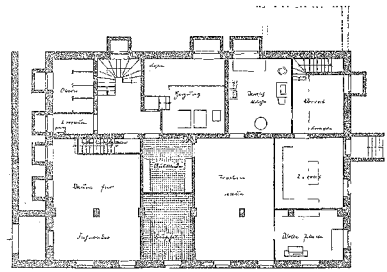
Dachgeschoß



Erdgeschoß

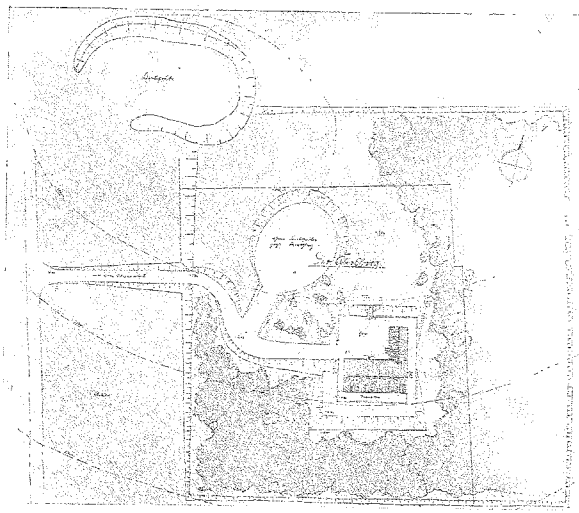


Obergeschoß



Kellergeschoß

Jugendherberge Dramatal OS. Grundrisse vom Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß. Querschnitt (6 Zeichnungen des Architekten)

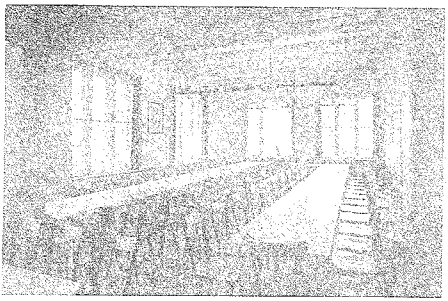


Jugendherberge Dramatal OS. Lageplan mit der näheren Umgebung der Jugendherberge.

witz und Hindenburg zu errichten. Sie sollte in landschaftlich schöner Gegend liegen und schnell und ohne große Kosten erreichbar sein. Die Wahl fiel auf Dramatal OS., das schon seit langem Ausflugsziel der Beuthener ist. Als Bauplatz wurde der Kiesberg gewählt, ein kleiner Hügel, der weithin sichtbar ist und die Landschaft beherrscht.

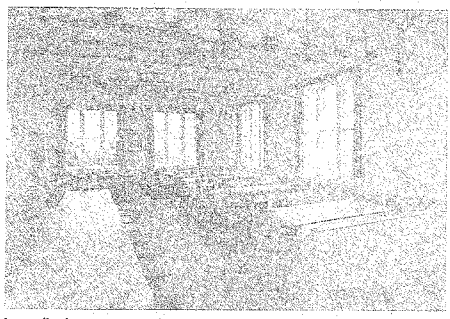
Die Jugendherberge wurde an den Südhang gebaut, wo der Blick über das Dorf Dramatal weit in die Ebene geht. Diese Lage war entscheidend für die Anordnung der Haupträume des Hauses.

Man betritt das Haus von der Nordseite, gelangt durch den Windfang in eine Halle, von der die für die Gäste zunächst wichtigsten Räume, nämlich die Anmelde- und die Tagesräume liegen. Die Tagesräume nehmen die gesamte Länge des Hauses ein, davor befindet sich eine große Terrasse. Weiterhin befindet sich für das leibliche Wohl unserer Gäste im Erdgeschoß die große Herbergsküche mit einer direkten Speisenausgabe nach den Tagesräumen. Die Küche muß

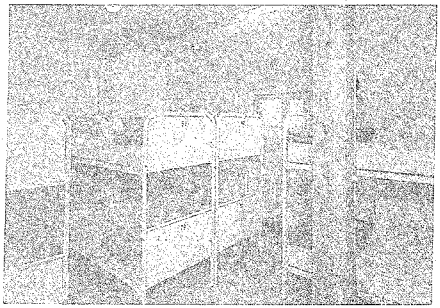


Jugendherberge Dramatal OS. Tages- und Schulungsraum

Jugendherberge Dramatal OS. Halle

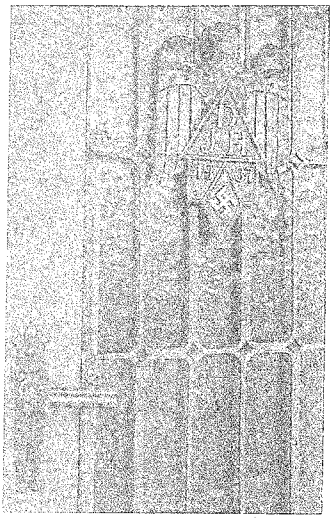


Jugendherberge Dramatal OS. Tagesraum mit Speisenausgabefenster.

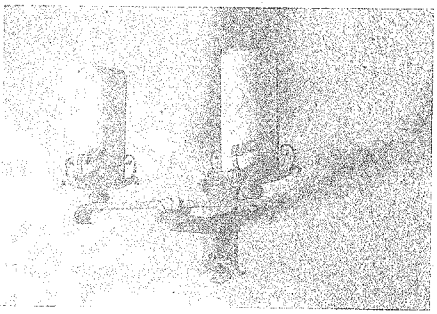


Jugendherberge Dramatal OS. Schlafraum im Dachgeschoß

Jugendherberge Dramatal OS. Massenlager im Spitzboden



Jugendherberge Dramatal OS. Schmiedearbeiten an der Haustür



Jugendherberge Dramatal OS. Schmiedeeiserne Leuchte in der Halle

wieder im Zusammenhang mit den Wirtschaftsräumen (Speisekammer im Erdgeschoß und Vorratsräume im Kellergeschoß) stehen und weiterhin in schnell erreichbarer Nähe mit der Wohnung der Herbergseltern liegen.

Von der Halle führt die Haupttreppe nach dem Schlafgeschoß der Jungen im Obergeschoß und in das der Mädel im Dachgeschoß. Die Geschlechter sind also hier geschoßweise getrennt. Jedes Stockwerk verfügt über eigene Wasch- und Aborträume. Bevorzugt werden im Gegensatz zu früher kleine Schlafräume; im allgemeinen werden Acht-Bett-Zimmer gebaut, die außer den acht Betten noch die notwendigen Spinde aufnehmen. Für großen, plötzlichen Ansturm ist der Spitzboden als Massenlager ausgebaut. Auch hier ist alles geordnet untergebracht. Jeder Gast erhält seine Matratze, die auf einer federnden Holzkonstruktion ruht, und seine Decken. Der Raum ist mit Holzwolleleichtbauplatten verkleidet und geputzt.

Das Kellergeschoß enthält alle Neben- und Wirtschaftsräume. Es wären da zu nennen: ein großer Fahrradkeller, die Dusche, Heizung, Trockenraum, Roll-Plättstube, die Vorratsräume für die Küche und weitere Aborte für die Mädchen. Die Benutzung der Aborte ist tagsüber so gedacht, daß die Jungen ihre Aborte im Obergeschoß benutzen, während die Mädchen eine weitere Anlage im Kellergeschoß erhielten. Das eigentliche Schlafgeschoß wird tagsüber verschlossen gehalten.

Das große Gefälle, bei einer Ausdehnung des Baukörpers in der Nord-Süd-Richtung von 21 m waren 7,50 m Höhenunterschied zu überwinden, verursachte eine erhebliche und kräftige Fundierung und Sicherung des Baues. Durch die tiefe Fundierung war es möglich, die entstehenden Hohlräume zu einem großen Luftschutzkeller unter dem eigentlichen Kellergeschoß auszunutzen.

Bei der Ausgestaltung der Innenräume wurde Wert auf gediegene und natürliche Schönheit gelegt. So sind alle Holzteile nur lasiert oder geölt worden. Die Ausstattung der Tagesräume ist in Lärchenholz gehalten, die sichtbare tragende Balkendecke in Fichte. Die Balkenfelder sind verputzt. Die bunten schmiedeeisernen Beleuchtungskörper in der Halle und in den Tagesräumen wurden von dem Breslauer Kunstschmied R. Kusche gearbeitet. Die handgewebten Vorhänge stammen aus der Werkstatt von Annemarie Obst, Breslau. In Verbindung mit den schön profilierten Tagesraumtüren bilden sie den einzigen Schmuck der Aufenthaltsräume. Die Schlafgeschosse erhielten einen hellen Leimfarbenanstrich, die Halle und das Treppenhaus einen feinen Spritzputz.

In der Jugendherberge befinden sich 125 Betten und 50 Notlager.

Die Baukosten betrugen rd. 100 000 RM.

Die Jugendherberge Dramatal wurde zusammen mit der Jugendherberge auf dem Annaberg durch den Reichsjugendführer am 17. Oktober 1937 ihrer Bestimmung übergeben.

Hartbeton als Grenzleistung der Technik

Von Obering. Erich Schrader, Berlin

Von den Behörden werden bekanntlich im Interesse der körperlichen Sicherheit der Bewohner oder der Benutzer von Bauwerken bestimmte Mindestwerte hinsichtlich der Festigkeit der Baustoffe vorgeschrieben. Diese Mindestwerte dürfen durch die Beanspruchungen, die durch äußere Kräfte auf die Bauteile ausgeübt werden, nicht überschritten werden. Weil es aber technisch bis heute nahezu unmöglich ist, Baustoffe, ob sie organischen Ursprungs sind (z. B. Holz) oder anorganisch in technisch einfacher Struktur hergestellt (z. B. Eisen, Stahl) oder schließlich als zusammengesetzte technisch erschwerter Art (z. B. Beton) in hundertprozentig sicherer stets gleichbleibender Beschaffenheit herzustellen, und weil auch andererseits bei Beanspruchungen durch äußere Kräfte mit unvorhergesehenen Schwankungen gerechnet werden muß, so rechnet man stets mit einer Sicherheitszahl, die als Faktor zwischen der „zulässigen" und der im Durchschnitt „tatsächlich vorhandenen" Festigkeitszahl eingeschoben wird. Im allgemeinen verlangt die Vorschrift für feststehende nicht absichtlich bewegte Bauteile ja nach Art des Baustoffs eine dreifache, fünffache oder zehnfache Sicherheit.

Die zulässigen Beanspruchungswerte, soweit sie überhaupt behördlich vorgeschrieben sind, gelten selbstverständlich nur für Bauteile, durch deren Zerstörung eine Gefahr für Leib und Leben oder für die öffentliche Sicherheit herbeigeführt werden könnte, für Baustoffe, durch deren Zerstörung lediglich Schönheitsfehler eintreten könnten, gelten sie nicht. Hier überläßt die Behörde etwaige Sicherheitsvorschriften dem Ermessen des einzelnen Interessenten. Baustoffe dieser Art sind Farbe, Tapete, ausschließlich Schmuckzwecken dienende Bauteile und Bodenbeläge auf tragfähigem Erdboden oder auch mit einwandfreier Unterlage. Für hierzu benötigte Baustoffe ist die Baustoffmindestfestigkeit gegen mechanische und chemische Angriffe behördlich nicht vorgeschrieben.

Unter „Bodenbelägen" fällt auch Hartbeton in seinen verschiedenen Ausführungsarten. Unter verschiedenen Ausführungsarten ist hier nicht nur zu verstehen, daß die Hartbetonarten hinsichtlich der Größenabstufung, der Form und der physikalischen und der chemischen Beschaffenheit des Kornes der Zuschlagstoffe verschieden sind, sondern auch hinsichtlich der Art des verwendeten Bindemittels (Zement, Bitumen) sowie schließlich auch hinsichtlich des mehr oder weniger vorhandenen Fingerspitzengefühls und der Geschicklichkeit der ausführenden Betonierer. Solche sehr weitgehenden Unterschiede der einzelnen Hartbetonbelagarten machen es äußerst schwierig, bestimmte Vorschriften zur Herstellung zu geben, weil vollkommen unwägbare Werte wie Fingerspitzengefühl und Geschicklichkeit berücksichtigt werden müssen, zumal sie von ausschlaggebender Bedeutung sein können.

Da nun auch bei einer Zerstörung eines Hartbetonbelages durch allmählich sich bildende Schlaglöcher, durch abbröckelnde Fugenkanten, durch Dehnungs- oder Erschütterungsrisse, durch Abschliff oder durch den Einfluß chemischer Kräfte keine unvorherzusehenden Katastrophen eintreten können, die Leben oder Gesundheit von Menschen gefährden, so sieht man in den meisten Fällen von dem Einsetzen eines Sicherheitsfaktors ab, und die den Belag ausführende Firma geht teils aus wirtschaftlichen Gründen, teils aber auch aus Ehrgeiz in bezug auf technische Leistungen bis dicht an die Grenze der tatsächlich vorhandenen Wertzahl heran.

Bei einem erstklassigen Hartbeton bzw. Festhartbeton wählt man deshalb als Zuschlagskörnung Baustoffe, die hochdruckfest, hochschlagfest, hochabschliffest sein und selbstverständlich auch einen hohen Widerstand gegen Angriff durch Säuren oder sonstige Chemikalien haben müssen. Allerdings ist der ideale Zuschlagsstoff, der alle diese wünschenswerten Eigenschaften in sich vereinigt, noch nicht gefunden; und wir werden ihn auch als natürlichen Rohstoff niemals finden, deshalb hilft man sich in der Weise, daß man entweder nach Möglichkeit diejenigen Zuschlagsstoffe verwendet, die einem besonderen Belastungsfall weitestgehend angepaßt sind, oder man wählt nur einen einzigen Baustoff als Aufbaukörnung, der eine Druckfestigkeit nicht unter 2000 kg/cm², und damit auch eine hohe Schlagfestigkeit, ferner infolge eines Härtegrades nicht unter 7 der Stufenfolge nach Mohs für die meisten Zwecke der Praxis hohen Abschliffwiderstand hat und der auch von keiner der in der Praxis vorkommenden Säuren oder Alkalien angegriffen wird. Dieser Bedingung entspricht am meisten ein möglichst reiner Quarz von rein weißer Farbe mit nahezu hundertprozentigem Kieselsäuregehalt. Will man die Abschliffestigkeit des aus solchem Aufbaustoff hergestellten Belagbetons noch erhöhen, wie es eigentlich nur bei Belägen wünschenswert sein könnte, die ausschließlich durch Betreten mit unbenagelten Stiefelsohlen und allenfalls durch das Fahren mit gummibereiften leichten und gering belasteten Karren abgenutzt werden, so kann man dies in einfachster Weise dadurch erreichen, daß man dem Aufbaustoff einen genügenden Prozentsatz einer hochharten Körnung (nicht unter Härte 9), die jedoch möglichst nicht spröde sein darf, hinzufügt.

Mit einem derartig hergestellten Hartbeton- bzw. Festhartbetonbelag geht man tatsächlich an eine technische Grenzleistung heran, ja man überschreitet sogar die Grenze, die man nach den Erfahrungen der Praxis hätte einhalten müssen. Das wird trefflich gekennzeichnet durch eine Frage, die einer unserer bekanntesten Betonsachverständigen, der Leiter des Betonprüfungs-Institutes einer staatlichen Versuchsanstalt einmal dem technischen Vertreter einer führenden Hartbetonfirma vorlegte: „Wie machen Sie es bloß, daß Sie Belagflächen von 7 m Länge und Breite ausführen ohne trotz Ihrer feiten Mischung, eins zu eins, Risse zu kriegen?!"

Diese Frage ist durchaus berechtigt, denn nach allen bisher vorliegenden Erfahrungen im Betonbau, kann nicht angenommen werden, daß Flächen derartig großer Abmessungen ohne Risse zu bekommen selbst in geschlossenen Räumen ausgeführt werden können. Trotzdem aber liegen viele derartige Flächen auch bei schärfster Beanspruchung seit Jahren ohne irgendwelche Beschädigung.

Das sind „Grenzleistungen", deren Geheimnis nur in gut ausgewähltem Baustoff, in gründlicher theoretischer Erfahrung und in bestpraktischer Arbeit liegt.

Die Leistungsgrenze, an die die Technik bei der Ausführung von Hartbetonbelägen herangegangen ist, wurde selbstverständlich nicht bei den zeitlich ersten Ausführungen und nicht in kurzer Zeit erreicht. Auch hierbei gilt die alte Erfahrung, daß alles Gute nicht durch plötzlichen Umschwung, sondern durch allmähliche Entwicklung erreicht wird. Es hat viel Opfer an Geld Zeitaufwand und Arbeit gekostet, bis man durch langsame aber stetige Fortschritte der Technik die Leistungsgrenze bis zu ihrer heutigen Lage hinausschieben konnte. Aus dieser Feststellung können wir den Schluß ziehen, daß wir bei allen Hartbetonarbeiten mit größter Vorsicht verfahren müssen, wenn wir Ausführungen machen wollen, bei denen die heute als bewährt geltenden Maßnahmen irgendwelche auch scheinbar geringfügige Abänderungen erfahren. Dies gilt nicht nur für besonders hohe, oberhalb der bis jetzt bekannt gewordenen Grenze liegende Beanspruchungen durch bewegte Lasten und durch bisher nicht vorgekommene chemische Einflüsse, sondern auch bei Verwendung von Farbzusätzen, bei Ausführungen, die höheren Temperaturschwankungen ausgesetzt sind und überhaupt überall da, wo man sich auf ausreichende praktische Erfahrungen nicht stützen kann. In solchen Fällen ist es deshalb dringend notwendig, vor Beginn einer in Auftrag genommenen Ausführung an einer unter den gleichen Bedingungen verlegten Probefläche festzustellen, welche neuen Erscheinungen sich zeigen werden.

Haftungsfragen um „Gebäudeeinsturz"[1]

Erläuterungen zu den Bestimmungen des BGB. unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung

Von Hochbauingenieur und Volkswirt Dr. jur. Reuter, Berlin

Ein interessanter Fall zur Frage der „Ablösung": (Schluß)

Dem Reichsgericht[26]) hat für das Urteil ein recht interessanter Tatbestand vorgelegen: Die Klägerin, Köchin eines Mieters, stürzte infolge Durchbrechens des Bodens in die darunterliegende Küche des 1. Stockwerks. Die Köchin stand vor dem Herd, Steinfliesen, auf denen sie stand, wichen; die morsch gewordenen Stücke des Blendbodens brachen durch. Fliesen und Blendboden haben sich also aus dem Gefüge und der Verbindung mit dem ganzen Gebäude gelöst, dies sogar vollständig, soweit die Stücke in den unteren Raum hinabgefallen sind. Das Reichsgericht sagt hierzu, daß es keineswegs Voraussetzung des § 836 ist, daß sich ein bestimmter größerer oder für sich einheitlicher Gebäudeteil vom Ganzen, etwa die ganze Mauer oder die ganze Decke, löst und einstürzt oder herabfällt; die gesetzliche Vorschrift trifft auch das Abstürzen einzelner Steine, Balken, Stuckbekleidungen. Sie gilt auch dann, wenn die Teile nicht auf den Menschen oder die Sache stürzen, sondern wenn der Schaden dadurch entsteht, daß Menschen oder Sachen mit den sich lösenden Teilen abstürzen. Auch für einen solchen Fall hat das Reichsgericht[27]) eingehende Darlegungen gegeben. Es sagt hierzu, daß es für die Anwendung des § 836, wenn eine Decke durchbricht oder ein Balkon abstürzt, einerlei ist, ob herabfallende Teile einen unten befindlichen Menschen treffen oder ob ein auf der Decke oder dem Balkon Stehender abstürzt. Es genügt dies völlig, um eine Ursächlichkeit des schadensstiftenden Ereignisses mit dem Schadenseintritt zu begründen. Gleichgültig ist es in diesem Zusammenhange auch, wenn das eigene körperliche Schwergewicht des Verletzten mit wirksam gewesen ist. Es genügt, daß die Verletzung durch den Einsturz oder die Ablösung erfolgt ist, nicht notwendig ist die unmittelbare Einwirkung durch das einstürzende Gebäude oder das losgelöste Stück.

Zur Frage der Beweispflicht:

In den weitaus meisten Fällen der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist das Prozeßschicksal von den für die Parteibehauptungen erbrachten

[26]) RG. in Zivilsachen, Band 52, S. 226.

[27]) Wie die Ausführungen der in Fußnote [26]) genannten Entscheidung ja zeigen.

bzw. den nicht erbrachten Beweisen abhängig. So sagt das Reichsgericht[28]) zu dieser Frage in einer Entscheidung: der Geschädigte genügt seiner Beweispflicht zunächst, wenn er beweist, daß er durch Grundstücksteile getroffen worden ist, die sich durch Witterungseinflüsse bekannter Art gelöst haben, denn das Gebäude hätte diesen standhalten müssen. Der Hausbesitzer muß sich dann durch den Gegenbeweis der Beobachtung der erforderlichen Sorgfalt entlasten. Das Gesetz geht ja von der Schuldvermutung des Grundstücksbesitzers aus, läßt ihm aber den Entschuldigungsbeweis offen. Der Verletzte ist aber immer dafür beweispflichtig, daß der Schaden infolge fehlerhafter Errichtung oder mangelhafter Unterhaltung eingetreten ist. Hieraus folgt: entfällt die Möglichkeit aus der Loslösung der Teile auf eine fehlerhafte Errichtung oder mangelhafte Unterhaltung zu schließen, so hat der Verletzte auch die Fehlerhaftigkeit zu beweisen. Schwierig kann sich in allen diesen Fällen der „Beweis des ersten Anscheins" gestalten. Scheidet er aus, so ist der Kläger eben beweispflichtig. Der vom Hausbesitzer geforderte Beweis muß sich darauf erstrecken, daß ihn kein Verschulden trifft, d. h. daß das gesetzlich vermutete Verschulden in dem konkreten Einzelfalle nicht gegeben ist. Ein wichtiges Beweismittel wird eine Zeugenaussage sein, die ein bei der Nachschau zugezogener unbeteiligter Dritter macht oder bei einer durch den Fachmann ausgeführten Nachschau oder Reparatur ein entsprechender Beleg. Seine Behauptung, es hätten außerordentliche Naturereignisse vorgelegen, kann der Hausbesitzer zweckmäßig durch Beiziehen einer Auskunft einer amtlichen Wetterdienststelle unterstützen. Zu berücksichtigen ist aber bei der Beweisfrage, daß die baupolizeiliche Abnahme nicht unbedingt den Beweis für Einhalten der erforderlichen Sorgfalt bietet[29]).

Haftpflichtiger. Umfang der Haftpflicht:

Nach § 836 Abs. 1 ist grundsätzlich der Grundstücksbesitzer der Haftpflichtige. Aber es kann nach Absatz 2 auch der Vorbesitzer unter den im Gesetz gegebenen Voraussetzungen herangezogen werden. Die §§ 837 und 838 bestimmen dann in Sonderfällen, wer der Haftpflichtige ist. An sich wird der Besitzer durch Vermietung oder Verpachtung seines Grundstücks, selbst wenn sie im Ganzen, wie z. B. bei einer Gastwirtschaft, erfolgt, nicht schlechthin von der Haftung für Schaden befreit, der Dritten aus dem verkehrsgefährlichen Zustand des Grundstücks erwächst. Er haftet also auch weiterhin für die gute bauliche Beschaffenheit des Grundstücks[30]). Der Eigentümer ist nach Staudinger[31]) nicht als solcher, sondern nur dann ersatzpflichtig, wenn er zugleich Besitzer ist. Hier ist ein Widerspruch zur Rechtsprechung, mit der der Grundstückseigentümer zu rechnen hat. Es ist ihm anzurechnen, auch bei in seinem Eigentum stehenden Grundstücken, die er nicht im Besitz hat (Totalverpachtung) für den gefahrlosen Zustand Sorge zu tragen.

Der frühere Besitzer haftet nach § 836 Abs. 2 noch ein Jahr nach der Besitzaufgabe. Diese Haftung entfällt nur dann, wenn er während seiner Besitzzeit die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat oder der Nachbesitzer durch Beachtung dieser Sorgfalt die Gefahr hätte abwenden können. Haben Vor- und Nachbesitzer die Sorgfaltspflicht verletzt, so haften sie als Gesamtschuldner. Der gegenwärtige Besitzer, der das Haus übernommen hat, haftet nicht für Schäden, die durch fehlerhafte Errichtung entstanden sind. Die Haftung des gegenwärtigen Besitzers ist bei bereits unter einem anderen Besitzer errichteten Gebäude nur unter dem Gesichtspunkt der mangelhaften Unterhaltung zu beurteilen. Dieser Grundsatz kann aber keine unbeschränkte Geltung beanspruchen. Wenn in der Literatur[32]) nur für die Fälle „erkennbar" fehlerhafter Errichtung eine Ausnahme gemacht wird, so erscheint dies zu eng. Es wird immer dann eine Ausnahme von der Regel des Haftungsausschlusses des Nachbesitzers für Errichtungsfehler gemacht werden müssen, wenn diesem irgendwie Zweifel über den gefahrlosen Zustand des Gebäudes entstehen. Hat er solche Zweifel über den ordnungsmäßigen Zustand, so hat er die Pflicht, eingehend Nachschau zu halten und gegebenenfalls Fachleute hinzuzuziehen und für eine unverzügliche Beseitigung der Gefahrenquelle zu sorgen, andernfalls würde er ja auch für die Erhaltung des gefahrlosen Zustandes nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet haben.

Der Verpflichtete haftet für den Schaden, der durch Tötung, Körperverletzung, Gesundheitsbeschädigung eines Menschen oder Sachbeschädigung entstanden ist. Es ist der „daraus" entstandene Schaden zu ersetzen, also alle dem Verletzten erwachsenen Unkosten, Begräbniskosten, Heilungskosten, und die Nachteile, die die Verletzung für den Erwerb oder das Fortkommen des Verletzten herbeiführt. Gegebenen Falles hat der Verpflichtete auch für den Ausfall der Alimentation gegenüber der Ehefrau und den Kindern einzustehen. Es ist also auch der mittelbare Schaden zu ersetzen, denn die Vermögenslage des Geschädigten ist so zu stellen, wie wenn das schädigende Ereignis nicht eingetreten wäre. Im einzelnen sind für den Schadensumfang die §§ 842—847 maßgebend. Hat bei dem Schaden ein Verschulden des Verletzten mitgewirkt, so tritt nach § 254 unter Umständen eine Herabminderung der Ersatzpflicht ein, insbesondere wird hierbei berücksichtigt, ob der Schaden vorwiegend von dem Grundstücksbesitzer oder dem Geschädigten verursacht worden ist.

Der Anspruch auf Schadenersatz aus § 836 verjährt nach § 852 in drei Jahren. Der Fristablauf beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat. Die Kenntnis des Umfanges des Schadens ist nicht erforderlich.

Vorzeugende Maßnahmen:

Die hauptsächlichste Maßnahme ist die Nachschau. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhange der bürgerlich-rechtlichen Fragen zum Gebäudeeinsturz auch eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung. Das Preußische Oberverwaltungsgericht[33]) sagt einmal: der Hauseigentümer ist ohne Rücksicht auf ein Verschulden Dritter für die Abstellung aller durch den Zustand des Hauses drohenden Gefahren verantwortlich. Bietet der Hausbesitzer an Stelle des von der Polizei geforderten Mittels ein anderes zur Abwendung der Gefahr an, so muß es ebenso wirksam sein wie das geforderte. Auf die Tatsache, daß unebenes Pflaster und reger Lastkraftwagenverkehr die Einsturz- bzw. Ablösungsgefahr vergrößert, kann sich der Grundstückbesitzer nicht berufen. Die Maßnahmen müssen den Schutz aller das Grundstück und das Gebäude betretenden Personen und der Straßenbenutzer, also überhaupt aller, die durch einen ordnungswidrigen Zustand gefährdet werden können, berücksichtigen. Sie decken sich also mit dem Kreis der nach dem bürgerlichen Recht (§§ 836—838) geschützten Personen, d. h. allen Dritten.

Immer wieder wird auch von seiten der behördlichen Stellen auf die Notwendigkeit und die rechtliche Verpflichtung des Hausbesitzers zu eingehender Nachschau hingewiesen. In den Tages- und vor allen Dingen in den Hausbesitzer-Zeitungen[34]) erscheinen einschlägige stadtamtliche Bekanntmachungen über „Schutzmaßnahmen gegen das Herabstürzen von Bauteilen" und „Entfernung schadhafter Balkonkonstruktionen". In diesen Aufforderungen wird häufig auf die am meisten gefährdeten Teile: Balkondecken aus Wellblech als tragendem Konstruktionsteil, eiserne Kragträger, Putzschalen, Stuckkonsolen, Gesimse, Holzteile, die den Witterungseinflüssen ausgesetzt sind, usw., hingewiesen. Die Notwendigkeit geordneter Unterhaltung, etwa die rechtzeitige Erneuerung von Schutzanstrichen, wird in diesem Zusammenhange immer wieder unterstrichen. Der Grundstücksbesitzer muß sich immer vor Augen halten, daß die zu fordernden Maßnahmen nach dem Gesichtspunkt der Beobachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt zu bemessen sind, und diese Sorgfalt muß strong gehalten werden, denn es steht hierbei der Schutz aller am Verkehrsleben teilnehmenden Volksgenossen in Frage.

Nachbemerkung:

Die hier gebrachten Darlegungen sind absichtlich etwas ausführlicher gehalten, als allgemeinhin solche Rechtsfragen in technischen Fachzeitungen behandelt zu werden pflegen. Die Bedeutung des Stoffgebietes für den Baugewerbetreibenden und den Architekten ist eingangs genannt worden. Sie trifft ihn in seinem gesamten Wirkungsbereich: als sachkundiger Berater, als Sachverständiger bei den Gerichten, als Besitzer eigener Häuser. Sie kann ihn, wenn auch nur mittelbar, als Bauschaffenden in seiner Berufsarbeit treffen. Richtet er Schäden durch seine Bauarbeiten oder durch deren fehlerhafte Ausführung an, so ist er allerdings nicht nach § 836 haftbar, hier kommt nur eine Haftung aus der allgemeineren Bestimmung des § 823 in Frage. Wird aber der Grundstücksbesitzer aus § 836 in Anspruch genommen, so kann er, falls seine Inanspruchnahme erfolgt ist, weil ein fehlerhaft errichteter Bau oder eine fehlerhaft ausgeführte Reparaturarbeit einen Schaden verursacht hat, den Ausführenden aus dem zwischen ihnen bestehenden Bauvertrage in Anspruch nehmen, auf ihn „zurückgreifen". So ergibt sich die mittelbare Bedeutung der besprochenen Bestimmungen auch für den Baugewerbetreibenden als Ausführenden[35]).

---

[28]) RG vom 15. Juni 1936, vgl. Fußnote [13])

[29]) Vgl. „Juristische Wochenschrift", 1909, S. 275.

[30]) Kammergericht vom 2. April 1936, vgl. Fußnote [13])

[31]) Staudinger, Kommentar zum BGB, 9. Auflage, II. Band, 3. Teil, S. 1912, zu 3 a.

[32]) Vgl. Wooer in dem in Fußnote [2]) genannten Aufsatz

[33]) Preuß. Oberverwaltungsgericht vom 14. November 1935, in „Das Grundeigentum", 1936, S. 486.

[34]) Vgl. etwa „Das Grundeigentum", 1936, S. 170, 708, 864.

[35]) In diesem Zusammenhange wird empfohlen, auch nachzulesen: Reuter, „Schädigende Auswirkungen der Bauarbeiten auf Nachbargrundstücke", „Zur Frage der Inanspruchnahme des Bauausführenden", 1938, S. 321 und 327, Nr. 38 und 39 dieser Zeitung

Erlasse und Verordnungen

Anordnung betr. Behandlung von Stabeisen- und Feinblechaufträgen*)

Der Reichsbeauftragte
für Eisen und Stahl.
kr/of/jb 58/38. Berlin, den 15. Dezember 1938.

Der im III. und IV. Quartal 1938 aufgetretene starke Bedarf an Eisen und Stahl hat sich in Stabeisen und Feinblechen dahin ausgewirkt, daß heute bereits Liefertermine bis zu zehn Monaten verlangt werden müssen. Ein ordnungsgemäßes Arbeiten ist bei dieser Sachlage nicht mehr möglich.

Diese Tatsache müßte die in Betracht kommenden Verkaufsverbände, herstellenden Werke und den Eisen- und Stahlhandel veranlassen, in Uebereinstimmung mit den von der Ueberwachungsstelle für die Hereinnahme von Aufträgen erlassenen Bestimmungen (Frist für Vorausbestellung und Auslieferungszwang im Kontrollnummerquartal) alle für Stabeisen und Feinbleche eingehenden Aufträge unter Bezugnahme auf die diesbezüglichen Anweisungen abzulehnen.

Um wieder geregelte Verhältnisse hinsichtlich der Stabeisen- und Feinblechauftragsbestände zu erreichen, ordne ich hiermit auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934 / 28. Juni 1937 mit Zustimmung des Herrn Reichswirtschaftsministers folgendes an:

Aufträge auf Lieferung von Stabeisen (Ziff. 5 der Materialliste) und Feinblechen (Ziff. 10 der Materialliste) für Kontingentsbedarf und nichtkontingentierten Inlandsbedarf dürfen bis auf weiteres nicht erteilt und angenommen werden.

Angenommen sind

1. Kontingentsaufträge mit dem Zusatzkontrollzeichen „Gs";
2. Aufträge auf Lieferung vom Lager des Eisen- und Stahlhandels;
3. Aufträge auf Lieferung von IIa-Material, Ausschußmaterial, Unterlängen, Streifen-, Stück- und Wildmaßblechen sowie Kopfenden.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung fallen unter die Strafbestimmungen der Verordnung über den Warenverkehr.

Die durch diese Anordnung verfügte Maßnahme wird sich in der Eisen verarbeitenden Industrie und damit in der Durchführung der z. Z. laufenden Aufgaben nicht auswirken, da während dieser Zeit die volle Erzeugung der Stabeisen und Feinblech herstellenden Werke zur Auslieferung kommt, anderseits nach Wiederzulassung neuer Bestellungen entsprechend kürzere Lieferzeiten erreicht sein werden.

*) Betrifft nicht das Land Oesterreich und die sudetendeutschen Gebiete.

Zweite Anordnung über ein Verbot der Errichtung von Abbruch- und Abwrackunternehmungen

Vom 29. Dezember 1938

Auf Grund des Gesetzes über Errichtung von Zwangskartellen vom 15. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 488) ordne ich an:

Die Geltungsdauer meiner Anordnung über ein Verbot der Errichtung von Abbruch- und Abwrackunternehmungen vom 17. August 1938*) (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 191 vom 18. August 1938) — ausgedehnt auf das Land Oesterreich durch Anordnung vom 27. September 1938 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 226 vom 28. September 1938) — wird bis zum 31. Dezember 1939 verlängert.

Berlin, den 29. Dezember 1938.

Der Reichswirtschaftsminister
I. V.: Brinkmann

*) Wortlaut in Nr. 34 unserer Zeitung vom 25. 8. 1938, Seite 288.

Vierte Verordnung über den Höchstbetrag für Reichsbürgschaften für den Kleinwohnungsbau*)

Vom 15. Dezember 1938

(Reichsgesetzbl. I S. 2011)

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Uebernahme von Reichsbürgschaften für den Kleinwohnungsbau vom 4. Februar 1936*) (Reichsgesetzbl. I S. 56) wird verordnet:

Der in der Dritten Verordnung über den Höchstbetrag für Reichsbürgschaften für den Kleinwohnungsbau vom 4. Oktober 1937*) (Reichsgesetzbl. I S. 1131) festgesetzte Höchstbetrag von 700 Millionen RM wird um 200 Millionen RM auf 900 Millionen RM erhöht.

Berlin, 15. Dezember 1938.

Der Reichsminister der Finanzen: Graf Schwerin von Krosigk.

Der Reichsarbeitsminister: In Vertretung: Dr. Krohn.

*) Betrifft nicht das Land Oesterreich und die sudetendeutschen Gebiete.

*) Vgl. Nr. 9 unserer Zeitung vom 27. 2. 1936, S. 82.

*) Hinweis in Nr. 43 unserer Zeitung vom 28. 10. 1937.

Gebührenordnung der Überwachungsstelle für Holz (V)

Nachtrag Nr. 2 vom 31. Dezember 1938

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 816) in der Fassung der Verordnung vom 28. Juni 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 761) in Verbindung mit der Verordnung über die Errichtung von Ueberwachungsstellen vom 4. September 1934 (Deutscher Reichsanz. und Preuß. Staatsanzeiger Nr. 209 vom 7. September 1934), des Erlasses über den Uebergang einzelner Aufgaben des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft auf das Reichsforstamt vom 12. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1031) und der Verordnung über die Einführung von Vorschriften auf dem Gebiete des Warenverkehrs im Lande Oesterreich vom 19. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 263) wird mit Zustimmung des Herrn Reichsforstmeisters angeordnet:

§ 1

Im Lande Oesterreich gelten die Bestimmungen der Gebührenordnung der Ueberwachungsstelle für Holz (V) vom 12. Januar 1936 (Neue Fassung) mit Nachtrag vom 31. Dezember 1936 (Deutscher Reichsanz. und Preuß. Staatsanzeiger Nr. 28 vom 3. Februar 1936 bzw. Nr. 3 vom 6. Januar 1937).

§ 2

Dieser Nachtrag zur Gebührenordnung tritt rückwirkend vom 1. Januar 1939 ab in Kraft.

Berlin, den 7. Januar 1939.

Ueberwachungsstelle für Holz (V).
Der Reichsbeauftragte: Sindersberger.

Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sudetenland

Der Reichsarbeitsminister.
I a 10 863/38. Berlin, den 13. Dezember 1938.

Der auf Grund der Verordnung über die Einführung sozialrechtlicher Vorschriften in den sudetendeutschen Gebieten vom 22. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1670) zu bestellende Reichstreuhänder der Arbeit führt vorbehaltlich der endgültigen Regelung die Bezeichnung „Der Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sudetenland". Seine Dienststelle befindet sich in Reichenberg, Bahnhofstraße 18, Fernruf 24 09 und 31 20.

In Vertretung des Staatssekretärs: Reittig.

Reichszuschüsse zur Besserung der Wohnverhältnisse in Grenzgebieten — Maßnahme 1938 —

Der Reichsarbeitsminister.
IV b 1 Nr. 6302/51. Berlin, den 16. Dezember 1938.

Im Anschluß an meinen Erlaß vom 17. Juni 1938 — IV b 1 Nr. 6302/34

Da nach mir zugegangenen Berichten die Arbeiten in vielen Fällen während der nächsten Monate nicht ausgeführt werden können, bestimme ich als Zeitpunkt für die Beendigung der Arbeiten den 30. September 1939.

Im Auftrag: Dr. Ebel.

Wandbauweisen aus Ziegelhohlsteinen

Der Reichsarbeitsminister.
IV 2 Nr. 9503/27. Berlin, den 23. Dezember 1938.

Mit Rundschreiben vom 30. Juni 1938*) — IV 2 Nr. 9503/1 —, betr. Wandbauweisen aus Ziegelhohlsteinen, habe ich Grundsätze für die Ausbildung von Wandhohlziegeln und für die Herstellung von Hohlziegelmauerwerk bekanntgegeben. Nach diesem Rundschreiben können vorhandene Bestände an Hohlziegeln, die den Grundsätzen nicht entsprechen, nur noch bis zum 31. März 1939 verwendet werden. Diese Frist wird hiermit bis zum 30. Juni 1939 verlängert. Ebenso braucht erst vom 1. Juli 1939 ab bei Genehmigung von Bauten aus Hohlziegelbauweisen, für die keine allgemeinen baupolizeilichen Zulassungen bestehen, nach den Grundsätzen verfahren zu werden.

Ich bitte, Ihre nachgeordneten Behörden entsprechend zu unterrichten.

Im Auftrag: Dr. Knoll.

*) Wortlaut in Nr. 31 unserer Zeitung vom 4. 8. 1938, S. 256.

Verjährungsfrist bei der bisherigen sächsischen Grundsteuer

Der Reichsstatthalter in Sachsen
— Landesregierung —
Finanzministerium,
20. Dezember 1938, Nr 356 a Steuer D.

Durch ein Urteil des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 11. Oktober 1938, Nr. 38 II 1938, ist klargestellt worden, daß die Verjährungsfrist bei der bisherigen sächsischen Grundsteuer, die nach dem sächsischen Grundsteuergesetz für die Zeit vor dem 1. April 1938 zu erheben ist, nach wie vor fünf Jahre beträgt. Die durch die Vorschrift in § 28 Ziff. 31 des Einführungsgesetzes zu den Realsteuergesetzen vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 961) erfolgte Abänderung des § 144 Satz 1 der Reichsabgabenordnung, nach der die Verjährungsfrist bei der Grundsteuer drei Jahre beträgt, findet nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts auf die für die Zeit vor dem 1. April 1938 zu erhebende sächsische Grundsteuer keine Anwendung.

Den Grundsteuerbehörden gebe ich hiervon zur Beachtung Kenntnis.

Reichszuschüsse zur Besserung der Wohnverhältnisse für Land- und Forstarbeiter in Grenzgebieten
— Maßnahme 1938 —

Der Reichsarbeitsminister.
IV b 1 Nr. 6301/46. Berlin, den 16. Dezember 1938.

Im Anschluß an meinen Erlaß vom 8. Juli 1938[1]) — IV b 1 Nr. 6301/13

Da nach mir zugegangenen Berichten die Arbeiten in vielen Fällen nicht innerhalb der festgesetzten Frist ausgeführt werden können, verlängere ich die Frist für die Beendigung der Arbeiten bis zum 30. September 1939.

Im Auftrag: Dr. Ebel.

[1]) Wortlaut in Nr. 33 unserer Zeitung vom 18. 8. 1938, S. 278.

Schulangelegenheiten

Kürzere Studiendauer an Technischen Hochschulen und Fachschulen

Durch Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan auf Vorschlag des Reichswirtschaftsministers vom 14. Dezember 1938 ist die Studiendauer an Technischen Hochschulen und Bergakademien auf drei Jahre und die Studienzeit an Fachschulen, die der Ausbildung von Ingenieuren, Technikern, Architekten und Chemikern bei vollem Tagesunterricht dienen, auf zwei Jahre festgesetzt worden. Ein Leistungsabfall wird durch entsprechende Reorganisation des technischen Hoch- und Fachschulwesens verhindert. Diese Anweisung entspricht dringenden Erfordernissen der Wirtschaft, indem sie den spürbaren Mangel an Technikern und Ingenieuren beseitigt. Daneben ist sie auch ein Geschenk für alle Studierenden, die sich der neuen Lage durch erhöhte Leistung würdig erweisen sollen. Eine besondere Bedeutung erhält die Anordnung noch dadurch, daß eine großzügige Begabtenförderung eingeleitet wird. Bis zu 30 v. H. der Studienplätze sind als Freistellen besonders Begabten vorzubehalten. Diese Anordnung tritt mit Beginn des nächsten Studienjahres in Kraft; bis dahin sind die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen durch den Reichserziehungsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister zu treffen.

Wettbewerbe

Franken-Thüringen. Wettbewerb für ein Waldarbeiterschulungslager und eine Forstsiedlung. **a) Schulungslager am Eisenberg.** Das Preisgericht hat in diesem Wettbewerb folgende Entscheidung vorgenommen: Den 1. Preis erhielten Regierungsbaurat Eisenberg und Regierungsbauassessor Giesemann, Berlin; mit dem 2. Preis wurde der Entwurf von Regierungsbaurat Schwedes und Regierungsbauassessor Küllmer, Marburg a. d. Lahn, und mit dem 3. Preis die Arbeit von Dipl.-Architekt Münzner, Berlin-Pankow, ausgezeichnet. Die Entwürfe von Regierungsbaurat Seeger, Berlin; Dipl.-Architekt Kubosch und Dipl.-Architekt Gericke, Weimar; Architekt Rein und Dipl.-Ing. Mey, Flensburg; Dipl.-Ing. Hübner und Dipl.-Ing. Pippert, Strausberg, wurden angekauft. **b) Forstsiedlung bei Bad Lauterberg.** Hier konnte der 1. Preis wiederum Regierungsbaurat Eisenberg und Regierungsbauassessor Giesemann, Berlin, zuerkannt werden. Den 2. Preis erhielt Architekt Fuchs, Berlin, während mit dem 3. Preis die Arbeit von Regierungsbaurat Düerkop und Architekt Schünemann, Clausthal-Zellerfeld, ausgezeichnet wurde. Außerdem kamen noch drei Entwürfe, die von Regierungsbaurat Schwedes, Marburg a. d. Lahn; Architekt Thieleke, Erfurt, und Dipl.-Architekt Gericke, Weimar, eingesandt worden waren, zum Ankauf. Vom Preisgericht wurde beschlossen, die ausgesetzte Preissumme in Höhe von 13 800 RM, auf die oben genannten Arbeiten zu verteilen. (Ausschreibung in Nr. 16 unserer Zeitung vom 21. 4. 1938, S. 135.)

Hennigsdorf bei Berlin. Schulneubau. Zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau einer 34 klassigen Schule schreibt die Gemeinde Hennigsdorf einen Wettbewerb aus, der nach den Bestimmungen der Reichskammer der bildenden Künste durchgeführt wird. An diesem Wettbewerb können sich alle Architekten, die Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste sind und die ihren Wohnsitz im Gau Kurmark und in der Reichshauptstadt Berlin haben, beteiligen. Auch die beamteten und angestellten Architekten der Behörden aus diesen Wohngebieten sind zugelassen. An Preisen sind insgesamt 8500 RM ausgesetzt; auf den 1. Preis entfallen 3000 RM, auf den 2. Preis 2000 RM und auf den 3. Preis 1000 RM. Für fünf Ankäufe sind je 500 RM vorgesehen. Die Einreichung der Entwürfe muß bis Montag, 3. April 1939, mittags 12 Uhr, an den Bürgermeister in Hennigsdorf bei Berlin erfolgen. Gegen Einsendung einer Hinterlegungsgebühr von 4 RM können die Wettbewerbsunterlagen von dort bezogen werden. Dieser Betrag wird zurückgezahlt, wenn ein Entwurf, der die Bedingungen erfüllt, eingesandt wird.

Buchbesprechungen

Jahrbuch Wald und Holz 1939. Taschenkalender des Deutschen Holzarbeiters. 240 Seiten mit vielen Abbildungen, Größe 10,5×16 cm. Verlag der Deutschen Arbeitsfront GmbH., Berlin C 2, Märkischer Platz 1. Preis gebunden 0,90 RM.

Dieser Jahrweiser wendet sich in erster Linie an diejenigen Volksgenossen, die bei der Ausübung ihres Berufs mit dem Werkstoff Holz zu tun haben. Dem deutschen Holzwerker will dieser Kalender die wichtigsten Aufgaben aus seinem Arbeitsgebiet aufzeigen und ihm in der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber der deutschen Volkswirtschaft helfen. Nach dem wochenweise geordneten Kalenderteil folgen die Verordnung des Führers über das Wesen und die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront und die Verfügung des Führers über den Leistungskampf der deutschen Betriebe. Eine Reihe von Fachaufsätzen schließt sich dann an, und den Beschluß bilden die gebräuchlichen Holztabellen für Flächeninhalte, Rauminhalte usw.

Berufsgenossenschafts-Kalender für Unfallverhütung 1939. Herausgegeben im Auftrage des Reichsverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Berlin W 9, Köthener Straße 37. 64 Seiten mit vielen Abbildungen, Größe DIN A 6 (10,5×14,8 cm). Otto Spamer-Verlag, Leipzig. Preis 12 Rpf. Bestellungen: Unfallverhütungsbild GmbH., Berlin W 9, Köthener Straße 37.

Dieses Kalenderheftchen bringt durch seine geschickt ausgewählten Abbildungen und Erzählungen in eindringlicher Weise viel Wissenswertes und Belehrendes über Unfallgefahren und Unfallverhütung. Nicht nur die Erzählungen sind bebildert, sondern auch im Kalenderteil, der monatsweise angelegt ist, wird am Fuße einer jeden Seite eine Abbildung über Unfallgefahren und Unfallverhütung gebracht. Der niedrige Preis des Kalenders, der bei Massenbezug noch billiger ist, ermöglicht jedem Baumeister, seinem Gefolgschaftsmitglied nicht nur eine Freude zu machen, sondern auch mitzuhelfen, auf die Unfallgefahren hinzuweisen.

Technik voran! Jahrbuch mit Kalender für die Jugend 1939. Herausgegeben vom Deutschen Ausschuß für Technisches Schulwesen e. V. (Datsch), Berlin NW 7. 232 Seiten, Größe DIN A 6 (10,5×14,8 cm). Verlag B. G. Teubner, Leipzig C 1, Postschließfach 380. Preis kartoniert 0,95 RM.

Mit zahlreichen Fotos, Skizzen, Zeichnungen und ganzseitigen Kunstdrucktafeln stellt sich wiederum auch das neue Jahrbuch 1939 des Datsch vor. Der lehrreiche und interessante Inhalt, der sich mit vielen Gebieten der Technik befaßt, wird auch der Jugend vom Bau viel Wertvolles und Wissenswertes vermitteln, aber auch der schon lange im Beruf stehende Baufachmann wird gern durch diese Ausführungen sein Wissen über die anderen Gebiete der Technik ergänzen.

Fragekasten

Veröffentlicht und beantwortet werden hier baufachliche Fragen allgemeinen Interesses. Wir erbitten für die Beantwortung die Mitarbeit erfahrener Berufskameraden; veröffentlicht werden nur sachlich abgefaßte Antworten ohne Nennung bestimmter Erzeugnisse. — Namen von Erzeugnissen und Herstellerfirmen nennt auf Anfrage gegen Rückporto der Verlag.

2. Antwort auf Frage Nr. 1. (Anlage von Leitungen unter einem Flußbett.)

Im unteren Lauf des Euphrats sind vielleicht 3000 v. Chr. oder früher Steindämme quer zur Stromrichtung geschüttet worden. Es wurden dadurch Stromschnellen erzeugt, die an den Ufern Wasserräder zur Feldberieselung trieben. In der Mitte blieb eine Rinne für die Schiffahrt frei. Vor den Dämmen ist der Fluß flach. Dahinter habe ich 9 m Tiefe gemessen, nachdem ich einmal mit meinem Paddelboot beim Durchfahren einer Stromschnelle in eine endlos scheinende Tiefe absackte und dadurch neugierig wurde. Wenn man einen einfachen Staudamm konstruiert, so wird das Wasser die Ausspülung einer Rinne zur Verlegung der Gas-, Wasser- oder Starkstromleitungen ganz von allein besorgen. Ich würde etwa 3,0 m lange Rundpfähle in Abständen von 2 bis 2,50 m einrammen, 2 cm starke Bohlen dahinterdrücken und erhöhen, so daß das Wasser stets oben darüber hinwegspült. E. L., Sch.

3. Antwort auf Frage Nr. 1. (Anlage von Leitungen unter einem Flußbett.)

Diese Arbeit ist in der Praxis recht verschiedenartig durchführbar, z. B. so, daß man die Richtung des Flußlaufes an jener Stelle, an welcher die Leitungen verlegt werden sollen, verändert, d. h. ihn bogenförmig um die betreffende Stelle herumführt. Eiserne oder hölzerne, gut dicht haltende Spundwände, zur Abhaltung des Wassers während der Arbeit, leisten hierbei gute Dienste. Durch eine derartige Verlegung des Flußbettes wird der Hauptflußlauf einigermaßen trocken gelegt und man kann somit den Rohrgraben mit einiger Sicherheit ausführen. Bei diesen Arbeiten muß man allerdings, je nach den vorliegenden Wasserverhältnissen, fast immer mit Pumpen arbeiten, um auf diese Weise das Wasser restlos von den Arbeitsplätzen fernzuhalten. Wenn es sich auch nur um einen schmalen Fluß mit geringer Wassertiefe handelt, so erscheint immerhin große Vorsicht geboten, wie überhaupt nur sehr gewissenhafte und sorgfältig arbeitende Personen für diese Arbeiten herangezogen werden sollen. Ob Sie nun einen wasserdichten, gemauerten oder betonierten Kanal unter dem Flußbett oder etwas anderes ausführen und in welcher Querschnittsform Sie diesen Durchgang herstellen, das richtet sich nach Art, Größe und Anzahl der durchzuführenden Leitungen. Da solche Flußläufe im Winter und Frühjahr zuweilen bedeutende Wassermengen mit sich führen, so sucht man sich für die Ausführung der Arbeiten zweckmäßig die trockene und warme sommerliche Jahreszeit aus, denn während dieser Zeit ist der Wasserstand am niedrigsten. Dabei sind bei der Ausführung dieser Arbeiten immer soviel Kräfte wie möglich heranzustellen, damit das Ganze ununterbrochen durchgeführt werden kann. gh.

Verdingungs-Anzeiger und Bauten-Nachweis

Nummer 3 — 19. Januar 1939 — 37. Jahrgang

Ausschreibungen

—	Tilsit	Kulturbaubeamter	Erd- u. Böschungsarbeiten
21. 1.	Leipzig	Oberbürgermeister	Drainagelieferung
23. 1.	Breslau	Städt. Brückenbauamt	Erd-, Ramm- u. Zimmerarbeiten
23. 1.	Gleiwitz	Tiefbauamt	Straßenbefestigung u. Ausbau
24. 1.	Liegnitz	Städt. Kanalwerk	Erd-, Maurer-, Rohrverlegungsarb.
24. 1.	Reichenberg/Sudetengau	Kanzleidirektion d. Industrie- u. Handelskammer	Türlieferung. Schlosser- u. Anstreicherarbeiten
25. 1.	Neusalz/Oder	Landesstraßenbauamt	Dorfstraßenausbau
25. 1.	Rastenburg	Stadtbauamt	Polygonalpflastersteine
25. 1.	Stolp	Kreiswiesenbauamt	Lupow-Regelung
25. 1.	Trebnitz/Schl.	Kreisbauamt	Kieslieferung u. -Anfuhr
27. 1.	Hirschber./Rsgb.	Landesstraßenbauamt	Erd-, Böschungs- u. Steinbahnarb.
31. 1.	Braunschweig	Straßen- u. Wasserbauamt	Reichsstraßenneubau
3. 2.	Berlin	Reichsbahndirektion	Eichene Brückenbalken
5. 2.	Wedlitz/Sudetengau	Bürgermeisteramt	Auscherbachregelung
7. 2.	Deutsch Krone	Sparkassenvorstand	Erd-, Maurer- usw.-Arbeiten

Tilsit. Kulturbaubeamter, Tilsit, Ballgard. **Erd- und Böschungsarbeiten** am Graben K. in der Kuckerneeser Niederung, 5000 cbm Bodenaushub mit Nebenarbeiten. Bed. 1.— RM.

Leipzig. 21. Januar 1939, V. 10 Uhr. Oberbürgermeisxer, Rathaus, Zimmer 418. Lieferung von **Drainage-Kies** für den Denkmalsplatz des Richard-Wagner-Nationaldenkmals. Bed. ausliegend.

Breslau. 23. Januar 1939. V. 10 Uhr. Städt. Brückenbauamt, Breslau, Siebenradenohle 9. **Erd-, Ramm- und Zimmerarbeiten** für den Wiederaufbau der Holzbrücke über die Weistritz in Breslau-Rathen. Bed. 2,— RM, Zimmer 19. Betrag ist auf das Konto 4200 bei der Städt. Bank einzuzahlen.

Gleiwitz. 23. Januar 1939. V. 9 Uhr. Tiefbauamt, Gleiwitz, Oberwallstraße 9, Zimmer 47. **Anschüttung und chausseemäßige Befestigung** verschiedener Straßendecken beiderseits der neuen Klodnitzbrücke im Zuge der Hegenscheidtstraße und **chausseemäßiger Ausbau der** Schillerstraße zwischen Miethe-Allee und Straße C und zwischen Straße C und Schillerstraße und Reichspräsidentenplatz. Bed. 2,— und 1,— RM, Zimmer 43.

Liegnitz. 24. Januar 1939, V. 11 Uhr. Städt. Kanalwerk, Liegnitz, Steinauer Straße 1. **Erd-, Maurer- und Rohrverlegungsarbeiten** einer Betonrohrleitung in der Bitschenstraße. Bed. ausliegend.

Reichenberg Sudetengau. 24. Januar 1939, N. 18 Uhr. Kanzleidirektion der Industrie- und Handelskammer, Reichenberg. **Türlieferungen, Schlosserarbeiten und Anstreicherarbeiten** für die Bürohausgruppe an der Bayern-, Bielau- und Goethestraße in Reichenberg. Bed. kostenlos durch Arch. Prof. Max Kühn, Reichenberg, Bahnhofstr. 18.

Ausschreibung

Die **Erd-, Böschungs-, Rohrlegungs-, Beton-, Steinschlag- und Schüttungsarbeiten** für den Ausbau der Dorfstraße Poppschütz, Kreis Freystadt Niederschles., werden öffentlich ausgeschrieben.

Angebotsunterlagen in doppelter Ausfertigung können, soweit der Vorrat reicht, unter Voreinsendung von 6,— RM vom Landesstraßenbauamt Neusalz (Oder), Brüderstraße 11, bezogen werden.

Eröffnungstermin: **Mittwoch, den 25. Januar 1939, 10 Uhr vormittags,** im Landesstraßenbauamt Neusalz.

Neusalz (Oder), den 16. Januar 1939.

Der Leiter des Landesstraßenbauamtes.

Rastenburg. 25. Januar 1939. V. 11 Uhr. Stadtbauamt Rastenburg. **Anlieferung von rd. 1000 cbm Polygonalpflastersteinen** für Unterpflasterungen in der Hindenburgstraße. Bed. 0,50 RM.

Stolp. 25. Januar 1939, M. 12 Uhr. Kreiswiesenbauamt, Stolp, Wilhelmstraße 1. **2,8 km Lupow-Regelung** mit 14 000 cbm Bodenaushub und Böschungsbefestigung, 11 km Binnengräben usw. für den Wasser- und Bodenverband Kosemühl, Kreis Stolp. Bed. 2,— RM.

Trebnitz Schles. 25. Januar 1939. Kreisbauamt, Trebnitz. **Lieferung und Anfuhr von Kies** für die Unterhaltung der Landstraßen II. Ordnung im Kreise Trebnitz. Bed. ausliegend.

Braunschweig. 31. Januar 1939. Straßen- und Wasserbauamt, Braunschweig, Neubauabteilung, Hagenscharn. **Neubau der Reichsstraße 248** einschl. Verbindung zur Reichsstraße 4 südlich Braunschweig, Los 2: 50 000 cbm Mutterbodenbewegung, 80 000 cbm Hackfeldabtrag und Einbau, 130 000 cbm Füllboden, Seitenentnahme und Einbau, 40 000 cbm Frostsicherungsschicht aus Kies, 60 000 qm Betonfahrbahndecke, 25 000 qm Betonradwegdecke. Bed. 20,— RM.

Inertol der Schutzanstrich für Gärfutterbehälter

Firma Paul Lechler, Inertolfabrik, Stuttgart

Büro Breslau, Herdainstraße 61, Fernsprecher Nr. 86089
Zweigniederlassung Ostpreußen: Königsberg, Steindamm 9 b II
Vertretung für Pommern: Kurt Damerius, Stettin, Altdammer Str. 5 a

Ausschreibung

Die **Herstellung der Erd-, Böschungs- und Steinbahnarbeiten**

1. auf der Reichsstraße 154 von km 27,2+65—km 28,8 bei Einsiedel, Kreis Landeshut,
2. auf der Landstraße II. Ordnung 34 von km 3,2+80—km 3,6+85 in Wittgendorf, Kreis Landeshut,

soll öffentlich vergeben werden. Verdingungsunterlagen können, soweit der Vorrat reicht, gegen portofreie Voreinsendung von 2.— RM je Los vom Landesstraßenbauamt Hirschberg (Rsgb.), Moltkestraße 3, bezogen werden.

Eröffnungstermin: Freitag, den 27. Januar 1939, vormittags 11 Uhr.

Landesstraßenbauamt Hirschberg (Rsgb.), Moltkestraße 3.

Berlin. 3. Februar 1939, M. 12 Uhr. Reichsbahndirektion, Präsidialbüro, Berlin W 35, Großadmiral-von-Köster-Ufer 1 3, Zimmer 145. Lieferung von rd. **621 cbm eichener Brückenbalken.** Bed. 1.20 RM.

Wedlitz Sudetengau. 5. Februar 1939. M. 12 Uhr. Bürgermeisteramt Wedlitz. **Regelung des Auschaer Baches** in Wedlitz auf einer Länge von 760 m. Bed. 3,— RM, Kulturtechnische Abteilung, Leitmeritz 8, Adolf-Hitler-Ring 30.

Deutsch Krone. 7. Februar 1939, V. 10 Uhr. Vorstand der Sparkasse des Kreises Deutsch Krone. 1. **Erd- und Maurerarbeiten,** 2. **Zimmerarbeiten,** 3. **Dachdecker-,** 4. **Klempnerarbeiten** für den Neubau der Sparkasse des Kreises Deutsch Krone. Hauptzweigstelle Märkisch Friedland in Märkisch Friedland. Bed. je 1,— RM für 1 und 2, je 0,50 RM für 3 und 4. Hochbauabteilung des Landratsamtes Deutsch Krone.

Achtung! Baugeschäfte!

Neue Antragsvordrucke für Materialbeschaffung bei Wehrmachtsaufträgen!

	Preis je Satz	bei 5	Abnahme 10	von 25	Sätzen 50	100	500
Vordruck DB 3 Antrag auf Ausstellung einer Dringlichkeitsbescheinigung	Rpf.	20	15	13	10	9	6
Vordruck H 3 Antrag auf Ausstellung v. Einkaufsscheinen für Nadel-Schnittholz	Rpf.	21	16	14	11	10	6,5
Vordruck H 4 Antrag auf Ausstellung einer Einkaufsgenehmigung f. Nadelstammholz (Rundholz)	Rpf.	22	17	14	12	11	7
Vordruck Üwa 1 Antrag auf Lieferzeitverkürzung	Rpf.	20	15	12	10	9	6
Vordruck Z 2 Antrag auf Zuweisung von Zementbezugsscheinen	Rpf.	23	18	15	13	12	7,5
Vordruck E 3 Antrag auf Zuweisung von Eisen u. Stahl	Rpf.	20	15	12	10	9	6

Bestellungen werden erbeten an:

Druckerei Brehmer & Minuth, Breslau 2

Tauentzienstr. 29, Fernruf Breslau 58844, Postscheckkonto Breslau 3191

Porto und Verpackung wird zu Selbstkosten in Rechnung gestellt.

Verdingungs-Ergebnisse

Magdeburg. 13. Januar 1939. Vereinigte Bauverwaltungen. Ausführung von **Erd- und Pflasterarbeiten** bei Verlegung von unterirdischen Telegraphen- und Fernsprechleitungen der Reichspostdirektion innerhalb der Gemarkung Magdeburg

Carl Ladenthin, Magdeburg	6 099,70	Friedrich Hoppe, Magdeburg ..	9 565,70
Otto Bense, Magdeburg ...	7 511,20	Friedrich Jahn, Magdeburg ..	10 236,70
Ernst Haeberle, Magdeburg	8 241,50	Hans Cassel, Magdeburg	12 143,50
Rudolf Hanack, Magdeburg	8 453,50		

Schweidnitz. 12. Januar 1939. Bauj. Architekten Willi Pützold, Waldenburg, und Kurt Schönfelder, Schweidnitz. Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten für den Neubau von 54 Kleinwohnungen der Heliowattwerke, Schweidnitz. Bauträger: Wohnungs- und Heimbau GmbH. des Schlesischen Heimes, Waldenburg Schl.

	Block I	Block II	Block III	Block IV	Block V	Block VI
Bauer, Schweidnitz	26 900,53	25 814,32	23 720,18	30 918,74	27 195,52	27 503,72 Abgebot 3%
Paul, Waldenburg-Dittersbach	24 848,43	—	—	—	—	—
Jäger & Sohn, Waldenburg	26 141,95	23 826,39	22 250,73	23 060,98	23 601,40	24 567,00
F. Püschel, Waldenburg-Altwasser	27 512,64	24 869,74	20 431,22	30 265,68	24 036,72	25 838,48
Bachmann, Schweidnitz	27 527,55	24 609,50	22 272,28	31 550,72	24 647,32	26 601,45
Karwa, Schweidnitz	25 900,—	23 700,—	22 100,—	28 600,—	23 400,—	24 300,—
Glück & Schulz, Schweidnitz	25 844,60	23 683,45	22 068,97	28 388,70	23 405,38	24 294,33
Röbig, Schweidnitz	25 659,17	23 613,56	22 013,24	27 794,87	23 448,06	24 248,58
Rudelius, Freiburg	25 787,85	23 741,17	22 102,91	28 000,—	23 457,81	24 448,58
Krause, Waldenburg-Altwasser	25 783,47	—	—	—	—	—
Pohl, Schweidnitz	27 123,06	25 290,69	23 339,70	29 624,06	24 641,89	25 581,39

Gleiwitz. 3. Januar 1939. Wasserbauamt Adolf-Hitler-Kanal Gleiwitz, Wilhelmplatz 9. 1. **Rammen und Verzimmern von 18 Stück fünfpfähligen Hochdalben,** Pfähle 8—9 m lang, 0,30—0,40 m Durchmesser im Unterhafen, Schleuse Hubenland; 2. **Rammen von 54 Stahlpfählen KP 14,** 10,75 m lang zu je 18 Stück dreipfähligen Dalben im Oberhafen, Schleuse Ehrenforst.

1. Schleuse Hubenland:

	Angebotssumme	Festgestellter Betrag
Kallenbach, Gleiwitz	16 500,—	16 500,—
Nagel, Heydebreck	27 460,—	27 500,—
Apfeld, Heydebreck	31 900,—	31 900,—

2. Schleuse Ehrenforst:

	Angebotssumme	Festgestellter Betrag
Nagel, Heydebreck	21 725,—	21 330,—
Apfeld, Heydebreck	22 680,—	22 680,—
Kallenbach, Gleiwitz	36 450,—	41 850,—

Angermünde. 9. Januar 1939. Stadtbauamt Angermünde, Rathaus. **Aufbauarbeiten, Erd-, Maurer-, Zimmer-, Klempner- und Dachdeckerarbeiten** für das nächstjährige Bauprogramm (62 Wohnungen) der Baugenossenschaft Angermünde eGmbH.

Karl Heise	22 995,55	Emil Schulz	23 976,02
Karl Schleyer	23 526,20	Otto Kahmann	24 601,90
Erich Witte	23 688,44	Paul Heise	25 061,47
Hans Schwarz	23 834,76		

Stralsund. 10. Januar 1939. Stadtbauamt. **Ausführung von Ramm-, Zimmer- und Eisenarbeiten** für eine eiserne Spundwand im Hafen zu Stralsund.

Lenz & Co., Stettin	226 770,70	Wilhelm Peters, Stralsund	269 968,50
Steffen Sohst, Kiel	263 184,30	Heinrich Stein, Stralsund	270 801,35
Possekel & Schader, Berlin	269 757,50	Koldewitz, Seedorf a. Rg.	301 048,58

Bauten-Nachweis

Ostdeutschland

Schlesien

Altheide-Bad. Mit der Beseitigung der sehr erheblichen Hochwasserschäden der Weistritz ist innerhalb der Ortslage begonnen worden. Geplant ist, an den besonders gefährdeten Stellen die Ufer durch Mauern zu befestigen und dadurch das Gefahrenmoment einer neuer. Ueberschwemmung herabzumindern. Im Anschluß hieran ist zur Bessergestaltung des Ortsbildes eine Höherlegung der Weistritzstraße von der Brücke Tyroler Hof bis zu Zimpel in Aussicht genommen.

Bad Warmbrunn. Für 1939 ist der Bau von 30 Volkswohnungen und 15 Kleinsiedlungen geplant. Die Spitzenfinanzierung ist gesichert.

Banau, Kr. Frankenstein. Wohnhaus des Reisevertreters Böttcher abgebrannt.

Bobrek-Karf. Die Gemeindeverwaltung veröffentlicht die erste Nachtragshaushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1938/39. Der Darlehensbetrag wurde auf 109 500 RM erhöht, wofür 54 000 RM für den Bau von 36 Volkswohnungen in Karf an der Bergwerkstraße 101 und 55 500 RM für den Bau von 37 Volkswohnungen in Karf in der Kirchstraße Verwendung finden werden.

Brese, Kr. Neustadt OS. Neubau einer Schule und eines Lehrerwohnhauses. Proj. Näheres der Bürgermeister. Kosten für das Klassenhaus 35 000 RM und das Lehrerwohnhaus 38 500 RM. Noch nicht vergeben. Baul. Staatshochbauamt Leobschütz.

Breslau, Carlowitzstraße 1/3, Ecke Hundsfelder Straße. Neubau zwei Wohnhäuser. Im Bau. Bauh. Leo Herrmann, Molkereibesitzer, Kreuzburger Str. 22. Ausf. Baugeschäft Josef Urbanski, Liliencronweg 50.

— Albrechtstraße 7. Veränderung der Außenfront der Ausstellungshalle. Bauh. P. Grzesik. Maurerarbeiten Baugeschäft Arlt, hier, Nikolaistadtgraben. Werbeanlagen durch Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1.

— Frankfurter Straße 167. Neugestaltung der Außenfront der Gaststätte Wittig. Maurerarbeiten Baugeschäft Ilgner, hier. Werbeanlagen durch Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1.

— Friedrich-Wilhelm-Straße 109. Umgestaltung der Außenfront der Gaststätte Striegauer Stern. Maurerarbeiten Baugeschäft Ilgner, hier. Werbeanlagen durch Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1.

— Königsberger Straße. Aufstockung des Betriebsgebäudes. Genehm. Bauh. Vereinigte Glanzstoffwerke, daselbst. Ausf. Baugesch. O. Mager, Novastr. 3.

— Taschenstraße 29/31. Erweiterung der Geschäftsräume der Firma Lessing & Pohl durch Hinzunahme des Nebenladens. Ausf. der Maurerarbeiten nicht bekannt. Werbeanlagen usw. durch Gebr. Gloger, Ladenbau, Breslau 13.

— Thorner Straße. Neubau weiterer Werkwohnhäuser. Proj. Bauh. Vereinigte Glanzstoffwerke, Königsberger Straße. Ausf. Baugeschäft Otto Mager, Novastraße 3.

— Zwingerplatz. Umbau der hinteren Parterreräume für die Jurid-Verkaufs-Ges. Ausf. Baugeschäft Wilhelm Beck, Charlottenstraße 25. Werbeanlagen, Neonleuchtreklamen durch Gebr. Gloger, Ladenbau, Breslau 13.

— Gartenstraße 52. Neuherstellung des ausgebrannten Ladens. Bauh. Baumeister Otto Teuscher, Kurfürstenstraße 54. Maurerarbeiten Firma Boswau & Knauer, Breslau. Ladenbau-, Werbeanlagen usw. durch Gebr. Gloger, Ladenbau, Breslau 13.

— Umbau des westlichen Schloßflügels. In nächster Zeit wird der westliche Flügel des Schlosses für Museumszwecke umgebaut werden. Unter Leitung des Architekten Rother soll der Umbau im Schloßinnern vor sich gehen. U. a. soll aus drei Stallräumen ein großer Ausstellungsraum geschaffen werden. Die beiden oberen Geschosse werden ebenfalls umgestaltet. Ueberflüssige Zwischenwände und Einbauten sowie Oefen werden beseitigt und Gasheizung angelegt. Der Gesamtumbau soll bis Ende März d. J. fertig sein.

— Breslau-Deutsch Lissa. Wie das Gaupresseamt der NSDAP. bekannt gibt, wird der Gau Schlesien ein Totenkopfbataillon der NSDAP. erhalten. Die hierfür notwendigen Kasernenbauten werden in Breslau-Deutsch Lissa errichtet. Vorläufige Unterkunft für das Totenkopfbataillon wird ab Ende Januar das alte Arbeitsamt in der Sternstraße sein.

— Carlowitz. An der Klostermauer 45. Neubau Wohnhaus. Proj. Bauh. Lucia Schliwa, Hundsfelder Straße 49. Ausf. nicht bekannt.

Brieg, Bez. Breslau. Die Stadt plant den gesamten Umbau des Rathausblockes. Pläne hierfür sind bereits vorhanden, doch harren sie noch der Durcharbeitung und Genehmigung.

Bunzelwitz, Kr. Schweidnitz. Umbauarbeiten zwecks Schaffung eines neuen Schüttbodens usw. Beg. Bauh. Bauer Emil Simon (Lehngut), hier. Ausf. Baugeschäft Glück & Schulz, Schweidnitz.

Bunzlau. Das Bauprogramm der Gem. Siedlungsbaugenossenschaft sieht für das Jahr 1939 die Errichtung von 72 neuen Wohnungen vor. Z. Zt. sind die Abbruchsarbeiten eines alten Hauses am Jahnplatz im Gange, wo ein Wohnblock mit 12 Wohnungen erstehen soll.

Cosel OS. Die Stadtverwaltung beabsichtigt den Neubau eines großen Krankenhauses neben der Ringschen Stiftung, hinter dem Ratiborer Platz, dessen Kosten auf 600 000 RM veranschlagt ist und im Frühjahr in Angriff genommen werden soll. Zum Beginn des Frühjahrs ist der Erweiterungs- bzw. Ausbau des Rathauses vorgesehen. — Ein drittes Bauvorhaben ist der Neubau der Volksschule neben der Städt. Turnhalle. — Die Arbeiten am neuen Sportplatz an der Adolf-Hitler-Straße schreiten rüstig vorwärts, so daß mit der Inbetriebnahme im Sommer d. J. gerechnet wird.

Dahsau, Kr. Glogau. Ein Plan für 1939 sieht hier in der Gemeinde mit etwa 22 000 RM Kosten die Bewässerung von etwa 50 ha Wiesenland vor.

Ernestinenberg, Kr. Neustadt. Die Gemeinden Ernestinenberg und Brese sollen zusammengelegt werden und gemeinsam eine neue dreiklassige Schule erhalten.

Falkenhayn b. Bad Altheide. Hier ist die Errichtung eines Kindergartens geplant.

Fellhammer, Kr. Waldenburg. Im Einvernehmen mit der Gebietsführung wird die Gemeinde im neuen Jahr den Bau des geplanten HJ.-Heims zur Durchführung bringen. — Zur weiteren Errichtung von neuen größeren Baulichkeiten werden zur Zeit auf dem südlich gelegenen Gelände des Mayrau- bzw. Bertaschachtes Vorbereitungen durch Vornahme von Rodungs- und Planungsarbeiten getroffen.

Frankenstein. Eine volle Nutzanwendung wird die neue Abwässer- und Beregnungsanlage erst dann erbringen, wenn die Stadt Frankenstein vollständig kanalisiert sein wird. Dies ist erst zur Hälfte der Fall, so daß damit ein neues Problem auftaucht, das nach den erforderlichen Rücksprachen und Verhandlungen sicherlich unter günstigen Bedingungen in Angriff genommen werden kann.

Freiburg. Neubau eines HJ.-Heims. Proj. Näheres das Stadtbauamt. Die Pläne liegen bereits zur Genehmigung vor.

Freystadt. Hier wurde ein Stadtbauamt errichtet. Bauingenieur Kurt Ligert aus Buchenau, Kreis Ratibor, hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen.

Gabelsdorf, Kr. Grünberg. Die Gemeinderäte beschlossen, verschiedene Arbeiten auf dem Schulgrundstück durchführen zu lassen.

Gimmel, Kr. Guhrau. Von den vielen Bauvorhaben, die hier im neuen Jahre zu erwarten sind, steht an erster Stelle der Schulhausneubau der Gemeinde.

Glogau. Nachdem im Vorjahre durch ein Preisausschreiben die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes ermittelt worden ist, sind die Arbeiten im besten Gange. Die östliche Platzseite ist bis auf ein Eckhaus, das aber schon im Entstehen begriffen ist, mit hohen Wohn- und Geschäftshäusern fertig gebaut, ebenso steht auf der gegenüberliegenden Seite schon ein Haus, so daß man sich bereits ein Bild von dem Aussehen des Bahnhofsplatzes in seiner endgültigen Gestalt machen kann.

Goldberg. In Verbindung mit dem Haaseler Bergbau sollen zwei große Siedlungen bei Wolfsdorf am Gröditzberg errichtet werden. Durch die bereits vorliegende Anordnung der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz des Reichsbeauftragten werden bei Wolfsdorf 850 Wohneinheiten errichtet. In diesem Jahr ist die Inangriffnahme von 330 Wohnungen bestimmt, während die weiteren 520 1940 erbaut werden sollen. Zur Durchführung dieser gewaltigen Siedlungsmaßnahme ist eine Gemeinnützige Goldberger Siedlungsgesellschaft gegründet worden, unter dem Vorsitz des Landrats Daluege. Der Gesellschaft gehören an: der Landkreis Goldberg, die Schlesische Heimstätte und die Berg- und Hütten-AG. Breslau. Entscheidende Beschlüsse über die Ausführung der Siedlung sind noch nicht gefaßt, da noch verschiedene Untersuchungen schweben.

Görlitz. Die Stadt plant die Errichtung eines modernen Wohnviertels, das durch Park- und Gartenanlagen aufgelockert ist. Als erster Abschnitt sollen im Jahre 1939 rund 300 Wohnungen erstellt werden. Vorgesehen ist auch noch die Errichtung eines modernen Hallenschwimmbades.

Grottkau. Der Stadtgemeinde wurde zum Bau eines HJ.-Heimes das Enteignungsrecht verliehen.

Grünhartau b. Strehlen. Große Scheune und Schuppen des Landwirts Linke abgebrannt.

Guhrau. Drei Millionen für Landeskulturarbeiten. Die Kultivierung des Kraschener Bruches soll in diesem Jahr, wie wir bereits in unserer Nummer 49/1938 und 2/1939 meldeten, vorgenommen werden. Es handelt sich um ein Gebiet von 782 ha. Diese Arbeit wird die Eindeichung des Schlesischen Landgrabens und des Langegrund-Grabens sein, die auch den Bau von zwei Pumpwerken umfaßt. — Ein anderes Projekt ist die Regulierung des Hengwitzer Mühlgrabens und der Gräben im Nieder- und Oberwald im Norden und Süden der Stadt. — Den größten Umfang haben die Regulierungspläne für den unteren Lauf der Bartsch. Ein 8000 ha großes Gebiet soll zur Entwässerung mittels Schöpfwerkanlagen kommen. — Als weitere große Maßnahme ist die Regulierung

Parkettfabrik Metzdorf
Herbert Schwarz
Metzdorf, Post Hohenfichte i. Sa. / Fernruf: Augustusburg 219
Älteste Parkettfabrik Sachsens — Seit 60 Jahren Metzdorfer Parkett

des Schnellen Grabens in Aussicht gesetzt. — Im Kreisgebiet sind noch einige Wasserversorgungsanlagen geplant. — In Zusammenarbeit der Kreisverwaltung mit den Bürgermeistern des Kreises Guhrau und mit Unterstützung des Kreissportlehrers ist es gelungen, einen Plan zur Schaffung von fünf Dorfbädern und zwölf Schwimmlehrstellen im Kreisgebiet aufzustellen. Mit den Arbeiten soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Für die nächsten Jahre ist der Bau weiterer Dorfbäder geplant.

Halbau, Kr. Sprottau. Hier wurde das vierte von den sechs Häusern der Kinderreichensiedlung gerichtet.

Haynau. Mit dem Bau der kürzlich eingeweihten Mittelschule ist die für Haynau brennende Schulfrage noch nicht gelöst. Das Projekt eines neuen großen Schulhauses für die Knabenvolksschule kann nicht lange mehr hinausgeschoben werden, da auch die Regierung darauf drängt. — Der hiesigen Molkerei e. G. m. b. H. wurde zur Vergrößerung und Herstellung einer Ausfahrt nach der Wilhelmstraße, das Enteignungsrecht zugesprochen.

Harpersdorf, Kr. Goldberg. Der im neuen Jahre bestimmt zur Ausführung kommende Schulhausneubau erhält seinen Platz auf dem angekauften Röthigschen Grundstück. Der Neubau wird gleichzeitig die kahol. Schule und die Schulen des Ortsteiles Annenruh aufnehmen.

Hermannsdorf, Kr. Jauer. Errichtung eines neuen Maschinenhauses und einer neuen Schmiede. Beg. Bauh. Firma Lochter, Basaltwerke, Hermannsdorf. Ausf. nicht bekannt. — Bei den neuen Siedlungsbauten der Steinarbeiter Lender, Kittner und Rother konnten die Grundmauern fertiggestellt werden.

Heydebreck. Bürgermeister Leinkauf beabsichtigt in diesem Jahre mit Unterstützung maßgebender Stellen die Errichtung von 100 Volkswohnungen. — Um der Wohnungsnot zu steuern, sollen im Laufe dieses Jahres gegen 100 Volkswohnungen gebaut werden. Näheres beim Bürgermeister.

Hindenburg OS. An der Kampfbahnallee soll ein neues HJ.-Heim errichtet werden, dessen Bauleitung das Pr. Staatshochbauamt hat. Die Vorarbeiten für diesen zweistöckigen Neubau mit einem großen Sportplatz und Heimgarten sind bereits in Angriff genommen. Der Bau erhält u. a. außer einer geräumigen Festhalle auf der Südfront eine lange Terrasse.

Hirschberg Rsgb. Der Entwurf für ein Anschlußgleis der Firma Müller & Kosik GmbH., Beuthen OS., für Bahnhof Hirschberg, liegt bei der Ortspolizeibehörde Hirschberg, Adolf-Hitler-Straße 1, Zimmer 6, zur Einsicht aus. — Demnächst wird mit dem Bau der ersten sechs Wohnungen für Beamte und Angestellte des Landratsamtes in Hirschberg begonnen. — Mit Frühjahrsbeginn werden in Herischdorf, Zillerthal-Erdmannsdorf, in Schmiedeberg und in manchen anderen Orten neue Volkswohnungen im Landkreis geschaffen. — Zum Bau einer neuen Flugzeughalle auf dem Flugplatz Hartau gaben die Ratsherren ihr Einverständnis für die kostenlose Ueberlassung des Baugeländes.

Hummelstadt, früher Lewin. Hier steht das neue Heim der HJ.-Jugend im Rohbau. Weitere Pläne und Arbeiten für dieses Jahr sind in Bearbeitung der Stadtleitung. — Das Freischwimmbad soll in diesem Jahr wesentlich ausgebaut werden. Bis zu Beginn der Badezeit müssen die Arbeiten fertiggestellt sein. — Straßenverbesserungen und Anlegung neuer Wege sind vorgesehen.

Jauer. Neugestaltung der Außenfront der Städt. Sparkasse. Eigene Bauleitung. Neonleuchtröhren und Werbeanlagen durch Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1.

Klausberg. Im Jahre 1939 kommen weitere öffentliche Bauprojekte zur Ausführung. Wie bereits berichtet, erhält der Ort ein Volksbaus. — Im Siedlungsgelände, zwischen Donnersmarck- und Horst-Wessel-Straße, werden 110 Volkswohnungen erstellt. — Weiter wird das Wasserleitungsnetz und die Kläranlage des Ortes ausgebaut.

Klodnitz. Die Gemeinde hat vor einiger Zeit Brunnenbohrungen vornehmen lassen und wird ein Reservewasserwerk, dessen Kosten auf 60 000 RM berechnet sind, errichten. Die Mittel hierfür sind sichergestellt.

Köpprich, Kr. Neurode. Beim Bau der neuen kath. Kirche (200 Sitzplätze) nehmen die inneren Ausbauarbeiten ihren planmäßigen Fortgang. Mit der Fertigstellung wird Ende Mai d. J. gerechnet.

Kotzenau. Da die Betriebsräume des Bahnhofsempfangsgebäudes der starken Zunahme des Verkehrs nicht mehr entsprechen, wird die Reichsbahn schon in allernächster Zeit durch Ausführung eines Anbaues eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse herbeiführen.

Kreisau, Kr. Schweidnitz. Die Arbeiten zur Beseitigung der sehr erheblichen Hochwasserschäden bei der Peile-Regulierung sind jetzt auch hier in der Nähe des herrschaftl. Schlosses in Angriff genommen worden. Nach Beendigung des Frostwetters werden hier eine neue Brücke und ein neues Wehr gebaut. Auch noch an anderen Stellen der Peile ist schon in allernächster Zeit mit der Inangriffnahme von Bauarbeiten zu rechnen, so u. a. auch mit dem Bau eines Nadelwehres oberhalb der Schneeglocke b. Grunau.

Landeslut. Gemeinderätesitzung. Das alte Laubenhaus am Markt 24 soll in den Besitz der Stadtgemeinde übergehen, die es für Museumszwecke ausbauen will.

Langenbrück bei Neustadt OS. Neubau Wohnhaus. Proj. Bauh. Förster Hoose, Wieselangbrück. Ausf. nicht bekannt.

Liebau. Veränderungen an einem der beiden Läden. Bauh. Max Elsner. Malerarbeiten Leopold Werner, hier. Werbeanlagen durch Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1.

Liebichau, Kr. Waldenburg. Beim Bau der sieben Fünffamilienhäuser neben dem Alten Gerichtskretscham für Angestellte des Fürstensteiner Gestüts beginnen nunmehr die inneren Ausbauarbeiten. Bauh. Wohnungs- und Heimbau-Ges. m. b. H. des Schles. Handwerks, Waldenburg. Baul. Architekt Willi Pätzold, Waldenburg.

Liegnitz. Mit dem Ausbau der Kanalisation, insbesondere mit dem Uebergang vom Mischsystem zum Trennsystem, und mit dem Umbau des Pumpwerks Frauenhag ist begonnen worden. Weiter soll nach den Erklärungen des Oberbürgermeister Dr. Elsner durch eine grundlegende Erneuerung und Erweiterung des städt. Kanalisationssystems erreicht werden, daß die neuen Einrichtungen künftig auch so außergewöhnlichen Ereignissen gegenüber gewachsen sind, wie sie die Unwetterkatastrophe Ende August v. J. darstellte. Das Gesamtprojekt, das in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden soll, beläuft sich auf rund 1 Million RM.

— Jauerstraße 14. Umbau des Erdgeschosses. Bauh. Max Lamm. Maurerarbeiten unbekannt. Konstruktionen, Markise und Neonleuchtröhren durch Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1.

Lüben. In der katholischen Pfarrkirche ist durch Feuer großer Brandschaden entstanden.

Ludwigsdorf, Kr. Löwenberg. Beim Schulhausneubau und dem Bau des Lehrerwohnhauses schreiten die inneren Ausbauarbeiten planmäßig fort. Mit der Fertigstellung der Bauten wird im Monat April d. J. gerechnet.

Maltsch Od. Neubau Wohnhaus. Im Rohbau. Bauh. Werkmeister Uebermuth. Cellulose. Ausf. Baumeister Kiesewetter. — Neubau Siedlungshäuser. Bauh. Graßnik und Hornik. Ausf. nicht bekannt.

Neisse. Die Stadt sieht im diesjährigen Bauprogramm die Errichtung einer Turnhalle und den Neubau einer Mädchen- und einer Knabenschule neben dem Stadion vor. Mit den Arbeiten hierfür soll in nächster Zeit begonnen werden. — Zur Beseitigung der Hochwasserschäden bei reichseigenen Anlagen, ehemalige Pulvermühle, Kaserne I und II, Finanzamt, Bischofshof, Salzring, Hangard 9, Heinrichsbrunn, werden zur Zeit Arbeiten in Höhe von 42 000 RM vom Reichsbauamt Neisse durchgeführt.

Neumarkt. Eine ganze Reihe größerer Baumaßnahmen werden hier durch die Stadtverwaltung für 1939 vorbereitet. An erster Stelle steht der Schulhausbau auf dem Gelände zwischen den Grundstücken Hiller und Anaskewicz. Weiter ist nennenswert der Bau einer Stadthalle für festliche Veranstaltungen durch Ausbau einer Turnhalle, der Bau von weiteren zwei städtischen Wohnhäusern mit Drei- und Vierzimmerwohnungen, die Errichtung weiterer Kleinsiedlungen in der Nähe des Stadtbauhofes, die Beschaffung eines Freibades und schließlich der Bau eines HJ.-Heimes.

Neustadt OS. Neugestaltung der öffentlichen Plätze und des Stadtparkes. Proj. Näheres Bürgermeister Dr. Scholz. — Für 1939 ist der Bau der neuen Freibadeanstalt in der Nähe des Stadtparkes geplant. — Im Laufe dieses Jahres werden drei Siedlungshäuser errichtet, für die der Bauplatz bereits vorhanden ist.

Ohlau. Von der Stadtverwaltung sind Vorbereitungen getroffen, um den Bau des neuen Strandbades auf dem Gelände zwischen Grottkauer Straße und Stadtpark durchzuführen. Mit dem Ausbau des Wasserbeckens wird in nächster Zeit begonnen. Diese Arbeiten wird der Reichsarbeitsdienst ausführen. Geplant ist auch die Schaffung eines Brunnens, der dem Becken klares Wasser zuführen soll. — Die Umgestaltung des Schloßplatzes ist für die nächste Zeit vorgesehen. Näheres Stadtbauamt. — In den Grünanlagen der Grottkauer Straße wird ein Springbrunnen errichtet werden. — Die Stadtverwaltung hat das ehemalige Gefängnis angekauft, um es baulich umzugestalten und als Heimatmuseum einzurichten. — Umbau Schlachthof. Genl. Mit den Arbeiten soll in Kürze begonnen werden. Näheres Stadtbauamt. — Neubau von 12 HJ.- und BDM.-Landdienstlagern im Landkreis Ohlau geplant. Näheres Kreisbauernführer Neumann.

Oppeln. Die Stadt beschäftigt sich zur Zeit mit dem Plan der Errichtung eines großen Kühlhauses. — In der Nähe des geplanten Theaters ist der Bau eines zentralen HJ.-Heimes und der Bau eines großen Sportplatzes vorgesehen. Das Gelände für diese Vorhaben ist bereits im Stadtteil Sakrau erworben. — Der Oberbürgermeister hat die Gründung einer Wohnungsgesellschaft in die Wege geleitet, die zunächst mit einem Gesellschaftskapital von 100 000 RM, von denen die Stadt Oppeln und die Oberschlesische Heimstätte je die Hälfte übernehmen sollen, gegründet wird. Sie wird noch in diesem Jahre Kleinwohnungen in größerer Anzahl errichten.

Ottmachau. In diesem Jahr wird mit dem Bau einer neuen Jugendherberge begonnen, die zwischen der Stadt und dem Stausee am Rande eines Sportplatzes, an welchen sich ein großes Schwimmbecken anschließen wird, errichtet werden soll. — Die Stadt plant, noch im Laufe dieses Jahres die Erstellung einer Turnhalle, die gleichzeitig Festraum sein kann und ein Fassungsvermögen von 1000 Personen hat. — Die Erweiterung des Schulhauses ist auch vorgesehen.

Peiskretscham. Im Rahmen des Reichsberufswettkampfes für die Bauschulen in Beuthen und Gleiwitz, wurde eine Arbeit gestellt, die zum Ziele hat, der Stadt Peiskretscham ein neues Gesicht zu geben. Die einzelnen Arbeitsgemeinschaften für Hoch- und Tiefbau, für Elektrotechnik und Maschinenbau werden daran gehen, sowohl die Straßen-

Parkettfußböden
in jeder Ausführung liefert und verlegt
Fritz Pohl, Sorauer Parkettkontor, Sorau
Telefon 2135 Telefon 2115

zuführung und Straßendecken als auch die Umgestaltung der Wohnblocks vorzunehmen. Gleichzeitig kann von den Elektrotechnikern und Maschinenbauern die Energieversorgung in einer neuen Planung festgelegt werden.

Pitschen. Der Bau einer neuen Großmolkerei gemeinsam mit zwei Nachbargemeinden ist hier fest beschlossene Sache. Zum Ankauf des Baugeländes wird der Grossenschaft von der Stadt ein Darlehen in Höhe des Kaufpreises gewährt. — Der Posthausneubau kommt nach einer Mitteilung des Postministers in diesem Jahre noch nicht zur Ausführung.

Primkenau. Ein neues Siedlungswerk größeren Umfanges steht hier zur Milderung der Wohnungsknappheit durch Bünglmeister Renner in Vorbereitung.

Rengersdorf, Kr. Glatz. Der Bau eines neuen Kindergartens, zu dem in nächster Zeit der Grundstein gelegt wird, ist geplant.

Rückers, Kr. Glatz. Hier wird die Errichtung eines Kindergartens geplant, zu dem in nächster Zeit der Grundstein gelegt werden soll.

Schönbrunn b. Schweidnitz. Garagenneubau. Wird in Kürze beg. Bauh. Landwirt Aug. Kadura, hier. Ausführ. Baugeschäft Glück & Schulz, Schweidnitz.

Schweidnitz. Beim Wohnhausneubau der Postheimstätte Breslau an der Marie-Jähner-Straße (14-Familienhaus) machen die inneren Ausbauarbeiten weiter gute Fortschritte. Die Beschaffung weiterer Wohnungen ist im Jahre 1939 auf demselben Gelände vorgesehen. — Markt. Ausbau von 4 neuen Garagen im Seitengebäude an der Rosenstraße. Wird in Kürze beg. Bauh. Dentist Josef Tschöpe, hier. Ausf. Baugeschäft Glück & Schulz, hier.

Silingtal. Sylsterwitz. Am Zobtenberge. Zwecks Errichtung eines größeren Landhauses erwarb hier ein Rechtsanwalt aus Breslau das baureife Gartengelände des Mittelschullehrers i. R. Görlich, hier.

Sprottau. Der ehem. jüdische Betsal auf dem Grundstück Friedrichstr. 15 wird jetzt zu Wohnzwecken umgebaut.

Stephanshain, Kr. Schweidnitz. Zum Bau einer völlig neuen Dorfstraße von der Hauptstraße bei Vogt bis zur neuen Schule haben die erforderlichen Vermessungsarbeiten stattgefunden. Geplant ist weiter eine zweite neue Straße vom Niederdorf bei Friebe bis zum Oberdorf bei Hellmann mit einer Abzweigung bis zum ersten Dominiumhaus.

Sternblick, Kr. Wohlau. Die NS.-Volkswohlfahrt E. V. setzte sich durch Kauf in den Besitz des hiesigen Rittergutes. Nach Vornahme von Umbauten wird das Schloßgebäude dem Zweck eines Mütter-Erholungsheimes dienen.

Strehlen. Neben der neuen Schweinemästerei. Errichtung eines Zweifamilienhauses für den Schweinemeister und Helfer. Proj. Frühjahr. Bauh. NS.-Volkswohlfahrt Strehlen.

Waldenburg. Im Kreisgebiet Waldenburg wurden im vergangenen Jahre 97 Volkswohnungen fertiggestellt (61 in Hermsdorf, 36 in Großhain), 199 Volkswohnungen wurden begonnen (140 in Weißstein, 24 in Rothenbach und 35 in Liebichau) und 82 Volkswohnungen werden vorbereitet (20 in Lehmwasser, 48 in Polsnitz und 14 in Liebichau), die sämtlich noch aus Haushaltsmitteln des Jahres 1938 geschaffen werden können. Die gesamte Bautätigkeit im Kreisgebiet wird nunmehr nach einem festen Plan durch eine Kreisplanungsstelle durchgeführt. — In der Frage der Verkehrsentwicklung sind im neuen Jahre im Kreisgebiet neue Umgehungsstraßen und ein besonders für die Bergarbeiter bestimmtes Radfahrwegenetz zur Ausführung vorgesehen.

— In einer Sitzung der Gemeinderäte bezeichnete Oberbürgermeister Dr. Hagemann als eine der dringlichsten Aufgaben der Stadt die Schaffung eines Generalbebauungsplanes und dessen baldige Sanierungseinleitung. In großem Maße steht der Wohnungsbau im Vordergrund. — Große öffentliche Bauten wie HJ.-Heime, Schulbauten und ein Hallenbad sind geplant. — Das neue Theater soll in den nächsten fünf Jahren errichtet werden. Mit den Planungsarbeiten wird sofort begonnen. — Die Städtische Berufsschule, die auf das Karls-Hüttengelände verlegt wird, soll in den nächsten zwei bis drei Jahren fertiggestellt werden. Sie wird mit den neuzeitlichsten Lehrwerkstätten und Anlagen versehen. Für Dittersbach und Altwasser sollen HJ.-Heime geschaffen werden, für die vom Gebiet und von der Stadt je 35 000 RM zur Verfügung gestellt sind.

Wilkau, Kr. Schweidnitz. Ausbau eines neuzeitigen Kinderheims. Wird bald beg. Bauh. Landwirt und Amtsvorsteher Georg Schoeller, hier. Ausf. Baugeschäft Glück & Schulz, Schweidnitz.

Winzig. Zur Beschaffung der Mittel für den Wasserleitungsbau ist die Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 40 000 RM notwendig. Die versammelten Gemeinderäte haben hierzu ihr Einverständnis. Der Bau des Wasserwerkes hat inzwischen durch Schachtarbeiten seinen Anfang genommen.

Wüstegiersdorf, Kr. Waldenburg. In der Frage der Wohnungsbeschaffung werden im Jahre 1939 die Flachsgarnspinnerei Websky und die Firma Meyer Kauffmann den Bau von Werkswohnungen vornehmen lassen.

Zülzendorf, Kr. Frankenstein. Die Frage der Verlegung des Schießstandes der Kriegerkameradschaft ist jetzt dahin entschieden worden, daß im Anschluß an die Anlage des Sportplatzes für die Gefolgschaft der Schles. Nickelwerke Friedrich Krupp AG. der Bau eines neuen Schießstandes erfolgen soll.

Brandenburg

Albrechtsdorf, Kr. Sorau NL. Neubau Kindergarten. Beg. Bauh. Gemeinde. Ausf. nicht bekannt.

Angermünde. Ausbau und Erneuerung der Bahnhofshalle und des Seitenflügels an den Wartesälen. Beg. Bauh. Reichsbahnverwaltung. Ausf. nicht bekannt.

Bad Saarow. Neben dem Müttererholungsheim wird ein Haus zu einem Kleinkinderheim umgebaut. — Außerdem ist ein Säuglingsheim geplant. Näheres NSV. des Gaues Kurmark.

Bomst. Neubau zweites Arbeitsmaidenlager. Proj. Bauh. Lagergruppe 41 im Reichsarbeitsdienst für die weibl. Jugend. Ausführ. noch nicht vergeben. — Erweiterung des Gerätehauses. Beg. Bauh. Abteilung 10/81 des Reichsarbeitsdienstes. Ausf. nicht bekannt. — Mit den Umbauarbeiten an der Kanalbrücke im Zuge der Brätzer Straße ist begonnen. Die Bauleitung hat das Provinzialstraßenbauamt Meseritz. Ausf. Tiefbaufirma Löhnert, Neu Bentschen.

Cottbus. Die Stadtverwaltung sieht für 1939 an größeren Plänen die Ausgestaltung des Geländes südlich vom Stadion zu großzügigen Sportanlagen vor. — Geplant ist der Bau einer neuen Berufsschule, deren Kosten auf 700 000 RM veranschlagt sind.

Forst. Im Stadtteil Berge entsteht zur Zeit ein Kindergarten. Die Industrie baut einen weiteren Kindergarten.

Gassen, Kr. Sorau NL. Neubau NSV.-Haus. Beg. Bauh. NS.-Volkswohlfahrt. Ausf. nicht bekannt.

Guben. Neubau Wohnhaus. Proj. Bauh. H. Beer, Neustadt 24. Ausführ. noch nicht vergeben.

Ketschendorf. Die Bauarbeiten an den Gebäuden der Straßenmeisterei Fürstenwalde, die hier an der nördlichen Zufahrt entstehen, schreiten rüstig vorwärts, so daß das Dachgerüst des großen Fahrzeugschuppens aufgerichtet werden konnte.

Kunzendorf, Kr. Sorau. Hier ist mit dem Bau eines NSV.-Hauses begonnen worden, zu dem die Gemeinde 45 000 RM zur Verfügung gestellt hat. Ende des Sommers soll das Gebäude bezugsfertig sein.

Lipke, Kr. Landsberg a. d. Warthe. Neubau Arbeitsmaidenlager. Projekt. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Lochow, Kr. Züllichau-Schwiebus. Neubau Arbeitsmaidenlager. Projekt. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Neu-Bentschen. Sportplatzgelände. Neubau Badebecken. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben. — Neubau Siedlungen, Anlegung von Schmuckplätzen und Fliesenbeläge für verschiedene Gehsteige. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Preschen b. Forst. Das Armenhaus der Gemeinde abgebrannt.

Teuplitz. Hier baut die Gemeinde den bestehenden Kindergarten großzügig aus.

Wietstock. Neubau Wohnhaus. Genehm. Bauh. F. Käthe, Dorfstraße 16. Ausf. nicht bekannt. Objekt 31 000 RM.

Zielenzig. Bau eines Amtsgerichtes. Proj. Bauh. Reichsjustizverwaltung Zielenzig. Ausf. nicht bekannt. — Bau der Kanalisation und Wasserleitung. Proj. Bauh. Stadtverwaltung. Objekt 1 Million. Baubeginn 1939. Ausf. nicht bekannt. — Schulerweiterungsbau. Proj. Bauherr Stadtverwaltung. Ausf. nicht bekannt. — Bau eines Behördenhauses. Proj. Bauh. Stadtverwaltung. Ausf. nicht bekannt. — Bau einer zweiten Stadtrandsiedlung. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. nicht bekannt.

Zion, Kr. Züllichau-Schwiebus. Neubau Arbeitsmaidenlager. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Freie Stadt Danzig

Danzig. Für den Kreishausbau in der Danziger Niederung wurde ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Den ersten Preis erhielt der jetzt in Stettin tätige Architekt Hans Richert, der auch für den Entwurf der Danziger Jugendherberge auf dem Bischofsberg mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde. Der Entwurf sieht eine dreigeschossige Bebauung vor, die sich stilgemäß in die Danziger Niederungslandschaft eingliedern wird.

Ostpreußen

Bartenstein. Beim Johanniter-Krankenhaus ist ein größerer Erweiterungsbau notwendig geworden. Das jetzige Isolierhaus soll in den Hauptbetrieb einbezogen und dafür ein neues Absonderungshaus mit etwa 35 Betten errichtet werden.

Cranz. Für 1939 sind verschiedene Bauvorhaben geplant. U. a. soll der Kurgarten vergrößert werden und die Straßen im Westende Bürgersteige erhalten. Eine Vergrößerung der Gasanstalt sowie die Erweiterung des Grünplatzes am Markt sind vorgesehen.

Deutschendorf bei Mühlhausen. Neubau Badeanstalt. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Deutsch Eylau. Pflasterung der Bischofswerder Straße. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. nicht bekannt.

Ebersbach bei Mühlhausen. Neubau Schwimmbad. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Elbing. Das Landesbauamt Elbing sieht u. a. den Ausbau der Reichsstraße 126 Mehlsack—Wormditt—Liebstadt—Mohrungen—Saalfeld—Maldeuten—Alt-Christburg in einer Länge von etwa 70 km und der Reichsstraße 144 Marienburg—Christburg—Rosenberg in einer Gesamtlänge von etwa 50 km sowie an Landstraßen erster Ordnung den Ausbau des fast 60 km langen Straßenzuges Mühlhausen—Mehlsack—Landsberg vor. Außerdem sind neue Eisenbeton-Brückenwerke über die Höhische Thiene und bei Troop über die Bahnlinie Marienburg—Christburg geplant. Die Oberste Straßenverwaltung in Königsberg hat für den Ausbau der Reichsstraßen erhebliche Mittel bereits zur Verfügung gestellt. — Am Bahnhof ist die Errichtung eines neuen Postgebäudes und die großzügige Erweiterung des Hauptgebäudes am Friedrich-Wilhelm-Platz vorgesehen. Die Planungsarbeiten sind soweit gediehen, daß mit der Inangriffnahme der Bauten 1940 begonnen werden kann. Dieses Jahr soll die Einrichtung einer Postanstalt in der Nähe der Königsberger Straße und Schleifenallee durchgeführt werden.

Fasten, Kr. Sensburg. Im Frühjahr wird hier mit einem Schulneubau begonnen werden.

Fischhausen, Neubau Wohnhaus. Proj. Bauh. Rentner Franz Swoboda. Ausf. noch nicht vergeben.

Freystadt. Die Stadtverwaltung plant für 1939 den Bau einer Turnhalle, die Errichtung einer NSKOV.-Siedlung, ein Kindergartenheim, den Ausbau des Forsthauses im Stadtwald und verschiedene Straßenausbauten.

Fürstenau bei Mühlhausen. Neubau Badeanstalt. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Groß-Friedrichsdorf. Im kommenden Frühjahr wird der Bau einer Badeanstalt durchgeführt werden, nachdem die Badestelle bereits im Herbst ausgebaggert worden ist.

Heilsberg. Im Straßenbauprogramm des Kreises ist mit dem Bau der Straße Freimarkt—Rosenbeck begonnen. 1939 wird dieser Weg als Chaussee fertiggestellt. Die Strecke Heilsberg—Launa- Freimarkt soll später noch weiter ausgebaut werden.

Hirschfeld bei Elbing. Neubau Badeanstalt. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Insterburg. Für die gefallenen Söhne der Stadt soll ein Ehrenmal geschaffen werden, das voraussichtlich im Juni d. Js. eingeweiht wird. Prof. Wissel, Königsberg, ist mit dem Entwurf und der Herstellung beauftragt. — Der Bau des NSFK.-Fliegerheimes soll 1939 begonnen werden. — Das Flußbad an der Eisenbahnbrücke wird in diesem Jahr ausgebaut. — Für Straßenbau und Straßenregulierung sind mehrere Vorhaben in Aussicht gestellt. Im Kreis Insterburg sollen weitere Entwässerungen durchgeführt werden. — Für 1939 ist die Kanalisierung des Mühlendammes und der Bau eines Hauptsammlers vorgesehen.

Königsberg Pr. In nächster Zeit werden Probebohrungen zum Bau einer Pregelbrücke am Neuen Markt vorgenommen. Nach den bisherigen Ergebnissen ist damit zu rechnen, daß man die neue Pregelbrücke nicht auf Pfahlgründung, sondern mit Hilfe von Senkkästen fundiert. — Göritter Weg, Bd. 3, Bl. 47. Einfamilienwohnhaus. Bauh. Bartsch, Yorckstraße 33. Baul. Hinz, Hinterroßgarten 58. — Lawsken, Straße 1056. Einfamilienwohnhaus. Bauh. Schubold. Baul. Kröling & Ehlert, Am Hochgericht 6. — Bilderweitscher Weg 10. Eigenheim mit Stallgebäude. Bauh. Hinz, Neuobrost b. Nordenburg. Baul. Kröling & Ehlert. — Brahmsstraße 25. Neubau Wohnhausblock. Bauherr Dorn, Dammhofer Weg 13. . Baul. Schmidt, Poststraße 16. — Eydtstraße 51. Einfamilienwohnhaus. Bauh. Kolossa, Rothensteiner Straße 77. Baulei. Eichwald, Roßg. Markt 4 a. — Ballieth, Neukuhrener Weg. Wohnhaus. Bauh. Barteck. Baul. Dreyer. — L'Estocqstraße. Grenzanbau der Holzfaserplattenfabrik. Bauh. Richard Anders GmbH., Bartensteiner Straße. Baul. Stephan, Beethovenstraße 10. — Lawsken, Straße 1060. Zweifamilienwohnhaus. Bauh. Feuersozietät für die Provinz Ostpreußen. Baul. Ostpr. Heimstätte, Bernekerstr. 9. — Lawsken, Straße 1050. Ein Zweifamilien- und vier Einfamilienwohnhäuser. Bauh. Feuersozietät für die Provinz Ostpreußen. Baulei. Ostprreuß. Heimstätte, Bernekerstraße 9. — Dem Provinzialverband der Provinz Ostpreußen wurde zum Bau der Landstraße I. Ordnung Heinrikau—Kleefeld—Bornitt, das Enteignungsrecht verliehen.

Königsblumenau. Neubau HJ.-Heim. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Labiau. Hier hofft man, daß der seit langem geplante Neubau eines modernen Lichtspielhauses bald in Angriff genommen wird.

Liebstadt. Neubau Kleinkinderschule mit Wohnung. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Marienburg. Großausbau der Straße nach Christburg. Proj. Bauh. Provinzial-Straßenbauverwaltung, Königsberg Pr. Ausf. noch nicht vergeben.

Mohrungen. Das Gaswerk soll eine umfangreiche Erweiterung erfahren. Mit den Arbeiten hierfür wird demnächst begonnen. — Herderstadt. Der Neubau des Kreisverwaltungsgebäudes steht im Rohbau fertig. Mehrere gewerbliche Neu- und Umbauten gehen ihrer Vollendung entgegen. — Die Hauptarbeiten an den Straßen werden in diesem Jahr in Angriff genommen. — Asphaltierung der Straße Liebstadt—Mohrungen—Maldeuten. Proj. Bauh. Kreisstraßenbauverwaltung. Ausführ. noch nicht vergeben.

Mühlhausen. Neubau HJ.-Heim. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Nordenburg. Die Stadt wird in diesem Jahr den Bau der Wasserleitung und den Anfang für die Kanalisation erhalten. Bedeutende Mittel sind hierfür bereits sichergestellt. Nach Fertigstellung dieser Bauvorhaben sollen die Hauptstraßen neu gepflastert werden.

Osterode. Grolmanstraße. Neubau 10 Mittelwohnungen. Proj. Bauh. „Gagfah" A.-G., Berlin W 35, Tiergartenstraße 26a. Ausf. noch nicht vergeben.

Preußisch-Holland. Neubau Kleinsiedlungen und Landarbeiter-Wohnungen. Proj. Bauh. Kreisverwaltung. Ausf. noch nicht vergeben.

Rehhof, Kr. Stuhm. Pflasterung der Durchgangsstraße von der Kreissparkasse bis zum Bahnübergang. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Riesenburg. Ausbau des Krankenhauses. Die Stadtverwaltung plant für das kommende Jahr mehrere größere Bauvorhaben. Als nächstes soll der Um- und Ausbau des Augusta-Krankenhauses durchgeführt werden.

Rosenberg. Neubau Wohnhäuser. Proj. Bauh. Verein zur Förderung des Wohnungsbaues. Ausf. noch nicht vergeben. — Ausbau der Bahnhofstraße. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Saalfeld. Asphaltierung der Straße nach Maldeuten. Proj. Bauh. Kreisstraßenbauverwaltung, Mohrungen. Ausf. noch nicht vergeben.

Schlobitten, Kr. Preußisch-Holland. Neubau HJ.-Heim. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Seepothen bei Königsberg Pr. Neubau Badeanstalt. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf noch nicht vergeben.

Sensburg. Die Reichsstraße 140 Rhein—Sensburg, die eine der kurvenreichsten Verkehrsstraßen Masurens ist, soll eine neue Asphaltdecke bekommen. Außerdem werden die gefährlichsten Kurven begradigt und überhöht.

Sommerfeld bei Liebstadt. Neubau HJ.-Heim. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Wehlau. Neubau Schulen. Proj. Bauh. Preußisches Staatshochbauamt, Pinnauer Straße 15. Ausf. nicht bekannt.

Pommern

Anklam. Kajanlage und Zufuhrstraße. Proj. Bauh. Hafenbauamt Anklam. Ausf. noch nicht vergeben.

Baabe a. Rügen. Erneuerung des Bollwerkes. Proj. Baul. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Behlo. Hier werden Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung von Baracken zur Aufnahme von 400 Reichsarbeitsdienstmännern getroffen, die als Arbeitseinsatz bei den Wiesenmeliorationen bestimmt sind.

Bublitz. Ausbau des Karpfenteiches zu einer Badeanstalt mit Bohrung eines artesischen Brunnens. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Burow bei Treptow an der Tollense. Neue Decke für die Reichsstraße. Proj. Bauh. Landesbauamt, Stralsund, Alter Markt 8. Ausf. nicht bekannt. Baubeginn in Kürze.

Buschmühl bei Demmin. Teerung der Straße bis Buschmühl. Proj. Bauh. Provinzialstraßenbauverwaltung, Stettin. Ausf. noch nicht vergeben.

Bütow. Speichergebäude des Kaufmanns Waldemar Rowenhagen durch Feuer stark beschädigt.

Chottschow bei Lauenburg. Neubau Wohnhaus. Proj. Bauh. Tischler Alfred Blank. Ausf. noch nicht vergeben.

Damen, Kr. Belgard an der Persante. Neubau Brücke über die Persante. Beg. Bauh. Kreisverwaltung, Belgard an der Persante. Ausf. nicht bekannt.

Demmin. Neubau 16 Zweifamilien- und 4 Fünffamilienhäuser. Proj. Bauh. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Demmin. Ausführ. noch nicht vergeben. — Neubau Säuglingsheim. Proj. Bauh. Stadtverwaltung Demmin. Ausf. noch nicht vergeben. — Neubau Volksschule. Projekt. Bauh. Stadtverwaltung. Ausf. noch nicht vergeben. — Die Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft beabsichtigt für 1939 die Errichtung von 76 Wohnungsneubauten. — Die alte Kiesgrube soll in nächster Zeit als Turnierplatz ausgebaut werden.

Deutsch Krone. Mit dem endgültigen Ausbau des Bahnhofes soll in einiger Zeit begonnen werden. Zunächst sind kleinere Verbesserungen vorgenommen worden. — Die Stadt plant zur Entlastung der Innenstadt für den Fernverkehr den Bau einer Umgehungsstraße im Halbkreis Ost-Nord-West.

Dreschwitz, Kr. Rügen. Um- und Erweiterungsbau einer Fleischerei. Proj. Bauh. Fleischermeister J. Jaßmann, Dreschwitz. Ausf. nicht bekannt.

Egesein, Kr. Ueckermünde. An der Westseite der Admiral-von-Schröder-Straße ist mit dem Bau einer geschlossenen Siedlung von 150 Wohnungen begonnen worden. Auf der Ostseite der Straße sind für später noch weitere 150 Einfamilienhäuser vorgesehen. — Die neue Siedlung soll neben einem Sportplatz, einer Badeanstalt und Grünanlagen auch ein Gemeinschaftshaus mit Bühne und Lichtbildvorführraum erhalten.

Flatow. Neubau Landarbeiterwohnungen. Proj. Bauh. Kreisverwaltung. Ausführ. noch nicht vergeben.

Gartz Oder. Für den Erwerb von Industrie- und Siedlungsgelände hat die Stadt 20 000 RM zur Verfügung gestellt.

Greifswald. Weitere Werkbauten. Proj. Bauh. Greifswalder Brauerei AG. Ausf. nicht bekannt. — Neubau Schulhaus. Beg. Bauh. Staatliche Forschungsanstalt, Greifswald-Riems. Ausf. nicht bekannt. — Umgestaltung der Spielwiese im Stadtpark als Spielplatz mit Planschbecken, Turngeräten, Kindertiergarten, Kaninchengehege usw. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Heinrichswalde. Bau einer Wasserleitung geplant. In den nächsten zwei Jahren soll dieses Projekt zur Ausführung kommen. 60 Ueberflurhydranten für Feuerlöschzwecke sind vorgesehen.

Köslin. Neubau drei Wohnhäuser. Genehm. Bauh. Postsiedlungsgenossenschaft eGmbH. Ausf. nicht bekannt. Objekt 135 000 RM.

Kreuz Ostbahn. Neubau 50 Volkswohnungen. Beg. Bauh. Stadt. Ausf. nicht bekannt. — Neubau von fünf Kleinkaliberschießständen. Proj. Bauh. Schützengilde Kreuz. Ausf. nicht bekannt. — Die Reichsbahn hat die in dem Grundstück Wilhelmstraße 160 gemieteten Räume, in denen die Polizei und Betriebswerke untergebracht sind, gekündigt. Es müssen durch Um- oder Neubau neue Räume geschaffen werden.

Lauenburg. Die Lauenburger Wohnungsgesellschaft wird wieder 60 Volkswohnungen, und zwar 40 Zweiraum- und 20 Dreiraumwohnungen, errichten. Wenn die Vorbedingungen erfüllt werden können, sollen außerdem weitere 100 Wohnungen gebaut werden. — Ratsherrrusitzung. Zu den geplanten Arbeitsmaßnahmen für das Jahr 1939 gehören: Instandsetzungsarbeiten an den Schulen, der Ausbau von vier Straßen, eine Reihe von Pflasterarbeiten, Kanalisationsarbeiten, Eindeichung der Leba und neuzeitliche Herstellung der Städt. Werke, wofür insgesamt rd. 350 000 RM erforderlich sind.

Lippehne. Das alte Rathaus soll nach Plänen des Provinzialkonservators instandgesetzt werden und einen Brunnen vor der Front erhalten.

Märkisch-Friedland. Für dieses Jahr ist ein Ausbau des NSFK.-Fluggeländes in der Nähe des Stadtgutes vorgesehen. Dort soll u. a. eine Halle für die Unterbringung der Segelflugzeuge geschaffen werden. Geplant ist, der Segelflugzeughalle einen großen Werkstättenraum anzugliedern.

Naugard. Neubau Wohnhaus. Proj. Bauh. K. Garms, Gartenstraße 71. Ausf. noch nicht vergeben.

Pellnow. Rummelsburger und Mühlenstraße. Großgaragenbau. Geplant. Bauh. Kaufmann Max Rosenow. Ausf. nicht bekannt. — In der Moorbachstraße sollen ebenfalls Garagen für Volkswagen entstehen. — Hier erfolgte durch Bürgermeister Daske der erste Spatenstich für den Bau der neuen Badeanstalt auf dem Gelände zwischen der Rummelsburger Chaussee und der Grabow. Die Kosten der gesamten Anlage sind auf 53 000 RM veranschlagt.

Rederitz, Kr. Deutsch Krone. Die Errichtung von 15 Eigenheimen ist hier geplant. Näheres Bürgermeister Kalke.

Ritzerow, Kr. Belgard an der Persante. Straßenneubau Ritzerow—Dohnafelde. Proj. Bauh. Kreisstraßenbauverwaltung, Belgard an der Persante. Ausf. noch nicht vergeben.

Schneidemühl. Schützenstraße 76. Neubau Wohnhaus. Gepl. Bauherr Paul Wiese, Bergtaler Straße 4. Baulei. Arch. R. Schnurr, Berliner Straße 6. Ausf. nicht bekannt. — Krojanker Straße 197/199. Neubau Tierzuchthalle mit Stallungen. Geplant. Bauh. Grenzmärk. Schweinezüchter-Vereinigung E. V. Baul. Arch. Artur Müller, Berlin-Johannisthal. Ausf. nicht bekannt. — Jastrower Allee 105. Neubau Wohnhaus. Gepl. Bauh. Jul. Kapitzke, Hasselstraße 12. Baul. und Ausf. nicht bekannt. — Das Stadtbauamt hat die Arbeiten und Lieferungen für den Ausbau des Paradeplatzes und einiger Straßen ausgeschrieben. Die Hauptarbeiten sehen 1000 cbm Bodenbewegung und 10 000 qm Platz- und Straßenbefestigung vor. 500 qm Kiesbefestigung werden zur Her-

richtung des Vorbeimarschgeländes dienen. Je 800 qm Unterbeton mit neuzeitlichem Bitumenpflaster und 800 qm Asphaltsplitt-Makadam sind für die angrenzenden Straßen vorgesehen. Die eigentliche Vorbeimarschstraße erhält 800 qm Schlackenbefestigung.

Schulzenhagen, Kr. Köslin. Wohnhaus des Bauern Robert Strehlow durch Feuer vernichtet.

Schwichtenberg, Kr. Demmin. Neubau Sportplatz. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. nicht bekannt. — Umbau der Pfarrscheune als Gemeinschaftsraum. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Stargard. In nächster Zeit wird mit dem Bau des neuen Postgebäudes am Bahnhof begonnen.

Stettin. Schallehnstraße. Neubau Kinderhort und Kindergarten. Projekt. Bauh. Stadt. Ausf. nicht bekannt. — Die Stadt hat das Grundstück Neue Straße 1 für die HJ. und den BDM. angekauft und will daselbst Umbauarbeiten vornehmen lassen, für die 3600 RM zur Verfügung gestellt sind. Im Ober- und Dachgeschoß müssen insgesamt 10 Räume instandgesetzt werden. — Es laufen bereits Verhandlungen um das Ernährungshilfswerk auf weitere Ortschaften des Gaues auszudehnen. Da Pommern einen festen Schweinebestand von 10 000 Tieren erreichen soll, so sind für die kommenden Monate die Errichtung von neuen Mästereien oder Umbauten vorhandener Stallungen in Bublitz, Dramburg, Flatow, Jastrow, Naugard, Neustettin, Bad Polzin und Schneidemühl geplant.

Warlang, Kr. Neustettin. Wirtschaftsgebäude des Siedlers Erwin Neumann durch Feuer vernichtet.

Wietstock, Kr. Anklam. Scheune des Siedlers August Lübken abgebrannt.

Sudetengau

Zwei Pflichtbücher — Waren-Eingang und -Ausgang

Mit Wirkung vom 1. Januar 1939 ist in den sudetendeutschen Gebieten die Verordnung über die Führung eines Wareneingangsbuches eingeführt worden. Nach dieser sind alle gewerblichen Unternehmer (selbständige Handels- und Gewerbetreibende einschließlich der selbständigen Handwerker jeden Alt) verpflichtet, für steuerliche Zwecke ein Wareneingangsbuch zu führen. Von der Verpflichtung zur Führung dieses Wareneingangsbuches sind 1. diejenigen gewerblichen Unternehmer befreit, die in das Handelsregister eingetragen und deshalb zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind und solche ordnungsgemäß führen, und 2. diejenigen gewerblichen Unternehmer, die durch andere gesetzliche Vorschriften zur Führung von gleichwertigen Büchern verpflichtet sind und solche ordnungsgemäß führen. In im zuletzt genannten Falle die Bücher im wesentlichen dem Wareneingangsbuch entsprechen müssen, ist den Unternehmern zu raten, ein besonderes Wareneingangsbuch zu führen. Von der Führung eines Wareneingangsbuches sind lediglich Landwirte, Gärtner sowie die freien Berufe (Aerzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Architekten) befreit, sofern diese keine gewerblichen Betriebe, wie Privatkliniken, Laboratorien usw., unterhalten.

Auch die Verordnung über die Verbuchung des Warenausganges gilt seit dem 1. Januar 1939 in den sudetendeutschen Gebieten. Nach dieser sind alle Großhändler, also diejenigen gewerblichen Unternehmer, die an andere gewerbliche Unternehmer Waren zur gewerblichen Weiterveräußerung liefern, verpflichtet, für steuerliche Zwecke den Warenausgang zu verbuchen.

Einführung des Kartellrechts in den sudetendeutschen Gebieten

Durch die im Reichsgesetzblatt veröffentlichte „Verordnung über die Einführung des deutschen Kartellrechts in den sudetendeutschen Gebieten" sind die Kartellverordnung vom 2. November 1923, die Kartellnotverordnung vom 26. Juli 1930, das Zwangskartellgesetz vom 15. Juli 1933 und das Gesetz über das Reichswirtschaftsgericht vom 25. Februar 1938 in den sudetendeutschen Gebieten eingeführt worden.

Aufbaustab des RAD. übersiedelt

Der Aufbaustab des Reichsarbeitsdienstes für den Sudetengau West und die Arbeitsgauleitung XXXVII sind ab 16. Januar 1939 von Gablonz, Gebirgsstraße 48, nach Teplitz-Schönau, Richard-Wagner-Straße 14, übersiedelt. In Gablonz verblieb der Stab einer Aufbaugruppe.

2 Millionen RM zur Förderung der Landeskultur im Sudetenland

Zur Förderung der Wasserwirtschaft und Bodenkultur einschließlich der Wildbachverbauung im Sudetenland hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen für den Rest des Rechnungsjahres 1938 2 Millionen RM Reichsbeihilfen zur Verfügung gestellt.

Diese Mittel dienen der Förderung von Bach- und Flußregulierungen einschließlich der Wildbachverbauung, Hochwasserdammbauten, Talsperrenanlagen, Entwässerungen durch offene Gräben und Dränungen, Bewässerungs- und Beregnungsanlagen, Rodungen, Einebnungsarbeiten, Uebersandungen von Moorflächen, Wirtschaftswegbauten, Anlagen zur Wasserversorgung, Kanalisation und Abwasserverwertung. Die technische und finanzielle Vorbereitung sowie die Durchführung dieser Arbeiten erfolgen durch die vom Reichsernährungsminister neu errichteten Wasserwirtschaftsämter in Reichenberg, Leitmeritz, Karlsbad, Troppau, Mährisch-Schönberg und Mährisch-Trübau bzw. durch die Wasser- und Kulturbauämter bei den Auftragsverwaltungen der Regierungspräsidenten von Oppeln und von Niederbayern Oberpfalz und der Landeshauptmann Niederdonau und Oberdonau.

Programm für die Sudeten-Elbe
Regulierung — Ausbau der Umschlagplätze

Nach der Eingliederung Sudetendeutschlands in das Großdeutsche Reich hat die Reichsverkehrsgruppe Binnenschiffahrt den Reichsverkehrsminister gebeten, mit tunlichster Beschleunigung eine Klärung folgender Fragen herbeizuführen: 1. Ausbau der sudetendeutschen Elbestrecke zwischen Schreckenstein und Pirna, 2. Ausbau und Bewirtschaftung der sudetendeutschen Elbe-Umschlagplätze. Die Elbestrecke zwischen Schreckenstein und Pirna bildet zwischen dem kanalisierten Teil oberhalb Schreckenstein und dem regulierten Teil abwärts Firma einen Flußteil, der, obgleich für die Elbeschiffahrt von besonderer Bedeutung, den Erfordernissen eines ordnungsgemäßen Elbeschiffahrtsverkehrs nicht entspricht. Wie der Reichsverkehrsminister der Reichsverkehrsgruppe Binnenschiffahrt mitteilt, ist für den Ausbau der sudetendeutschen Elbestrecke angeordnet worden, daß Entwürfe aufgestellt werden. Sobald diese Entwürfe vorliegen und die ministerielle Genehmigung erfahren haben, werden die für die Verbesserung der Schiffahrtsstraße der Elbe zwischen Schreckenstein und Pirna erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung kommen. Die Umschlagsanlagen an der sudetendeutschen Elbestrecke sind durchaus unzulänglich. Im Zusammenhang mit der Frage des Ausbaues der sudetendeutschen Umschlagsplätze wird zu prüfen sein, ob die Verwaltung dieser Plätze zweckmäßigerweise bei der Deutschen Reichsbahn verbleibt oder ob eine Betriebsgesellschaft (unter Beteiligung der Gemeinden, der Wirtschaft, der Schiffahrt und vielleicht der Reichsbahn) mit der Unterhaltung und Verwaltung der Anlagen betraut wird. Hierzu teilte der Reichsverkehrsminister in seinem Bescheide an die Reichsverkehrsgruppe Binnenschiffahrt mit, daß hinsichtlich der sudetendeutschen Häfen und Umschlagsplätze im Elbegebiet Verhandlungen mit den Eisenbahnabteilungen des Reichsverkehrsministeriums schweben mit dem Ziele, die Anlagen zu verbessern und ihre Verwaltung neu zu ordnen.

Bärn. Projekte: Bahnbau Bärn—Andersdorf—Hof—Bautsch. Bau eines Post- und Finanzgebäudes, gründliche Umgestaltung und Herrichtung des Marktplatzes. — Der Kreuzbergverschönerungsverein wird auf dem Kreuzberg ein Sommerkaffee errichten.

Dux. Die Regulierung des Ossegger Baches wird dieses Frühjahr in Angriff genommen. — Vergrößerung des Friedhofes. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. nicht bekannt. — Krankenhauserweiterung. Proj. Bauh. Krankenhausverwaltung. Ausf. noch nicht vergeben.

Franzensbad. Luisenstraße. Errichtung eines Freibades. Proj. — Bau einer Kampfbahn, desgleichen. — Neubau eines städtischen Amtsgebäudes (Rathaus) und Instandsetzung aller städtischen Baulichkeiten. Proj. Näheres beim Bürgermeister. — Die städtischen Kurparkanlagen werden in einem Ausbau des Adolf-Hitler-Kurplatzes in der Nähe der Franzensquelle und durch die Fertigstellung des Rosariums eine Verschönerung erfahren. Näheres bei der Kurverwaltung.

Freiwaldau. Projekte: Bau eines Mittelschulgebäudes, Errichtung eines Schlachthofes, Errichtung einer elektrischen Beleuchtung an der Straße nach Gräfenberg. Ausbau der Dittrichstein-, der Josef-Neugebauer- und der Philipp-Klein-Straße, Ausbau der Esplanade am Hange des Kreuzberges.

Gilschwitz bei Troppau. Neubau Siedlungen. Proj. Bauh. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft „Sudetenland", Reichenberg. Ausf. noch nicht vergeben.

Glasau. Scheune von Landwirt Andreas Pfregner abgebrannt.

Gorkau, Scheune von W. Günzel abgebrannt.

Groß Waltersdorf. Aufstockung der Schloßeselschule. Proj.

Hirschberg am See, Reg.-Bez. Aussig. Im Arbeitsprogramm der Stadtverwaltung sind für 1939 vorgesehen: Anlegung von Straßenzügen, der Bau der Wasserleitung, Erweiterung des Badestrandes und ein eigener Strand für KdF.-Urlauber, Herrichtung des Bahnhofgebäudes und Erweiterung der Gleisanlagen, ferner ein Strandhotel am See.

Hohenstadt. Projekte: Errichtung eines Krankenhauses, Errichtung eines Postgebäudes.

Hutberg. Der Bau einer Straße von Hutberg nach dem Braunauer Stern und weiter ins Glatzer Land ist geplant.

Jägerndorf. Projekte: Umbau des Krankenhauses um eine Vergrößerung von rund 130 Betten. — Die städtische Wasserleitung wird weiter ausgebaut werden. — Ein großes Kraftwerk in der Nähe von Weißkirch. — Ausbau des Bahnhofes. — Die Kanalisierung der Stadt soll erweitert werden. — Bau einer Oberschule für Mädchen.

Jaktal bei Troppau. Neubau Siedlungen. Proj. Bauh. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft „Sudetenland", Reichenberg. Ausf. noch nicht vergeben.

Joachimsthal. Neubau Siedlungen. Proj. Bauh. Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft „Sudetenland", Reichenberg. Ausf. noch nicht vergeben. — Ausbau der Dorfstraße. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Kamnitz. Bahnhofstraße. Neubau Postamt und Amtsgerichtsgebäude. Gepl. Ausf. nicht bekannt.

Katharein bei Troppau. Neubau Siedlungen. Proj. Bauh. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft „Sudetenland", Reichenberg. Ausf. noch nicht vergeben.

Komotau. Die Stadt plant den weiteren Ausbau des Alaunbades. — Neubau siebzig Offiziers- und Unteroffizierswohnungen. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben. — Erweiterung der Wasserleitung. Proj. Bauh. Stadt. Wasserwerk. Ausf. noch nicht vergeben.

Leitmeritz. Regulierung des Pokratitzbaches vom Schulsteg bis zur Elbe. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben. — Neubau Abwässerkläranlage. Proj. Bauh. Städt. Betriebswerke. Ausf. noch nicht vergeben.

Lundenberg. Neubau 100 Volkswohnungen. Proj. Bauh. „Ostmark", Gemeinnützige Arbeiterwohnstättenbaugesellschaft, Wien. Ausf. noch nicht vergeben.

Marienbad. Neubau Hotel und Sportplätze. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Mährisch-Altstadt. Die Straßen im Innern der Stadt sollen gepflastert und asphaltiert werden.

Mährisch-Neustadt. Die Stadt legt eine neue Wasserleitung an. Der Bau des Tiefbrunnens und des Wasserbrunnens wurde der Firma G. Rumpel, Teplitz-Schönau, übertragen. — Regulierung der Oskawa. Projekt. — Die Zuckerfabrik will eine Kanditenfabrik anbauen.

Mährisch-Trübau. Die Stadt plant einen großen Stauweiher auf den Brachauswiesen neben der Brünner Straße anzulegen und die Regulierung des Erl- und Langenlutscher Baches. Der Bau wurde mit der Einreichfrist bis 21. Februar 1939 öffentlich ausgeschrieben.

Neudek. Kinosaalerweiterung. Proj. Bauh. Hotelbesitzer R. Reitzner, Heimenhaus. Ausf. noch nicht vergeben.

Neu Ullersdorf. Errichtung eines Freibades und Turnplatzes. Proj.

Nieder Lindewiese. Neubau Fremdenheim. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben. — Ausbau der Dorfstraße in Teer. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Plan. Ratsherrensitzung. Die Errichtung eines Getreidesilos am Bahnhof ist geplant. — Da die Stadt eine große Gendarmeriebefehlung, Reichsarbeitsdienst usw. erhält, auch das Finanzamt mit 60 Beamten in Plan bleibt, ist es Aufgabe der Stadtverwaltung, genügend Baugelände für Besiedlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Raspenau. Erweiterung der Fabrik. Bez. Bauh. Baumwollspinnerei Karl Bienert. Ausf. Baufirma Fritz Kammel, Friedland.

Reichenberg. Adolf-Hitler-Platz. Umbau für die Commerz- und Privatbank. Sitz Berlin. Gepl. Die hiesige Geschäftsstelle ist vorläufig in der Schickerstraße untergebracht.

Römerstadt. Projekte: Herstellung einer neuen Fassade, Adaptierung des Rathausturmes, Einbau einer Warmwasserleitung im Ratshause, Erweiterung des Postamtes in den ersten Stock.

Sandau. In der Sitzung der Ratsherren wurde das Projekt der Pflasterung der Durchzugsstraße Lange Gasse — Schützenstraße angenommen. — Der Bau eines neuen Rathauses, das auch Gasthäume enthalten und an der Stelle des jetzigen Gasthauses „Zur Krone" errichtet werden soll, wurde besprochen. — Projektiert sind noch Entschungs- und Wildbacharbeiten.

Schiedel bei Hühnerwasser, Kr. Leipa. Haus des Landwirts Tumhirsch durch Feuer vernichtet.

Schreckenstein. Neubau Kinderreichensiedlung. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Steinschönau. Neubau Schlachthaus. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Straschnitz bei Auscha. Wirtschaftsgebäude und ein Teil vom Wohnhaus des Landwirts Franz Hacker abgebrannt.

Tetschen. Erweiterung der Gartenstraße, Kanalisation der Ermlerstraße und Neupflasterung der Schützenstraße. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben. — Neubau Wohn- und Geschäftshaus. Proj. Bauh. Kaufmann Joh. Tausch. Baul. Arch. Schuhmann, Bodenbach, Teplitzer Straße 178. Ausf. nicht bekannt.

Trautenau. Hier ist die Errichtung einer Freilichtbühne geplant. Mehrere Gaststätten wollen ihre Räume umbauen.

Turn bei Teplitz. Neubau Kanalisation der Hans-Knirsch- und der vom-Rath-Straße. Proj. Bauh. Städt. Betriebswerke. Ausf. nicht vergeben. — Neubau Siedlungshaus und Sportplatz. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Walterdorf bei Troppau. Scheune von Landwirt Jos. Stöhr abgebrannt.

Warnsdorf. Die Eisenbahnbrücke bei der Weberei Otto wird vollkommen instandgesetzt und ist zur Zeit eingerüstet. Außer der Ausbesserung wird die Entwässerung der Brücke vorgenommen.

Zwittau. Neubau Wohnhäuser. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Mittel- und Norddeutschland

Altenburg Thür. Hinter der Waage 1. Einbau einer Warmwasser-Etagenheizung. Gen. Bauh. Bechstedt & Mühlbach, Sporenstraße 1. Ausf. F. W. Meyner, Heizungsanlagen, Kanalstraße. — Kronengasse 3. Aufstellung eines transportablen Konditordampfbackofens. Gen. Bauherr Konditormeister Paul Scheller, Kronengasse 3. Ausführ. Ofenbauer Mehler, Langenleuba. — Münsaer Straße 33/35. Aufstellung eines zweiten Niederdruckdampfkessels. Gen. Bauh. Herm. Köhler, Nähmaschinenfabrik, Kotterzer Straße. Ausführ. Heizungsanlagen F. W. Meyner, Kanalstraße. — Agnesplatz 2/3. Einbau von Unterrichtsräumen und Geschäftszimmern im 1. Obergeschoß des Hintergebäudes. Gen. Bauh. NSKK.-Motorstürme 21/M. 141/22/M. 141 Altenburg. Ausf. Baugeschäft Arno Eger, Adelheidstraße 10.

Chemnitz. Weststraße, Ecke Gravelottestraße. Wohnhausblock mit 25 Wohnungen. Genehm. Bauh. Kurt Seifert, Sachsestraße 5. Ausf. Dipl.-Arch. Güttler, Zwickauer Straße 46.

Großenhain Sa. Am Bornweg. Errichtung eines Einfamilienwohnhauses. Genehm. Bauh. Walter Kuiner, Großenhain, Radeburger Straße 104. Ausf. Baumeister Voigt, Gröden. — Einfamilienwohnhaus. Genehm. Bauh. Arthur Schmidt, Groß Naundorf. Ausf. noch nicht bekannt.

Leipzig. Stadtverwaltung plant einen bedeutsamen Um- und Ausbau des Alten Theaters. Die Plangestaltung liegt in den Händen des Hochbauamtes der Reichsmessestadt.

Magdeburg. Gr. Diesdorfer Straße. 200 Wohnungen. Gepl. Bauh. Verein für Kleinwohnungswesen GmbH. — Gleimweg. Einfamilienwohnhaus. Geplant. Bauh. Gustav Beinhoff, Bahnhofstraße 37. — Cochstädter Straße. Mehrfamilienwohnhaus. Gepl. Bauh. Gerhard Fricke, Halberstädter Straße 89. — Flechtinger Straße. Wohnhaus-Block. Geplant. Bauh. Verein für Kleinwohnungswesen GmbH. — Die Gagfah plant die Errichtung von 120 Volkswohnungen an der Robert-Koch-Straße. — An der Wilhelm-Kobelt- und Lessingstraße werden 93 Wohnungen erbaut. — Als Fortsetzungsbau ist die Errichtung weiterer 66 Volkswohnungen an der Robert-Koch-Straße in Aussicht genommen. — Auf dem Gelände zwischen der Brunner Straße und dem Sedanring werden ebenfalls von der Gagfah rund 300 Wohnungen erstellt.

Rudolstadt Thür. Errichtung einer Garage. Genehm. Bauh. Heinrich Bodinus, Jenaer Straße 25. Ausf. Baumeister Franz Kowarz, Schillerstraße 25. — Garage und Lagerräume. Genehm. Bauh. Firma Höppel & Emmert, Oststraße. Ausf. Baugeschäft Höppel & Emmert. — Nebengebäude. Genehm. Bauh. Willi Lindner, Schwarzburger Straße 116. Ausf. Arch. Fritz Grimm, Schillingstraße. — Ausbau einer Scheune. Genehm. Bauh. Hugo Franke, Pestalozzistraße 3. Ausf. Grahner. — Errichtung von Garagen. Genehm. Bauh. Heinz Möller, Hindenburgstr. 8. Ausf. Arch. Hans Grimm, Schillingstraße. — Werkstatt und Schuppen. Genehm. Bauh. Fritz Bamberg, Franz-Seidte-Straße. Ausf. Schwaß. — Offener Schuppen. Genehm. Bauh. Gebr. Metze. Mittelweg. Ausf. dieselben. — Werkwohnung und Lagerschuppen. Genehm. Bauh. Breternitz & Sohn, Mittelweg 23. Ausf. Baumeister Franz Kowarz, Schillerstr. 25. — Errichtung eines Lagerschuppens. Genehm. Bauh. Robert Seidler, Am Schwansee. Ausf. Baumeister Robert Kowarz, Schillerstraße 25.

Sternberg Mecklbg. Mit dem Abbruch der alten, aus 4000 kg Alteisen bestehenden Straßenüberführung, unmittelbar am Pastiner Tor über die Ausfallstraße Sternbergs in Richtung Güstrow und Parchim durch Ersetzung einer Backstein-Felsmauer ist begonnen worden.

Stolpen Sa. HJ.-Heim. Proj. Bauh. Stadtverwaltung. Baul. Arch. Fritz Köhler, Sebnitz Sa., Weberstraße 26.

Wermsdorf, Bez. Leipzig. HJ.-Heim. Proj. Bauh. Gemeindeverwaltung. Baul. Architekt Walter Lucas, Leipzig N 22, Ehrensteinstraße 28.

Beilagenhinweis

Beilagenhinweis. Der heutigen Gesamtauflage unserer Zeitung liegt ein Prospekt des Verlages Otto Leonhardt, Stuttgart-W, Kasernenstraße 36, bei.

Stellen-Angebot

Jüngerer, strebsamer

Hochbautechniker

der Gelegenheit hat, sich weiter auszubilden, gegebenenfalls in Dauerstellung **für sofort oder später gesucht.** Bewerbung mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung erbeten an

Hertrampf & Schröter

Hoch-, Tief- und Betonbau :: LIEGNITZ, Dovestr. 6.

Gipsdielen

im Wohnungsbau

Dachdämmung

aus 5 cm starken Gipsdielen, Fugen mit Gipsmörtel verstrichen

Dachverschalung

aus 2 oder 3 cm starken Fasergipsdielen mit 1 cm starkem Gipsmörtelputz, Fugen nur mit Gipsmörtel verspachtelt

Deckendämmung

aus 5 oder 7 cm starken Gipsdielen, trocken verlegt, Fugen mit Gipsmörtel verstrichen

Deckenverschalung

aus 1½, 2 od. 3 cm starken Fasergipsdielen, Fugen von 1-1½ cm mit Gipsmörtel ausgespachtelt u. mit 10 cm breiten Jutestreifen überklebt. Decke mit 1-1½ cm starkem Gipsputz versehen

Innenwände

auch als Trennwände bei Wohnungsteilungen, aus 5 oder 7 cm starken Normgipsdielen, trocken versetzt, Nuten mit reinem Gipsmörtel ausgespachtelt, Wandflächen mit ½-1 cm starkem Gipsputz versehen. Türgestelle aus Holz oder Eisen

Stuck-, Modell-
Zahnarzt-, Estrich-

Gips

Marmor-Zement

Unser Gütezeichen

Gipswerk Neuland

Neuland über Löwenberg Schles. G.m.b.H.

Handbuch für den Fliesenleger
von Obermeister E. Kleinert u. Fliesenleger P. Dobers — 128 Seit., 35 Abbild.
Neu erschienen! Für Praxis und Prüfung! Preis 2.— RM. zuzügl. 15 Rpf. Porto bei Voreinsend., sonst Nachn.
Verlag Carl Seyffarth, Liegnitz, Schließfach 86

Stellen-Angebote

Diplom-Ingenieur
als Vertreter des Chefs für Büro und Baustelle (Eisenbetonkonstruktionen) **zum 1. April 1939 gesucht.**
Rud. Wolle Nachf., Breslau 23.

Jüngerer
Hochbautechniker
mit Erfahrung in Eisenbetonstatik, Bauführung und Abrechnung, für Büro und Baustelle in Dauerstellung **ab sofort oder später gesucht.**
Bewerbungen mit Bild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an
Walter Kristandl, Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau, Königsberg (Pr.), General-Litzmann-Straße 85.

Hochbautechniker
mit Abschluß H. F. L. für unser Verwaltungsbüro **sofort gesucht.** Gute zeichnerische Befähigung erwünscht. Dauerstellung mit Pensionsberechtigung.
Direktion der Schipkau-Finsterwalder Eisenbahn-Gesellschaft in Finsterwalde N.-L.

Zuverlässigen Hochbautechniker
Architekten oder Bauingenieur, für sofort oder 1. 3. 1939 in angenehme Dauerstellung bei guter Bezahlung **gesucht.**
Grosser, Baugeschäft o. H. G.
Waldenburg und Friedland, Bez. Breslau.

Bautechniker
zum sofortigen Antritt oder auch für später in Dauerstellung gesucht. Bewerbungen mit Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an
H. Kühn & Sohn, Hirschberg/Rsgb., Sand 8
Tiefbau, Industriebau, Eisenbahnbau, Betonbau, Eisenbetonbau, Steinsetzarbeiten, Betonwarenfabrikation, Steinbruch-, Kiesgruben- und Straßenwalzenbetrieb, Entwurfsbearbeitungen.

Hochbautechniker
mit Erfahrung im Veranschlagen und Statik, zeichnerisch befähigt, **für sofort oder später gesucht.** Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Skizzen an **Architekt Danke, Sagan.**

Hochbautechniker **für sofort oder später gesucht,** für Entwurfsbearbeitung, Bauleitung, Baupolizei- und laufende Dienstgeschäfte. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild und Gehaltsansprüchen an
Preuß. Staatshochbauamt Bad Freienwalde (Oder).

Wir suchen per sofort oder 1. 3. 1939 erfahrenen
Bautechniker
welcher firm in allen vorkommenden Arbeiten des Hochbaues und an selbständiges Arbeiten gewöhnt sein muß. Bei Eignung **Dauerstellung.**
Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen möglichst mit Bild an
Baugeschäft Kretschmer, Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße 46/48.

Bautechniker
erfahren im Büro und auf der Baustelle, **sofort oder später gesucht.** Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsansprüchen erbeten. Führerschein 3b erwünscht, doch nicht Bedingung.
Otto Dzionsky, Bauausführungen, Stolp i. Pom., Poststraße 6.

Zum sofortigen Dienstantritt werden gesucht:
mehrere
Tiefbautechniker
für Entwurfsbearbeitung, gegebenenfalls auch für Bauleitung und Abrechnung.
Dauer der Beschäftigung voraussichtlich mehrere Jahre. Vergütung Gruppe VI a oder V a der neuen TO.-A.
Außerdem werden gewährt:
a) Zureisekosten für Verheiratete in voller Höhe, für Ledige in Höhe des 10.— RM übersteigenden Betrages;
b) Trennungsentschädigung für Verheiratete mit eigenem Hausstand nach den Richtlinien;
c) Reisebeihilfe zum Besuch der Familie nach dreimonatiger Trennung;
d) Umzugskostenbeihilfe für Verheiratete und Zureisekosten für die Familienmitglieder für den Fall des Umzugs gemäß den bestehenden Bestimmungen.
Arische Bewerber mit guten Kenntnissen und Leistungen wollen Bewerbungsunterlagen, Lebenslauf mit Lichtbild und beglaubigte Zeugnisabschriften baldigst einsenden an
Regierungsoberbauinspektor Wittneben
Pillau I. Ostpr., Sudermannstraße 2

Bautechniker
für Büro und Baustelle **sofort oder später gesucht.** Bewerbungen mit Zeugn. usw. erbeten. Führerschein erwünscht
Heinrich Vogt, Hoch- u. Tiefbau, Stolp i. Pom., Gänseweg 2

Für die Schriftleitung verantwortlich: Paul Neumann, Breslau.
Für den Anzeigenteil u. Geschäftliche Mitteilungen verantwortlich: Walter Strutz, Breslau. D A 4 Vj. 38 (Ostdeutsche Bau-Zeitung und Mitteldeutsche Bau-Zeitung) zus. 4080
Anzeigenpreise: 1/1 1/2 1/3 1/4 1/5 1/6 1/8 1/10 1/12 1/15 1/20 1/25 1/40 1/60 Seite **Nachlässe und Vorzugsplätze** nach Tarif.
180,— 90,— 60,— 45,— 36,— 30,— 22,50 18,— 15,— 11,25 9,— 6,— 4,50 3,— RM. Gültig ist z. Zt Preisliste Nr. 6 vom 1. 1. 38
Postauflieferung: Mittwoch. — **Anzeigenschluß:** Dienstag 1 Uhr. — **Erscheinungstag:** Donnerstag. — **Bezugspreis:** Monatl 1,30 RM. vierteljl. 3,90 RM.; bei Postbezug einschl 0,06 Rpf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Rpf. Bestellgeld. — Einzelheft 0,40 RM
Breslau 2, Tauentzienstr. 29, Fernspr. 588 44—46 Postscheckkonto Amt Breslau 596. | **Leipzig C 1,** Windmühlenstr. 47, **Fernspr. 17595** Postscheckkonto Amt Leipzig 52481. | **Polen:** Postscheckkonto Amt Warszawa Nr. 104929 | **Verlag:** Paul Steinke, Breslau-Leipzig **Druck:** Prehner & Mynuth, Breslau.

Bauwesen – Bauwirtschaft – Bauhandel

Nummer 3 — 19. Januar 1939

Der Baupraktiker als Gutachter

In Rechtsstreitigkeiten über Bau- und Grundstücksangelegenheiten werden häufig Baupraktiker vom Gericht oder von den Parteien als Sachverständige herangezogen. Der mit einer gutachtlichen Stellungnahme Beauftragte soll in einem Schriftsatz oder auch in einem mündlichen Vortrag vor Gericht seine *fachliche* Meinung zu dem Streitfall darlegen. Es wird ihm deshalb meistens eine ganz bestimmt formulierte Frage vorgelegt. Wir hatten neulich Gelegenheit (vgl. unsere Zeitung Nr. 2/1939, Seite 1, oben rechts) darauf hinzuweisen, daß viele Gutachten nicht den Erfordernissen entsprechen.

Es erscheint geboten, auf die wichtigsten Gesichtspunkte bei der Erstattung von baupraktischen Gutachten wenigstens einmal kurz einzugehen.

Wenn der Baupraktiker außerhalb eines Rechtsstreites in einer bautechnischen oder bauwirtschaftlichen Streitfrage um sein Urteil angegangen wird, so erwartet der Anfragende, daß ihm außer der Klärung der Sachlage von dem Baufachmann wenigstens in ganz großen Umrissen etwas über die sich hieraus ergebenden rechtlichen Folgerungen gesagt wird. Darin liegt keineswegs ein Uebertritt des Baupraktikers auf das Fach- und Aufgabengebiet des Juristen, sondern es handelt sich hier um Notwendigkeiten, die unmittelbar sich aus dem Wirtschaftsleben ergeben. Wie für den Baufachmann die Kenntnis der baupolizeilichen Vorschriften Voraussetzung seiner Berufsarbeit ist, so kann von ihm auch die Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen des bürgerlichen Rechts, soweit sie den Bauvertrag betreffen, gefordert werden. Es gehört aber in diesen Zusammenhang, daß der befragte Baufachmann sich der Grenzen seiner Beurteilungsmöglichkeit auch der rechtlichen Seite bewußt ist. Ist er dies nicht, so läuft er Gefahr, den Anfragenden durch falsche rechtliche Unterrichtung zu Fehlmaßnahmen zu verleiten. Aber uns soll ja hier im wesentlichen das *Prozeßgutachten* des Baupraktikers interessieren. Bei diesem liegen die Dinge völlig anders.

Bei einem vor Gericht anhängigen Rechtsstreit unterliegt die *rechtliche* Beurteilung des Falles ausschließlich dem Richter und nicht dem Sachverständigen. Zu der an ihn gestellten Frage soll sich der Sachverständige sachlichfachlich aber *nicht* rechtlich äußern. So etwa, wenn er danach befragt wird ob eine bestimmte Ausführung den Regeln der Baukunst und ordnungsgemäßer handwerklicher Ausführung entspricht oder was unter einer bestimmten Vertragsformulierung verstanden wird. Namentlich der Architekt und der Baugewerbetreibende werden in erster Linie zu Gutachtenerstattungen herangezogen. Viele der Gutachten gehen nun an ihrer wesentlichen Aufgabe vorbei oder überschreiten bei der Beantwortung der gestellten Frage das Maß der tatsächlich erforderlichen Ausführungen. Vor allen Dingen beschränken sich diese Darlegungen nicht auf die fachliche Auskunft, sondern sie gehen auch auf die nach ihrem Urteil sich ergebende rechtliche Lage des gesamten Streitfalles ein. Wie oft mußte schon in einem Beweisaufnahmetermin, in dem ein Sachverständiger vernommen worden ist, der Richter den Sachverständigen, der sich äußerte: „meiner Meinung muß der X. zur . . . . . verurteilt werden“, unterbrechen und ihm sagen, daß ihn diese rechtliche Meinung nicht interessiere, sondern er einzig und allein eine begründete fachliche Stellungnahme erwarte. Ein Sachverständigengutachten muß sich also auf die *fachliche* Beantwortung der gestellten Frage beschränken, diese aber so erschöpfend und überzeugend als irgend möglich vorbringen. Die so oft getroffene Begründung, das Ergebnis des Gutachtens berechtige sich aus Treu und Glauben, wird der Aufgabe einer sachverständigen Beurteilung nicht gerecht. Wenn das Gesetz eine Beurteilung der Rechtslage nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte vorschreibt, so ist es gerade die letztere, dem Richter vielfach nicht bekannte, die der Sachverständige aufzeigen soll. Wenn das Gutachten sich demnach in den vorgeschriebenen sachlichen Grenzen halten muß, so ist ein weiteres zu beachten: allgemeine dehnbare Begriffe, deren Bedeutung sich gar nicht eindeutig umgrenzen läßt, etwa „üblich“, „wesentlich“, sind unbedingt zu vermeiden.

Zu einer gutachtlich geäußerten Meinung gehört auch eine eindeutige, schlüssige Begründung. Diese wird leider noch in vielen Gutachten vermißt. Der sachverständige Baufachmann muß dem Richter seine fachliche Meinung überzeugend begründen, sonst ist seine Zuziehung alles andere als eine Förderung der Urteilsbildung. Jeder zu Gutachtenerstattungen aufgeforderte Baufachmann muß sich sagen, daß seine *Mitarbeit an der Rechtsfindung eine sehr beachtliche und wichtige ist.* Der Richter hat zwar das sog. Recht der freien Beweiswürdigung, aber er wird sich in seiner Beurteilung, ob durch ein Sachverständigengutachten die von einer Partei vorgebrachte Behauptung bewiesen ist, von der Sachlichkeit und der folgerichtigen Begründung kaum unabhängig machen können.

Das Gutachten erfordert also einen ganz bestimmten Aufbau, wird er nicht beachtet, so hat der Gutachter seine Aufgabe nicht voll erfüllt. Der Gutachter muß sich auch immer sagen, daß seine Darlegungen auch über den einzelnen Rechtsstreit hinaus recht bedeutsam werden können. Noch ein letztes, das Gutachten darf nicht ein besonderes Maß an Sachkenntnissen voraussetzen, denn es wendet sich an bautechnische Laien. Mögen die hier nur kurz gegebenen Anregungen dazu helfen, die Gutachtenerstattung der Baupraktiker weiter im Sinne einer verantwortungsvollen Mitarbeit an der Rechtsfindung zu gestalten.

Dr. R., B.

Kommunalpolitische Probleme des Städtebaues

In der vom Institut für Wohnungs- und Siedlungswesen an der Universität Berlin veranstalteten Vortragsreihe sprach der Beigeordnete des Deutschen Gemeindetages, von *Schenck*, über das Thema „Kommunalpolitische Probleme des Städtebaues“. Ausgehend von der besonderen Bedeutung der städtebaulichen Aufgaben betonte der Redner, daß hinsichtlich der städtebaulichen Maßnahmen die einzelne Gemeinde nicht isoliert betrachtet werden könne, sondern als Zelle im Gesamtkörper des Reiches angesehen werden müsse. Hieraus ergäben sich Beziehungen der Ortsplanung zur Reichs- und Landesplanung.

Nicht nur die Schaffung besonderer Wohn- und Arbeitsverhältnisse für die Bevölkerung, sondern neuerdings in immer steigenderem Maße auch die Bedürfnisse des Kraftwagenverkehrs erheischten eine wesentliche Auflockerung des Stadtkörpers. Die Erweiterung des Stadtgebietes sei daher auch im nationalsozialistischen Staate nicht grundsätzlich abzulehnen. Sie komme aber nur als ein Radikalmittel in Frage, soweit mit Maßnahmen anderer Art nicht geholfen werden könne. Bevor man zur Anwendung der Eingemeindung schreite, müsse geprüft werden, ob im Wege der Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden und Landkreise den Erfordernissen der Auflockerung der Großstadt Rechnung getragen werden kann.

Bei der gemeindlichen Bodenpolitik spiele das Problem der Landbeschaffung für städtebauliche Zwecke eine besondere Rolle. Es sei stets das Ziel jedes tüchtigen Kommunalpolitikers, möglichst viel Land in den Besitz der Gemeinde zu bringen, wodurch die städtebaulichen Aufgaben der Gemeinde wesentlich erleichtert würden. Wo dies nicht möglich sei, werde sich häufig die Enteignung nicht umgehen lassen. Es sei zu hoffen, daß die reichsrechtliche Vereinheitlichung des Enteignungsrechtes wesentliche Erleichterungen bringe, die sich nicht nur auf die Höhe der Entschädigungen, sondern vor allem auf eine Beschleunigung des Verfahrens erstrecken, da die Ungewißheit darüber, ob der zu Enteignende nicht nach jahrelangem Verfahren eine die Kräfte der Gemeinde übersteigende Entschädigung zugesprochen erhalte, sich naturgemäß lähmend auswirken müsse. Den Stadtkreisen sei neuerdings mit der Uebertragung der Tätigkeit als Preisbildungsstelle für den Grundstücksverkehr eine verantwortungsvolle Aufgabe zugewiesen worden. Vor allem aber komme es darauf an, eine zweckmäßige Aufteilung des Gemeindebezirks nach den Nutzungsmöglichkeiten des vorhandenen Grund und Bodens zu erzielen.

Den Anliegerbeiträgen als besonderes Finanzierungsmittel für den Straßenbau komme eine besondere Bedeutung zu. Die Materie des Anliegerpreises werde in absehbarer Zeit von reichswegen eine Neuregelung erfahren. Der Grundgedanke des Anliegerpreises werde aufrechterhalten bleiben müssen, da ein anderer Weg innerhalb des Gemeindehaushaltes nicht zu finden sei. Der gesunde Gedanke des Anliegerpreises lasse sich noch verallgemeinern. Durch städtebauliche Maßnahmen anderer Art könnten wesentliche Wertsteigerungen des Grundstücks herbeigeführt werden. Es liege nahe, auch diese zu erfassen. In welcher Weise sich die Erfassung des einmaligen Wertzuwachses im einzelnen durchführen lasse, bedürfe einer sorgfältigen Ueberlegung.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte von Schenck, daß die bisher erreichten großen Erfolge des neuen deutschen Städtebaues die Hoffnung gerechtfertigt erscheinen lassen, daß alle Aufgaben gelöst würden.

Die Wohnbau-Aussichten für 1939

Der Referent des Arbeitsministeriums, Oberregierungsrat Fischer-Dieskau, gibt in der Korrespondenz „Deutsche Siedlung“ einen Rückblick und Ausblick zur Wende des Wohnbaujahres 1938/39. Wenn es trotz der besonderen Lage des Jahres 1938, vor allem der welthistorischen Ereignisse, die es uns brachte, geglückt sein dürfte, im Jahre 1938 ungefähr 300 000 Wohnungen und Siedlungen bezugsfertig herzustellen, so müsse dies als eine gewaltige Leistung gewertet werden. Wir dürften damit den wohnungspolitischen Erfordernissen und dem tatsächlichen Bedarf im einzelnen insofern näher gekommen sein als je zuvor, als der Anteil an Arbeiterwohnstätten wiederum beträchtlich gestiegen ist. Bei Betrachtung der Aussichten für 1939 verweist der Referent zunächst auf den verhältnismäßig hohen Ueberhang an unvollendeten Bauvorhaben, mit dem wir in das Baujahr 1939 hineingegangen sind. Dieser Uebergang könne auf etwa 200 000 Einheiten geschätzt werden, die einen Rückhalt für den Wohnungszugang des laufenden Jahres bilden. Andererseits dürften wir uns nicht vor der Tatsache verschließen, daß die Schwierigkeiten für den Wohnungsbau seit dem Herbst 1938 immer größer geworden seien. Bei der überaus starken Anspannung unseres Baumarktes seien fast alle Baustoffe knapp, und auch an Bauarbeitern fehle es. Es sei eine alte Erfahrungstatsache, daß im Wohnungsbau die Entwicklungen nicht sprunghaft verlaufen, sondern allmählich. Deswegen würden sich die Schwierigkeiten für die Wohnbautätigkeit, die seit dem Herbst 1938 immer stärker eingesetzt haben, in der Wohnbaustatistik 1939 noch nicht in vollem Umfange zeigen, sondern erst 1940. Auch die Wohnungswirtschaft müsse den Vorrang der großen nationalpolitischen Aufgaben, die unmittelbar der Reichsverteidigung dienen, anerkennen. Das Siedlungswerk könne deshalb zunächst nicht mit voller Tourenzahl anlaufen. Es müsse aber doch immer wieder auf die Bedeutung der Wohnraumversorgung

für unsere Bevölkerungsentwicklung und damit für das Bestehen der Nation hingewiesen werden. Darüber hinaus müsse immer mehr die Erkenntnis von dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Reichsverteidigung, der Steigerung unserer Produktion und dem Wohnstättenbau Allgemeingut werden. Gerade weil ein immer größerer Anteil des Wohnungsbaues mittelbar oder unmittelbar der Reichsverteidigung und der Steigerung unserer Produktion dient, sei man überzeugt davon, daß Mittel und Wege zur Fortsetzung der Wohnbautätigkeit gefunden würden.

Keine Baustellen ohne ordnungsmäßige Unterkünfte

Der Arbeiter soll die Arbeitsstelle sauber verlassen

Im Januar 1937 führte das Fachamt „Bau“ in der Deutschen Arbeitsfront eine Aktion für „Schönheit der Arbeit“ durch, um vor allem für menschenwürdige Unterkünfte auf den Baustellen zu sorgen. Das Fachamt gab damals zehn Grundsätze für Tagesunterkünfte heraus, die einen Rahmen für die notwendigsten Maßnahmen gaben, während es den Betriebsführern und Gefolgschaften überließ, durch eigene Maßnahmen die Tagesunterkünfte der Bauarbeiter wohnlich und heimisch zu gestalten. Die Tagesunterkünfte sollen den im Baugewerbe Beschäftigten nicht nur zur Einnahme der Mahlzeiten dienen und sie vor Witterungsschäden schützen, sondern durch geeignete Umkleidevorrichtungen es auch ermöglichen, daß der Bauarbeiter die Arbeitsstelle sauber und sorgfältig verlassen kann.

Auf Grund seiner Erfahrungen hatte das Fachamt „Bau“ einen Entwurf für Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über Unterkünfte bei Bauten ausgearbeitet. Das Arbeitsministerium hat zusammen mit dem Sozialamt in der DAF. für Tages- und Uebernachtungsunterkünfte zusammengefaßte Ausführungsbestimmungen erlassen, die seit dem 1. Januar 1939 Gültigkeit haben. Sie gelten ebenfalls für die Ostmark und werden in Kürze auch im Sudetengebiet in Kraft treten. Das Fachamt „Bau“ erwartet, daß die Baubetriebe unter Berücksichtigung der ausführlichen Bestimmungen es als ihre Pflicht ansehen, für die Gesunderhaltung und Hebung der Arbeitsfreudigkeit auf den Baustellen zu sorgen. Wer fahrlässig oder böswillig gegen die Ausführungsbestimmungen verstößt, muß mit der Anwendung der in den Bestimmungen vorgesehenen Strafmaßnahmen rechnen.

Durch Gesellenaustausch zur Leistungssteigerung

Eine neue Aktion des Deutschen Handwerks in der DAF.

Der Handwerksgeselle, der von Werkstatt zu Werkstatt wandert, ist uns seit Jahren wieder eine vertraute Erscheinung im Bild der deutschen Landschaft geworden. Freilich begegnet uns da nicht ein junger Mensch, der romantische Träume verwirklichen will, sondern dieser Handwerker strebt einem ernsthaften, wirklichkeitsnahen Ziele zu: seine Ausbildung mit einem Höchstmaß an fachlichem Können abzuschließen. Unsere Gegenwart ist eine harte Zeit und verlangt harte Menschen. Das Deutsche Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront hat die planmäßige Durchführung dieses Gesellenwanderns nach den großen nationalsozialistischen Gesichtspunkten übernommen.

Dabei hat es sich nun gezeigt, daß nicht jeder Zweig des Handwerks seine Gesellen auf die Wanderschaft schicken kann; vielfach hängt dies von der Eigen-

art des Berufes ab. Ebenso verlangen die Aufgaben des Vierjahresplanes auch den stärksten Einsatz des deutschen Handwerks, so daß dadurch einige Berufe vom Gesellenwandern ausgenommen werden müssen. Dennoch ist es für jeden jungen Handwerker unbedingt erforderlich, daß er eine Ausbildung auf breitester Basis erhält, wenn er den Anforderungen des Vierjahresplanes genügen will. So wird er z. B. nicht darauf verzichten können, sich Kenntnisse über alle neuen Werkstoffe zu verschaffen und ihre Verarbeitung nach den verschiedenen Methoden zu erlernen. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, um dem Nachwuchs in allen Berufen des Handwerks die bestmögliche Ausbildung zu gewährleisten, wird vom Deutschen Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront eine neue Aktion, der „Gesellenaustausch" durchgeführt. So bleibt für den Gesellen und Jungmeister auf alle Fälle die Möglichkeit bestehen, in verschiedenen Werkstätten und handwerklichen Betrieben zu arbeiten und Erfahrungen zu sammeln.

„Durch Gesellenaustausch zur Leistungssteigerung" ist sozusagen das Leitmotiv dieser Aktion. Der Gesellenaustausch soll dem handwerklichen Nachwuchs die Möglichkeit verschaffen, durch Arbeit in mehreren Betrieben in den verschiedensten Gegenden des Reiches ohne große Kosten und Zeitverlust seine beruflichen Kenntnisse zu erweitern und seinen Gesichtskreis zu vergrößern. Dadurch, daß der Geselle und Jungmeister die im Handwerk so vielseitigen Arbeitsmethoden beherrscht, wird Qualitätsarbeit erreicht. Weiterhin lernt der Handwerker durch den Austausch auch die einzelnen Teile seines Vaterlandes und seine Menschen kennen und achten. Die Aktion beschränkt sich nicht auf den Austausch innerhalb der einzelnen Gaugebiete, sondern wird auch von Gau zu Gau durchgeführt. Hierbei werden die Wünsche des einzelnen, in welchen Teil des Reiches er ausgetauscht werden möchte, nach Möglichkeit berücksichtigt. Das gleiche gilt auch für besondere Arbeitsmethoden, die der Handwerker auf diesem Wege kennenlernen will. Die Austauschzeit beträgt sechs Monate.

Eine zusätzliche Ausbildung des Handwerkernachwuchses, wie sie durch den Gesellenaustausch bezweckt wird, kann natürlich nur der erhalten, der durch sein bisheriges Verhalten und Arbeiten gezeigt hat, daß er die nötigen Voraussetzungen mitbringt. Tüchtige, zuverlässige und gesunde Gesellen und unselbständige Jungmeister aus allen Handwerksberufen können am Gesellenaustausch teilnehmen. Wenn die Berufe des Metallhandwerks und aus dem Bauhandwerk die Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Bildhauer und Steinmetze, Stukkateure und Gipser sowie die Pflasterer vorerst ausgenommen sind, so ist das mit Rücksicht auf den Facharbeitermangel geschehen. Selbstverständlich hat jeder Austauschgeselle die Gesellenprüfung abgelegt. Auch ist es recht und billig, daß der Teilnehmer am Gesellenaustausch als einer Aktion der Deutschen Arbeitsfront Mitglied der Deutschen Arbeitsfront ist.

Der Geselle kann zu jeder Jahreszeit ausgetauscht werden; bei saisonbedingten Berufen ist natürlich auf Beginn und Ende der Saison Rücksicht zu nehmen. Für Mitte März 1939 ist der erste Start zum Gesellenaustausch vorgesehen. — Im Gegensatz zum Gesellenwandern wird der junge Handwerker beim Gesellenaustausch sein Ziel auf dem schnellsten und kürzesten Wege zu erreichen streben. Wandern fällt also beim Gesellenaustausch fort. Wo ein Wille ist, ist ein Weg, und der strebsame Geselle wird sich schon die Reisekosten zu ersparen wissen.

Man wird in nicht langer Zeit dahin kommen müssen, daß jeder Handwerksgeselle, bevor er die Meisterprüfung ablegt, eine Anzahl Betriebe seines Berufes in praktischer Arbeit kennengelernt und sich dadurch ein großes Maß an Wissen und Können angeeignet hat. Am Gesellenaustausch teilzunehmen liegt daher im Interesse des einzelnen Handwerkers, aber auch im Interesse des gesamten deutschen Handwerks.

Rückblick über die von der Reichswasserstraßenverwaltung im Jahre 1938 ausgeführten und begonnenen Arbeiten

Im abgelaufenen Jahr erstreckte sich die Bautätigkeit der Reichswasserstraßenverwaltung im wesentlichen auf den weiteren Ausbau der deutschen Ströme mit ihren Anschluß- und Verbindungskanälen zu einem leistungsfähigen Wasserstraßennetz, und so konnten trotz des fühlbaren Arbeiter- und Ingenieurmangels und der Knappheit einzelner Baustoffe in allen Bezirken erhebliche Leistungen und Fortschritte erzielt werden. Ferner wurden die Arbeiten zum Ausbau der Seehäfen und Seewasserstraßen sowie für den Küsten- und Inselschutz fortgesetzt. Die wichtigsten Ereignisse auch in der Tätigkeit der Reichswasserstraßenverwaltung bildeten die Wiedereingliederung der Ostmark und des sudetendeutschen Gebietes, durch die weitschauende Aufgaben ausgelöst und neue Planungen zur Ausgestaltung des Großdeutschen Wasserstraßennetzes erforderlich wurden. Als weiteres großes Ereignis ist die Inbetriebnahme des Mittellandkanals am 30. Oktober bis zur Elbe zu nennen. Der endgültige Schiffahrtsweg nach Osten wird mit einer großen Brücke über die Elbe führen und auf dem rechten Elbufer mit dem Doppelhebewerk Hohenwarthe den Elbe-Havel-Kanal (Ihle- und Plauer Kanal) erreichen. Diese beiden großen Bauwerke werden 1942 fertig werden.

Die Arbeiten der Reichswasserstraßenverwaltung erstrecken sich fast über das gesamte Wasserstraßennetz Deutschlands. Im Jahre 1939 soll im Rhein-Main-Donau-Gebiet die Bauausführung sowohl am Main wie an der Kanalstrecke zwischen Bamberg und Kehlheim in größerem Umfange aufgenommen werden. Die Donau wird in der ganzen bisherigen österreichischen Strecke auf den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit gebracht werden.

Oderwasserstraße

In dem Bericht des Ministeriums heißt es u. a., daß die Arbeiten am Adolf-Hitler-Kanal planmäßig weitergeführt worden sind. Von den sechs Staustufen sind vier fertiggestellt; bei den restlichen beiden sind die Grundbauten nahezu vollendet. Die letzten Lose der Erdarbeiten für das Kanalbett wurden vergeben.

Auch die Bauarbeiten im Endhafen Gleiwitz sind planmäßig fortgeführt worden. Die Gleisanlagen sind zum größten Teil fertiggestellt. Im Jahr 1939 wird die Ausrüstung des Hafens mit Kränen usw. durchgeführt werden. Die Eröffnung des Adolf-Hitler-Kanals und des Endhafens Gleiwitz wird voraussichtlich 1940 erfolgen können.

Das Staubecken Turawa an der Malapane, das bereits im Vorjahre im wesentlichen fertiggestellt war, konnte das erstemal — zunächst bis zur halben Höhe — gefüllt werden. Im oberen Gebiet des Staubeckens wurden die Ergänzungsarbeiten fortgesetzt.

Das erste der an der Klodnitz in Aussicht genommenen drei Staubecken Stauweider mit einem Stauinhalt von 10 Millionen Kubikmeter Inhalt ist zum ersten Male gefüllt worden.

Die Bauarbeiten bei dem im Weistritztal geplanten Staubecken Berghof mit rund 65 Millionen Kubikmeter Inhalt wurden fortgeführt. Insbesondere wurden die Erdarbeiten zur Verlegung der Eisenbahnstrecke zwischen Mettkau und Ingramsdorf begonnen.

Die Arbeiten an der Oderverlegung bei Ratibor zum Schutze gegen Hochwasserüberflutungen wurden fortgeführt. Nach Fertigstellung der Markdorfer Straßenbrücke sind die Arbeiten für die Stadtwaldbrücke in Angriff genommen worden. Die Ueberbauten für die neue Eisenbahnbrücke über die verlegte Oder sind zum Teil ausgeführt, nachdem die Pfeiler bereits im Jahre 1936 errichtet worden sind.

Die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslau bis Leubus wurde durch Abflachungen, Buhnenbauten, Deckwerke u. a. fortgeführt. Insbesondere wurden die Arbeiten an der scharfen Krümmung bei Läskau beendet.

Die Vor- und Entwurfsarbeiten für den Bau des Oder-Donau-Kanals werden voraussichtlich bald aufgenommen.

Märkische Wasserstraßen

Im Bereich der märkischen Wasserstraßen standen die Arbeiten für die Umgestaltung der Großberliner Gewässer im Vordergrund, die zum größten Teil bedingt sind durch die städtebauliche Neugestaltung der Reichshauptstadt. Zum anderen Teil war nach Vollendung des Mittellandkanals der Anschluß der Berliner Wasserstraßen an das westdeutsche Wasserstraßennetz notwendig. So konnten gleichzeitig mit allgemeinem Baubeginn für die Neugestaltung Berlins am 14. Juni 1938 die Arbeiten für die Spreeverlegung am Königsplatz durch Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller eingeleitet werden. Die Arbeiten zum Ausbau der Berliner Wasserstraßen für den verstärkten Verkehr mit Westdeutschland wieder erstrecken sich vornehmlich auf die Spree, den Landwehrkanal und den Teltow-Kanal.

Von den in der Kurmark im übrigen ausgeführten bzw. noch im Gange befindlichen Maßnahmen seien u. a. hervorgehoben: Der Bau eines leistungsfähigen Vorfluters an der Havelmündung, der die Ländereien vor Hochwasserschäden schützen soll. Der Ausbau der Havel zwischen Brandenburg und Paretz für die Durchführung des Verkehrs aus dem Mittellandkanal nach der Reichshauptstadt. Die Arbeiten zur Verbesserung der Schiffahrt und Vorflut auf der oberen Havelwasserstraße. Der Neubau einer zweiten Schleuse bei Lehnitz zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Hohenzollernkanals bei seinem Abstieg zur Havel.

Im übrigen erfordert die wachsende Inanspruchnahme der Havel und Spree durch Wirtschaft und Verkehr, insbesondere auch im Hinblick auf die Neugestaltung Berlins, neue Maßnahmen zur planmäßigen Beeinflussung des Wasserhaushalts. Die Reichswasserstraßenverwaltung führt zur Zeit zusammen mit anderen beteiligten Stellen bereits die notwendigen Vorarbeiten durch.

Ueber die wiederaufgenommene Entwurfsbearbeitung für den Hansa-Kanal, der von Bramsche am Ems-Weser-Kanal über Achim bei Bremen nach Hamburg und Lübeck führen wird, ist berichtet, daß die im Mai des vergangenen Jahres in Harburg eingerichtete Vorarbeitenabteilung den Auftrag erhalten hat, den vorhandenen Kanalentwurf für das 1500-Tonnen-Schiff umzuarbeiten. Ferner soll die Erweiterung des Ems-Weser-Kanals auf der vom Hansa-Kanal mitbenutzten Strecke Bevergen—Bramsche und die Weiterführung des Kanals nach Lübeck entworfen werden.

Aus verschiedenen Stellen des Berichtes geht hervor, daß neben verkehrswirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten auch die Landeskulturarbeiten durch Hochwasserregulierungen usw. gefördert worden sind. Wie dann überhaupt die Berücksichtigung der Landeskulturfragen bei Wasserbauten erstmalig grundsätzlich anerkannt wird. Schließlich wird im Zusammenhang mit großen Meliorationsarbeiten im Gebiet der Inster, eines der beiden Quellflüsse des Pregels, in diesem Jahre mit den Arbeiten zum Ausbau des kanalisierten Pregels von Insterburg bis Behlau zur Abführung erhöhter Sommerhochwasser begonnen.

Von den Reichsautobahnen

Weitere Autobahnpläne für den Sudetengau. — Neue Bauaufträge für Ostpreußen. Vor zwei Wochen fand der erste Spatenstich für die große West—Ost-Verbindung der Reichsautobahnen durch den Sudetengau, die Strecke Eger—Reichenberg, statt. In der „Straße" macht Ministerialrat Schönleben, Sachbearbeiter beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Mitteilungen über den geplanten weiteren Autobahnbau im Sudetenland. Danach wird angestrebt, die West—Ost-Verbindung über Friedland nach Schlesien weiterzuführen und nordwestlich von Hirschberg in die Linie Görlitz—Breslau einzubinden. Außerdem erhält die Autobahn Eger—Reichenberg in Görlitz Anschluß an die Ost—Oder-Linie und damit die unmittelbare Verbindung der neuen Gauhauptstadt mit Berlin und Stettin. Weiterhin ist geplant, das Sudetenland in eine große Nord—Süd-Verbindung einzubinden, die von Regensburg oder Straubing über Marienbad nach Karlsbad und dann weiter über Brüx nach Dresden führt. Damit würden die Vorbedingungen dafür geschaffen, daß künftig auch der Durchgangsverkehr München—Berlin zum Teil seinen Weg über den Sudetengau nimmt, so daß dieser sowohl in eine Fernverbindung Schlesien—Frankfurt eingeschaltet ist als auch in den Verkehr München—Berlin und München—Breslau, welch letzterer sich damit gegenüber dem bisherigen Weg Nürnberg—Hof—Dresden um 100 km verkürzt. Neben seiner Bedeutung für die Industrie wird der Abschnitt Brüx—Dresden vor allem auch dem Ausflugsverkehr der Reichshauptstadt nach dem Sudetengau dienen. Weiter wird geprüft, ob auch der Gau Sachsen eine etwa von Chemnitz ausgehende Autobahnverbindung nach dem Egerland erhalten kann. — Weitere Mitteilungen bringt die „Straße" über Bauaufträge in Ostpreußen. So ist die seit langem geplante Reichsautobahn im Samland zwischen Königsberg und der Küste zum Bau freigegeben worden. Noch in diesem Winter beginnen die Arbeiten. Zur Verbindung mit dem übrigen Netz der Reichsautobahnen wird die Festungs-Ringstraße in dem mit der neuen Pregelbrücke zusammenhängenden Abschnitt nach modernen Grundsätzen ausgebaut. Die Arbeiten beginnen im nächsten Jahr. Ferner ist der Ausbau des Straßenzuges Cranz—Warnicken geplant. Zur Verbindung der samländischen Reichsautobahn mit Königsberg ist ebenso wie im Süden zur Verbindung mit der Reichsautobahn Königsberg—Elbing von der Stadt eine besondere Anschlußstrecke beabsichtigt. Zur weiteren Erschließung der Provinz Ostpreußen durch die Reichsautobahn ist eine Linie Königsberg—Insterburg—Gumbinnen südlich des Pregels vorgesehen. Die Planung dieser Strecke wurde gleichfalls neu in Auftrag gegeben.

Erste Vorbereitung für die Autostraße Breslau—Wien

In der tschecho-slowakischen Stadt Gewitsch sind deutsche Ingenieure eingetroffen, die die ersten Vorarbeiten für den Bau der Autobahn Breslau—Wien einleiten. Bei Gewitsch, das auf tschecho-slowakischem Staatsgebiet liegt, beginnt die Straßenführung der Autobahn durch tschecho-slowakisches Gebiet. Die reichsdeutschen Ingenieure haben in der Turnhalle von Gewitsch ihr vorläufiges Büro aufgeschlagen. Im Augenblick sind sie mit dem Bau von Lagern für die Arbeiter und für Material beschäftigt.

Rastanlage am Dehmsee

Vor kurzem wurde mit der Einzelbearbeitung der Pläne für eine neue Rastanlage der Reichsautobahnen am Dehmsee begonnen, nachdem die Entwürfe überprüft und grundsätzlich gebilligt worden sind. Wegen der Nähe der Reichshauptstadt wird dieses Rasthaus vor allem für die Bedürfnisse des Erholungsverkehrs gebaut.

Verschiedenes

Fast 2000 Jugendherbergen. Das Baujahr 1938 des Deutschen Jugendherbergswerkes ist jetzt abgeschlossen. Um über 50 neue Häuser konnte das Netz von nahezu 2000 Jugendherbergen verdichtet werden. Von 19 Häusern flattern die Richtkronen, während bei 13 bereits bestehenden Jugendherbergen große Ausbauten durchgeführt worden sind. 1939 wird das Bauprogramm eine Erweiterung erfahren. Besonders in der Ostmark und im Sudetengau sollen zahlreiche neue Jugendherbergen entstehen, damit die Jugend von ihnen aus die jüngsten Gaue des Reiches erwandern kann. Die Jugendherbergsbauten knüpfen an jahrhundertealte Bauformen an. Alle Gegenstände und die gesamte Gestaltung der Häuser werden aus dem Gefühl der Verbundenheit zur Landschaft und zum Geist der jungen Nation entwickelt. Das Unechte in der Bauform, wie es in der Systemzeit immer wieder in Erscheinung trat, ist ausgeschaltet.

„Schönheit der Arbeit" für 6000 Natursteinbetriebe. Mit Beginn des neuen Jahres führt das Fachamt „Steine und Erden" der DAF. in nahezu 6000 Betrieben der Steinindustrie mit rd. 217 000 Gefolgschaftsmitgliedern eine Aktion „Schönheit der Arbeit" durch. Eine Vielzahl von Maßnahmen soll dazu beitragen, den Arbeitsplatz des schaffenden Menschen so zu gestalten, daß auch das Gefahrenmoment, das gerade in der Steinindustrie besonders groß ist, auf ein Minimum herabgemindert wird. Eine Arbeitsanweisung des Fachamtes zeigt die hierfür möglichen Wege auf. In einem Aufruf der zuständigen Stellen wird unterstrichen, daß es sich hier um eine gemeinsame Aktion der DAF. und der Wirtschaftsgruppe für Aufgaben handelt, die im Zuge des Leistungskampfes der Betriebe zu lösen sind. Die Parole heißt „Schafft Ordnung, Schönheit und Sauberkeit in den Betrieben".

25 000 Arbeiter waren 1938 beim Bau der Hermann-Göring-Werke beschäftigt. Der Syndikus an der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Schmidt, beschäftigt sich in einer Veröffentlichung mit dem Aufbau der Reichswerke „Hermann Göring" und des Volkswagenwerkes. Dabei teilt er zum ersten Male mit, daß an der 7 km langen und 4 km breiten Baustelle der Reichswerke im Jahre 1938 insgesamt 25 000 Arbeiter beschäftigt waren. Weitere Arbeitskräfte waren

beim Bau des Stichkanals, der in einer Länge von 18,5 km das Hüttengelände mit dem Mittellandkanal verbinden soll, eingesetzt. Es ist selbstverständlich, daß durch den starken Bedarf der Reichswerke und des Volkswagenwerkes an Facharbeitern und sonstigen Arbeitern sowie durch die erhöhte Nachfrage der alteingesessenen Industriezweige nach Facharbeitern sich die Frage des Arbeitseinsatzes im Braunschweiger Bezirk nicht leicht gestaltet. Allein beim Aufbau der Reichswerke „Hermann Göring" und des Volkswagenwerkes waren 6200 Italiener eingesetzt. Weitere 8700 Arbeitskräfte waren aus der Ostmark und aus dem Auslande herangezogen.

Die Deutsche Reichsbahn kann große Bauvorhaben nicht mehr eigenfinanzieren. Vor ernste Fragen stellt den Finanzdienst der Reichsbahn die Häufung dringlicher Aufgaben von gigantischem Ausmaß, wie sie sich neben den regelmäßigen großen Aufwendungen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Reichsbahnanlagen und die Schuldentilgung vor allem aus der notwendigen Ergänzung und Vermehrung des Fahrzeugparks, der Fortführung der begonnenen Großbauten (Nordsüd-S-Bahn in Berlin, Elektrifizierung der Strecke Halle/Leipzig—Nürnberg, Bauten des Rhein-Ruhr-Programms), der Industrieverlagerung, der Verkehrsumschichtung, der Durchführung des Vierjahresplanes und namentlich aus der Umgestaltung deutscher Städte (Berlin, München, Nürnberg, Hamburg) und aus der Eingliederung der Eisenbahnen der deutschen Ostmark und des Sudetenlandes ergeben. Auch bei straffster finanzieller Disziplin wird die Deutsche Reichsbahn diese großen Vorhaben in irgendwie nenneswertem Umfang nicht mehr eigenfinanzieren können, — im Gegensatz zu den Kapitalinvestitionen und Schuldentilgungen seit 1935, die sie in Höhe von vielen hundert Millionen RM aus eigener Kraft aufgebracht hat. Die Gestaltung ihrer Kapitalrechnung verlangt vielmehr gebieterisch die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes.

Die Neugestaltung der Wasser- und Bodenverbände. Um die Ueberführung der alten Wasser- und Bodenverbände in das neue Recht durch Erlaß der neuen Satzungen in einem angemessenen Zeitraum durchzuführen, hat der Reichsernährungsminister bestimmt, daß die Ueberführung am 1. Januar 1941 beendet sein soll.

Wege und Gräben werden bezuschußt. Der Reichsernährungsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß auch für 1939 aus Mitteln des preußischen Fonds zur Förderung der Landeskultur die Folgeeinrichtungen der Umlegung, also Wege und Gräben, weiter bezuschußt werden.

Wohnungsbauhilfe der DAF. Der Leiter der Zentralstelle für die Finanzwirtschaft in der DAF. hat im Einvernehmen mit dem Beauftragten für die Gesamtdurchführung des Leistungskampfes der deutschen Betriebe angeordnet, daß sämtliche auf dem Gebiet des Arbeiterwohnstättenbaues tätigen politischen Dienststellen und die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen der DAF. solchen Betrieben bei der Errichtung von Gefolgschaftswohnungen helfen, die sich nach ihren besten Kräften hieran durch Betriebzuschüsse beteiligen. Die Dienststellen des Leistungskampfes sollen darauf hinwirken, daß sich am Wohnungsbau möglichst alle Betriebe mit mindestens 1000 RM je Wohnungseinheit oder mit entsprechenden Ergänzungsleistungen in Form von Grundstücken, Baumaterial und Arbeitskräften beteiligen, damit die DAF.-Hilfe möglichst vielen Betrieben zuteil werden kann. Durch den Einsatz der DAF.-Finanzierungshilfe wird die Durchführung der Planungen ermöglicht.

Lehrlingsstatistik des Handwerks. Der Reichsstand des deutschen Handwerks hat die Handwerkskammern ersucht, nach dem Stande vom 31. Dezember 1938 wieder eine Erhebung über die Zahl der Handwerkslehrlinge durchzuführen.

Generalbevollmächtigter für die deutsche Energiewirtschaft ernannt. Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, hat den Leiter der Reichsgruppe Energie, Oberbürgermeister Dillhardt, beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Steigerung der Energieerzeugung und zur Vereinheitlichung der Energieverteilung notwendig sind. Der Generalbevollmächtigte für die Energiewirtschaft wird auf Grund dieser Vollmacht die großen Aufgaben zur Steigerung der Energieerzeugung und Vereinheitlichung der Verteilung schnell und einheitlich durchführen und die hierzu erforderlichen Anordnungen treffen, um entgegenstehende Hindernisse zu beseitigen. Zur Durchführung seiner Arbeiten wird er sich des im Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung stehenden Behördenapparates bedienen. Besonders große Aufgaben sind diesem Wirtschaftszweig durch den Ausbau der Wasserkräfte der Ostmark und durch die Einbeziehung der sudetendeutschen Versorgungsgebiete erwachsen. Darüber hinaus läßt der weitere Ausbau der Vierjahresplanindustrie mit ihrem großen Stromverbrauch für die kommenden Jahre ebenfalls einen noch stärkeren Stromabsatz erwarten, der im Jahre 1938 bereits rund 50 Milliarden kWh-Stunden betrug.

„Lehrlingsrolle" auch in der Ostmark. Der Aufbau der Berufsausbildung in Oesterreich ist nach dem Muster des Altreiches in die Wege geleitet worden. Die Handelskammern haben jetzt auch in der Ostmark alle Lehrverhältnisse in eine Lehrlingsrolle einzutragen. Ebenso sind die jugendlichen Anlerner in Anlernverzeichnissen zu erfassen.

Ausstellungs- und Messewesen

Die Wiener Messe erfährt einen großzügigen Ausbau. Bereits für die nächste Frühjahrsmesse werden zwei weitere große Hallenbauten verfügbar sein, so daß die Wiener Frühjahrsmesse 1939 insgesamt sieben modern ausgestattete Hallenbauten aufweisen wird. Auf der kommenden Messe wird in Wien die „Erste großdeutsche keramische Messe" zu sehen sein, bei der die Erzeugnisse der größten keramischen Industrie der Welt, über die Deutschland verfügt, ausgestellt werden. Im Vordergrund der Ausstellung werden die modernen keramischen Dauerbrandöfen stehen, die der keramischen Industrie ein weites Betätigungsfeld geben. Im Rahmen der Wiener Frühjahrsmesse wird auch wieder eine Automobilausstellung stattfinden. Die Wiener Messe, die durch den Anschluß der Ostmark an das Altreich zu einem maßgebenden Faktor im Wirtschaftsleben Großdeutschlands aufgerückt ist, bedeutet für die Industrie des Altreichs ein Ausfallstor nach dem Südosten Europas.

Kunstausstellung „Gotik des Donaulandes" in Wien. In der Wiener Neuen Hofburg wird Mitte Mai eine Kunstausstellung „Gotik des Donaulandes" eröffnet, die zeigen soll, daß sich das Zeitalter der Gotik auch in der deutschen Ostmark in vielen, vielfach heute noch erhaltenen Kunstwerken ausgewirkt hat. Die Ausstellung soll die Hauptreisezeit über geöffnet bleiben.

Landesschau „Schönheit in Stadt und Land" 1939 in München. Im Juli findet in München die Landesschau „Schönheit in Stadt und Land" statt. In dieser Schau sollen die Erfahrungen des Wettbewerbes „Schönheit in Stadt und Land", der Ende 1938 abgeschlossen wurde, ausgewertet und Anregungen zu weiteren Verbesserungen gegeben werden. Die Ausstellung umfaßt nicht nur Bayern, sondern auch Salzburg, Tirol und das Gebiet Oberdonau. Die Schau behandelt die verschiedensten Fragen aus dem Gebiet der Heimatpflege; sie befaßt sich mit dem allgemeinen Ortsbild, den Bauten der Gemeinschaft, dem Heim des Bürgers und des Bauern, mit dem Handwerker und dem Handwerk, mit dem Fremdenverkehr und der Gesamtwirtschaft. Für die große Aufbauarbeit, die in Stadt und Land geleistet werden soll, um das wertvolle Alte zu erhalten, Spuren des Verfalls zu beseitigen und das Neue so vollkommen wie möglich zu gestalten, wird sie Vorbilder zeigen. Die Abteilung Fremdenverkehr befaßt sich mit der Gestaltung und Ausstattung von Gaststätten bis zum Geschirr und zur Speisekarte. Die Städte werden mit Neubauten, Innenräumen und Erneuerungsarbeiten, die das Stadtbild beeinflussen, vertreten sein. Auch die Deutsche Reichsbahn und die Reichspost werden gute Lösungen von Schalterräumen, Bahnhofumbauten, Postamtumbauten, Gestaltung von Anschlag- und Fahrplantafeln zeigen.

Internationale Verkehrsausstellung 1910 in Köln. Der Präsident der Internationalen Verkehrsausstellung 1940 Köln, Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, trug dem Führer im Beisein des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Schmidt an Hand von Modellen den endgültigen Plan der Ausstellung vor. Der Führer gab den Plänen seine Zustimmung.

Innungs-, Verbands- und Vereinsangelegenheiten

Landeshandwerksmeister Schlesien. Reichshandwerksmeister Schramm hat den Landeshandwerksmeister Schlesien, Fleischermeister Bittner-Breslau, auf dessen eigenen Antrag von seinem Amt entbunden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landeshandwerksmeisters Schlesien ist der stellvertretende Landeshandwerksmeister, Schlossermeister Paul Peterzelt-Hoinstein, beauftragt worden.

Neuer Bezirksinnungsmeister Schlesien des Dachdeckerhandwerks. Der langjährige Bezirksinnungsmeister Schlesien des Dachdeckerhandwerks, Meister Richard Broy in Breslau, ist auf seinen besonderen Wunsch wegen Arbeitsüberlastung und aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Bezirksinnungsmeister entbunden worden. Dachdeckerobermeister Bruno Walter, Görlitz, Klosterplatz 13, ist zum neuen Bezirksinnungsmeister Schlesien des Dachdeckerhandwerks bestellt worden.

Baugewerks-Innung Breslau. In der stattgefundenen Quartals-Versammlung erfolgte die feierliche Einführung des neuen Obermeisters sowie die Aufnahme und Verpflichtung der Lehrlinge der Baugewerks-Innung Breslau. Bezirks-Innungsmeister Kurzer eröffnete das Neujahrs-Quartal und gedachte des verstorbenen Vizepräsidenten der Handwerkskammer, Pg. Fiebiger. Nach einem Rückblick auf das gewaltigste Jahr deutscher Geschichte teilte er mit, daß in dieser Feierstunde 120 Lehrlinge des Baugewerks teils aufgenommen, teils freigesprochen würden. Hierauf führte Obermeister und Bezirks-Innungsmeister Dietrich den neuen Obermeister der Baugewerks-Innung, Baumeister Gitschel, in sein Amt ein und überreichte ihm im Namen der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft die Bestallungsurkunde. Der neue Obermeister sprach dem scheidenden, zum Bezirks-Innungsmeister für Schlesien berufenen Obermeister Kurzer, den Dank für seine Arbeit aus. Nachdem zwei Arbeitskameraden, die ihr 25 jähriges Dienstjubiläum feiern konnten, durch Ueberreichung von Ehrenurkunden ausgezeichnet worden waren, erfolgte die feierliche Aufnahme von 43 Lehrlingen. Anschließend wurden 77 Lehrlinge freigesprochen. Sie alle haben das Glück, sofort in den Arbeitsgang als Jung-Gesellen eingesetzt zu werden. Bei der Ueberreichung der Gesellenbriefe wurden sie auf die Hakenkreuzfahne verpflichtet.

Zimmerer-Innung Breslau für die Kreise Breslau, Neumarkt, Wohlau, Guhrau. Die nächste Innungs-Versammlung findet am Montag, dem 30. Januar 1939, um 15 Uhr im Saale der Innungsschänke, Breslau, Sandstraße 10, statt. Tagesordnung: 1. Feierliche Freisprechung der Lehrlinge; 2. Feierliche Aufnahme der neuen Lehrlinge; 3. Verlesen des letzten Versammlungsberichtes; 4. „Der Jahresabschluß in der Buchführung." Referent: Syndikus Baranek; 5. „Jugendschutzgesetz und Arbeitszeit." Referent: Syndikus Baranek; 6. Bericht über Beschaffung von Baustoffen (Holz, Zement); 7. Tagesfragen des Handwerks. Referent: Syndikus Grupe; 8. Verschiedenes. Anschließend: Kameradschaftsabend.

Zimmerer-Innung Peuke. Innungsversammlung am 21. Januar 1939, 14 Uhr, in Breslau, Schuhbrücke 50/51. Tagesordnung u. a.: Landwirtschaftliches Bauwesen (Vortrag); Buchführungsabschluß (Lichtbildervortrag); Die Altersversorgung des Handwerkers.

Verwaltungsstelle Schlesien der Wirtschaftsgruppe Sägeindustrie. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Sägeindustrie und der Bezirksgruppe Ostdeutschland haben angeordnet, daß für das Gebiet Schlesien, ähnlich wie bereits für Ostpreußen, ebenfalls eine Verwaltungsstelle eingerichtet wird. Sie führt die Bezeichnung „Wirtschaftsgruppe Sägeindustrie, Bezirksgruppe Ostdeutschland, Verwaltungsstelle Schlesien" und befindet sich in Breslau 13, Körnerstraße 22. Die Tätigkeit begann am 1. Januar 1939. Damit ist eine Stelle geschaffen, die zwecks Entlastung der Berliner Geschäftsstelle und der schlesischen Bezirksuntergruppenleiter, deren bisherige Geschäftsstellen in der Verwaltungsstelle zusammengefaßt werden, den Verkehr mit den schlesischen Mitgliedern der Bezirksgruppe Ostdeutschland durchführt und eine enge Fühlung zwischen der schlesischen Sägeindustrie und der Bezirksgruppe Ostdeutschland sowie der Wirtschaftsgruppe Sägeindustrie sicherstellt. Als Leiter dieser Verwaltungsstelle ist Walter Rudolph, in Firma Oberlausitzer Dampfsäge- und Hobelwerk P. Schmidt, Weißwasser OL., berufen worden. Als Geschäftsführer wurde Emil Diedring, bisher in der Bezirksuntergruppe Niederschlesien tätig, bestätigt. Die Bezirksgruppen Nieder-, Mittel- und Oberschlesien bleiben unter der bisherigen Leitung bestehen.

Der Verband Berliner und schlesischer Wohnungsunternehmen (Baugenossenschaften und -gesellschaften) e. V., der in diesem Jahre auf sein 41 jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist der größte der baugenossenschaftlichen gesetzlichen Prüfungsverbände in Groß-Deutschland. Die dem Verband angeschlossenen etwa 370 Mitgliedsunternehmen verwalten zurzeit einen Bestand von etwa 270 000 Wohnungen mit einem Kapitalvermögen von 3,5 Milliarden Reichsmark. Die Geschichte der Entwicklung des Verbandes ist ein Lebenswerk zweier Männer, Prof. Dr. Heinrich Albrecht und Ernst Roscher. Der Verband Berliner und schlesischer Wohnungsunternehmen e. V. wird jetzt von dem Parteigenossen Willy Gutzmer geleitet, der neben der Erhaltung der alten Tradition des Verbandes u. a. seine Aufgaben darin sieht, in engster Zusammenarbeit mit allen Dienststellen von Partei und Staat zur Minderung der Wohnungsnot in besonderem Maße beizutragen. Die Tagung des Verbandes findet in diesem Jahre vom 20. bis 22. Januar 1939 in Hirschberg (Rsgb.) statt. Sie erhält dadurch besondere Bedeutung, daß die Mitglieder die Richtlinien erhalten werden, in welchem Umfange sie innerhalb des Vierjahresplanes und bei der Erstellung von Wohnraum in der Reichshauptstadt Berlin und der Provinz Schlesien mitwirken können. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sollen auf Grund der Richtlinien dazu beitragen, daß einmal im deutschen Ostraum der Wohnungsbau gefördert, andererseits aber der Landflucht im Grenzland Schlesien gesteuert wird; ebenfalls soll durch tatkräftigen Einsatz der Berliner Wohnungsunternehmen der Wohnungsfehlbedarf in der Reichshauptstadt Berlin beseitigt werden. Auf der Tagung werden maßgebende Persönlichkeiten der Partei-, Reichs- und Staatsdienststellen und des gemeinnützigen deutschen Wohnungswesens anwesend sein, die zu den aktuellen Fragen des deutschen Wohnungsbaues Stellung nehmen werden.

Persönliches

Hindenburg OS. Anstelle des Magistratsbaurats Dipl.-Ing. Köchermann, der als städtischer Oberbaurat nach Erfurt berufen worden ist, ist Dipl.-Ing. Draws aus Königsberg als Leiter des Städtischen Tiefbauamtes bestimmt worden. Er hat seinen Dienst bereits angetreten.

Oppeln. Der seiner Zeit öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige für das Maurerhandwerk, Herr Maurermeister Josef Metzner, Neisse OS., ist verstorben; ferner haben die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für das Maurerhandwerk: Maurermeister Richard Englisch, Zülz, Maurermeister Dominik Drescher, Beuthen OS., und Maurermeister Wilhelm Glatzel, Mechtal OS., ihren Handwerksbetrieb aufgegeben. Die Bestallung der vorgenannten Personen ist, laut einer Mitteilung der Handwerkskammer Oppeln, somit erloschen.

Steuerangelegenheiten

Unzulässige Grundstückszubehörsteuern. Nach einer Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts ist die Erhebung von Kreis- und Gemeindesteuern aus Anlaß der Veräußerung von Grundstückszubehör seit dem Inkrafttreten des Urkundensteuergesetzes nicht mehr zulässig. Der Reichsinnenminister hat deshalb die preußischen Gemeinden und Landkreise ersucht, noch bestehende Steuerordnungen sofort aufzuheben. Da die Entscheidungsgründe auch auf die von außerpreußischen Gemeinden und Gemeindeverbänden etwa noch erhobenen Grundstückszubehörsteuern Anwendung finden, sind die Landesregierungen ersucht worden, eine gleiche Anordnung zu treffen.

Zeitschriftenschau

Wirtschaftliche Kurzbriefe über Steuer-Verkehrswesen, Wirtschaftskunde Rudolf-Lorentz-Verlag, Charlottenburg 2, Berliner Straße 11/43. 20. Jahrgang. Bezugspreis vierteljährlich 7,95 RM.

Inhalt der Lieferung 2 vom 10. Januar 1939: Fälligkeitsregelung alter Hypotheken. Von Rechtsanwalt Dr. Walter Schultze, Berlin. — Uebersicht über die Arbeitseinsatzvorschriften. Von Rechtsanwalt Dr. Karl Peter, Berlin. — Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Vom 23. Dezember 1938. — Schadenersatz bei Verkehrsunfällen. — Kurzbrief-Woche Nr. 2.

Handelsteil

Bauindex

1913 = 100

Januar 1938 — 136,0   Februar 1938 — 136,0   März 1938 — 136,0
April 1938 — 136,1   Mai 1938 — 136,1   Juni 1938 — 135.8
Juli 1938 — 135,8   August 1938 — 136,0   September 1938 — 136,1
Oktober 1938 — 136,1   November 1938 — 136,1

Baustoff-Index

1913 = 100

November 1938					Dezember 1938				Januar 1939	
2.	9.	15.	23.	30.	7.	14.	21	28.	4.	11.
	120.7		121,0		121,0	121,9		122,0	122.0	

Vom schlesischen Baustoffmarkt

Bericht der Wirtschaftskammer Schlesien über die wirtschaftliche Lage im vierten Vierteljahr 1938

Natursteine. In der schlesischen Pflasterstein- und Schotterindustrie waren die Auftragsbestände in den Monaten Oktober, November und Dezember 1938 durchaus befriedigend. Leider konnte sich diese Tatsache nicht in dem gewünschten Umfange auswirken, nachdem in der zweiten Hälfte des Oktober 1938 Wagenmangel bei der Reichsbahn einsetzte.

Kalk und Dolomit. Die Beschäftigung war in den Monaten Oktober und November insofern nicht zufriedenstellend, als durch die Wagenknappheit und den Ausfall von Arbeitskräften nicht die Mengen erzeugt werden konnten, die abgefordert wurden. Dies traf in erster Linie für Baukalk zu. Bei Düngekalk waren die Abrufe in diesem Jahre schwächer als im Vorjahr. Die Dolomitindustrie war fortlaufend gut beschäftigt.

Sandstein. In den Monaten Oktober, November und Dezember hat die niederschlesische Sandsteinindustrie weitere Aufträge erhalten, die eine Beschäftigung über den Winter ermöglichen. Infolge Facharbeitermangels konnten manche bedeutenden Aufträge nicht angenommen werden

Zement. Die oberschlesische Zementindustrie hat zu Anfang Oktober das bisher stilliegende Werk Neudorf in Bolko bei Oppeln zur Klinkerherstellung wieder in Betrieb genommen. Von Oktober ab sind nunmehr im Oppelner Bezirk sechs Werke tätig. Die Wiederinbetriebnahme des Werkes Giesel ist in Vorbereitung. Ferner planen die beiden Gesellschaften der Oppelner Zementindustrie neue Investitionen. Im Oktober seigerte sich der anhaltend starke Versand an Portlandzement um mehr als 15 v. H. gegenüber dem Vormonat. Der Versand des gleichen Vorjahresmonats wurde dabei um rund 25 v. H überschritten. Die Abrufe für den privaten Verbrauch mußten weiter zugunsten des öffentlichen Bedarfs zurückgestellt werden und kamen nur mit längeren Lieferfristen zur Ausführung. Im November ging, zum Teil infolge des jahreszeitlichen Nachlassens der Bautätigkeit, zum Teil auch durch Transportschwierigkeiten, die Verladung gegenüber dem Vormonat um rund 17 v. H. zurück. Doch lag auch der Novemberversand noch weit über dem des gleichen Vorjahresmonats.

Tonwaren. Tonrohre: Das Inlandsgeschäft hat im letzten Vierteljahr noch befriedigt. Der Umsatz litt unter dem Laderaummangel. — Ziegel und Dachziegel: Die gute Beschäftigung hielt in diesem Industriezweig auch während der Berichtszeit an. Die Werke waren voll beschäftigt. Der Mangel an Eisenbahnwagen sowie an Lastkraftwagen verzögerte die Verfrachtung der Erzeugnisse. Es fehlen nach wie vor ausreichend Arbeitskräfte. Durch den Anschluß des Sudetengaues ist den Werken im Görlitzer und Laubaner Bezirk ein neues Absatzgebiet erschlossen worden. Die Nachfrage aus diesem Gebiet war bereits sehr lebhaft, doch dürften feste Aufträge bisher nur vereinzelt erteilt worden sein. Die Saisonziegeleien sind bemüht, wenigstens einen Teil der Belegschaft während des Betriebsstillstandes zu beschäftigen, um den Stamm der besteingearbeiteten Belegschaftsmitglieder nicht zu verlieren. In allen Fällen wird dies aus finanziellen Gründen aber nicht möglich sein. — Feuerfeste Steine: Der Beschäftigungsgrad hat sich gegenüber dem verflossenen Vierteljahr nicht geändert. Man ist voll beschäftigt und lediglich der Mangel an Arbeitskräften macht sich zum Teil nachteilig bemerkbar.

Mosaikplatten: Der Geschäftsgang, belebt durch die Lieferungen für bevorzugte Bauten im Zuge des Vierjahresplanes usw., wird als durchaus normal lebhaft bezeichnet. In der zweiten Hälfte des Dezember war mit einem kleinen Rückgang wegen der Inventurarbeiten der Abnehmer (Verringerung des Lagers über die Inventurzeit) zu rechnen, der aber üblich ist. Die Tendenz des Geschäftsganges ist auch weiterhin, trotz der Winterszeit, durchaus optimistisch zu beurteilen.

Steinzeug und Steingut. Sanitäre Steingutwaren: Die Umsätze im Oktober und November haben sich auf der gleichen Höhe gehalten; sie bleiben aber noch immer hinter dem als normal angenommenen Monatsumsatz zurück. Vom Dezember wird, trotz der für die Branche nicht günstigen Jahreszeit, mindestens das gleiche, möglicherweise aber ein noch besseres Ergebnis als in den voraufgegangenen beiden Monaten erwartet. — Säurefestes Steinzeug: Die Hersteller von Geräten und Bedarfsartikeln aus säurefestem Steinzeug waren trotz der in den letzten Jahren eingetretenen beträchtlichen Erhöhung des Bedarfs noch nicht vollkommen beschäftigt.

Zinkblech. Der Zinkblechmarkt im Inlande war weiterhin sehr aufnahmefähig. Angesichts der Rohzinkkontingentierung zeigte sich daher regelmäßig ein ungedeckter Spitzenbedarf, zumal sich verschiedene Industrien, infolge von Verwendungsverboten für andere Metalle, noch stärker als schon im Vorjahre auf die Verwendung von Zinkblech umstellten. Die Zinkblechpreise waren entsprechend der Entwicklung des Kurspreises der Ueberwachungsstelle für Rohzink mannigfachen Schwankungen unterworfen.

Asphalt. Der Auftragsbestand für die Monate Oktober, November und Dezember 1938 war gut und die Beschäftigung rege. Zur Zeit kann wegen des winterlichen Wetters wenig oder gar nicht gearbeitet werden. Ueber die Aussichten für die Zukunft läßt sich wenig sagen, da die Ausschreibungen erst am Anfang des neuen Jahres herauskommen werden.

Dachpappen. Die Monate Oktober/November 1938 brachten, wie die früheren Monate, eine geringe Hebung des Umsatzes gegenüber 1937, das gleiche dürfte für Dezember zutreffen. Feste Aufträge liegen nicht vor, so daß sich über die Aussichten nichts sagen läßt. Die erzielten Preise sind unzulänglich.

Eisen

Weiter starker Eisen- und Stahlbedarf. Die große Bestelltätigkeit am inländischen Eisenmarkt hat auch im Dezember im vollen Umfang angehalten. Nach wie vor herrscht, laut „Stahl und Eisen", ein beträchtlicher Eisen- und Stahlhunger, so daß die Lieferwerke bei manchen Erzeugnissen für die Auftragserledigung Fristen bis zu 10 Monaten erfordern mußten. Aufträge auf Stabstahl und Feinbleche für den Kontingentsbedarf und den nichtkontingentierten Inlandsbedarf dürfen bis auf weiteres nicht mehr angenommen werden. Im Auslandsgeschäft trat noch keine grundlegende Besserung ein. Bei einigen Erzeugnissen ging die Nachfragetätigkeit etwas zurück, was zum Teil jedoch auch auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen sein dürfte. Wichtige Aufträge kamen noch aus Holland und den skandinavischen Ländern. Im allgemeinen hofft man auf eine Belebung des Marktes im nächsten Frühjahr.

Holz

Nachtrag Nr. 2 zur Gebührenordnung der Ueberwachungsstelle für Holz. Im Lande Oesterreich gelten nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger die Bestimmungen der Gebührenordnung der Ueberwachungsstelle für Holz (V) vom 12. Januar 1936 (Neue Fassung) mit Nachtrag vom 31. Dezember 1936, und zwar rückwirkend ab 1. Januar 1939.

Von der schlesischen Holzindustrie. Sägewerke: Die Geschäftslage war im 4. Vierteljahr schwach, da die Werke nicht voll ausgenutzt werden konnten. Bis auf geringe Laubholzbestände war das Rohmaterial vom letzten Einschlag restlos verarbeitet und das frische Rundholz noch nicht greifbar. Die Marktvereinigung verteilte im November die erste Serie der Rundholzeinkaufsscheine. Ende November und im Dezember fanden die ersten Einkäufe von Rundholz statt, so daß die Werke mit dem Einschnitt des frischen Rundholzes am Ende des Jahres beginnen konnten. Im Oktober ergingen zwei neue Verordnungen. Die eine regelt die Preise für Rundholz, die andere die Preise für Schnittholz. Während die Rundholzpreise keine wesentlichen Veränderungen gegen das Vorjahr im hiesigen Bezirk erfahren haben, sind die Schnittholzpreise zum größten Teil herabgesetzt worden, bei einigen Sortimenten in erheblichem Ausmaß. Für die Sägeindustrie bedeutet das eine Einengung der Verdienstspanne. — Holzbau: Der Auftragseingang ist zurückgegangen. Es war aber auch nicht möglich, weitere größere Aufträge kurzfristig hereinzunehmen, da der augenblickliche Auftragsbestand auf weite Sicht eine volle Beschäftigung gewährleistet. Das Rundholz vom alten Einschlag ist bei den meisten Sägewerken eingeschnitten, und wo tatsächlich noch ein kleines Quantum vorhanden ist, handelt es sich um Spitzen. Neues Rundholz steht nur in geringem Umfang zur Verfügung, und wo dies der Fall ist, werden vorerst nur die besseren Sortimente, also Stammware usw., geschnitten, so daß die Unterbringung von Listenholz zur Zeit so gut wie ausgeschlossen ist.

Die Lage der memeldeutschen Holzindustrie, eines der wichtigsten Wirtschaftszweige des Memelgebietes, hat sich weiter verschlechtert. Grundsätzlich erhalten die memeldeutschen Firmen keine Ausfuhrgenehmigungen nach Deutschland. Die Vorteile aus dem Holzexport in das Reich fallen vollständig den litauischen und jüdischen Betrieben zu. Ja selbst memeldeutsche Agenten werden aus dem Geschäft ausgeschaltet, da die litauischen Holzwerke in Memel und im Memelgebiet es ablehnen, mit ihnen zu arbeiten. Nun ergreift die memeldeutsche Holzwirtschaft Selbstschutzmaßnahmen. In Memel ist eine „Memeldeutsche Fachgruppe für Holz" zum Schutz der Holzwirtschaft und der Holzfacharbeiter gegründet worden, die infolge der Maßnahmen der litauischen Regierung vor dem Ruin stehen. Das Ziel der Fachgruppe ist der Zusammenschluß aller an der Holzwirtschaft interessierten und beteiligten Memeldeutschen vom Arbeiter bis zum Fabrikbesitzer unter Einschluß der Importeure und Agenten.

Slowakisches Holz ins Reich. Die slowakische Holzexportgesellschaft Dredoma hat Verhandlungen wegen der Holzausfuhr nach Deutschland geführt. Bereits in der nächsten Zeit wird Holz nach Deutschland exportiert werden, während die Ausfuhr der Dredoma bisher nur nach Ungarn ging.

Zement

Senkung der Aufpreise für hochwertigen Zement. Der Reichskommissar für die Preisbildung hat im Einvernehmen mit der Zementindustrie die Aufpreise für hochwertigen Zement ab 1. Januar 1939 um 50 v. H. gesenkt. — Wie der DHD. zu der vom Reichskommissar für die Preisbildung im Einvernehmen mit der Zementindustrie vorgenommenen Senkung des Aufpreises für hochwertigen Zement um 50 v. H. erfährt, belief sich der Aufpreis für Qualitätszement bisher auf 60 RM je 10 To. (= 200 Sack) und beträgt nach der Preissenkung noch 30 RM je 10 To. Von der Preisermäßigung werden im Bereich des Westdeutschen Zementverbandes, der „Westzement" Verkaufsgemeinschaft westdeutscher Zementwerke, etwa 10 v. H. der Gesamterzeugung betroffen.

Ziegel

Frachtenausgleich für Ziegel- und Kalksandsteine. Wegen der Errichtung und Finanzierung einer Frachtenausgleichskasse hat der Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Reichskommissar für die Preisbildung, folgendes Schreiben an die Märkische Treuhandstelle für Bausteine und Ziegel, Berlin W 50, gerichtet: „Auf Ihren Antrag vom 22. November 1938. Auf Grund des § 3 der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 (RGBl. I Seite 955) genehmige ich, daß die ab 1. Januar 1939 von der Märkischen Treuhandstelle für Bausteine und Ziegel, Berlin, zur Finanzierung einer Frachtenausgleichskasse auf je 1000 im Gebiet der Treuhandstelle hergestellten Kalksandsteine, Hintermauerungsziegel, Hintermauerungsklinker, Hartbrandziegel und Hohlziegel erhobene Abgabe in Höhe von RM 1,-- in absoluter Höhe auf den letzten Käufer abgewälzt werden darf. Die Abgabe an die Frachtenausgleichskasse ist dem Käufer vom Verkäufer jeweils gesondert in Rechnung zu stellen. Die Genehmigung erfolgt unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs und ist bis zum 31. Dezember 1939 befristet. Ich bitte, gemäß Ihrer schriftlichen Zusicherung vom 30. November 1938 dafür Sorge zu tragen, daß für den Wohnungsbau Ziegel und Kalksandsteine aus frachtgünstig gelegenen Werken zur Verfügung gestellt werden, und mir auch über die Leistungen der Frachtenausgleichskasse zu berichten."

Großbauvorhaben

Ausbau des alten Reichstags

Gleichzeitig mit der Einweihung der neuen Reichskanzlei wird bekannt, daß binnen kürzester Frist das alte Reichstagsgebäude am Königsplatz nach Entwürfen des Münchner Architekten Professor Brinkmann ausgebaut werden soll. In Zukunft werden im Reichstag mit Einschluß der Ostmark und des Sudetenlandes über 800 Abgeordnete unterzubringen sein. Es muß daher im alten Reichstagsgebäude ein neuer Plenarsitzungssaal geschaffen werden. Außerdem soll ein besonderer Empfangsraum für den Führer entstehen.

Bahnbau Gleiwitz—Ratibor—Troppau?

Der dringend notwendige Bau einer Eisenbahnverbindung Oberschlesiens von Gleiwitz über Ratibor in den Sudetengau nach Troppau beschäftigt jetzt die Vertreter der oberschlesischen Verkehrsvereine. Nach der ersten Besprechung wird für die Durchführung des Projektes eine Summe von 16 Millionen RM veranschlagt. Die bisherige Bahnverbindung erfährt durch die geplante neue Strecke eine Verkürzung um rund 26 Kilometer.

Baubeginn der tschecho-slowakischen West-Ost-Straße

Im Ministerrat kam die erste 160 Kilometer lange Trasse der großen Autobahnstraße, die vom Westen der Republik bis nach dem äußersten Osten der Karpatho-Ukraine führen soll, zur Vergebung. Die Straße wird Prag selbst nicht berühren, sondern die Stadt im Westen und Norden in einem Bogen umgehen. Sie erhält zwei Zufahrtswege, einen von Pilsen, den andern von Theresienstadt und verläuft dann in der Richtung nach der deutschen Volksinsel Iglau. Dann erreicht sie Brünn, das sie im Süden umgeht, kreuzt die Autobahn Breslau—Wien und führt über Zlin vorläufig nach Sillein in der Slowakei.

Ausbau jugoslawischer Flußhäfen

Im jugoslawischen Verkehrsministerium wurden Entwürfe zur Errichtung von Flughäfen im nächsten Jahr fertiggestellt. Und zwar für Breko mit einem Kostenaufwand von 2,94 Millionen Dinar, in Stari Becej von 2,42 Millionen, in Brza Palanka von 480 000, in Ritopek von 504 000 Dinar. Die Pläne für den Bau des großen Donauhafens in Novisad (Neusatz) sind in Vorbereitung. Weitere Projekte werden für die Häfen in Radujevac und Dubravica ausgearbeitet. Alle diese Anlagen sollen im Jahre 1939 gebaut werden. Der Hafen von Sabac wird dieser Tage fertig und im Frühjahr dem Verkehr übergeben.

Siloanlagen für Rumänien

Der Miag, Mühlenbau- und Industrie-AG., Braunschweig, gelang es, mit der kommerziellen Verwaltung der Häfen- und Wasserverkehrswege in Bukarest einen Vertrag über die Lieferung der maschinellen und elektrischen Einrichtung von 29 Getreidesiloanlagen für eine Gesamtfassung von etwa 164 000 Tonnen abzuschließen. Der Gesamtwert der Bestellung beläuft sich auf rund fünf Millionen Reichsmark. Ein großer Teil der Silogebäude wird ebenfalls von einem deutschen Hause errichteat.